Antifaschistisches
INFO BLATT
38
April / Mai 1997 5,– DM

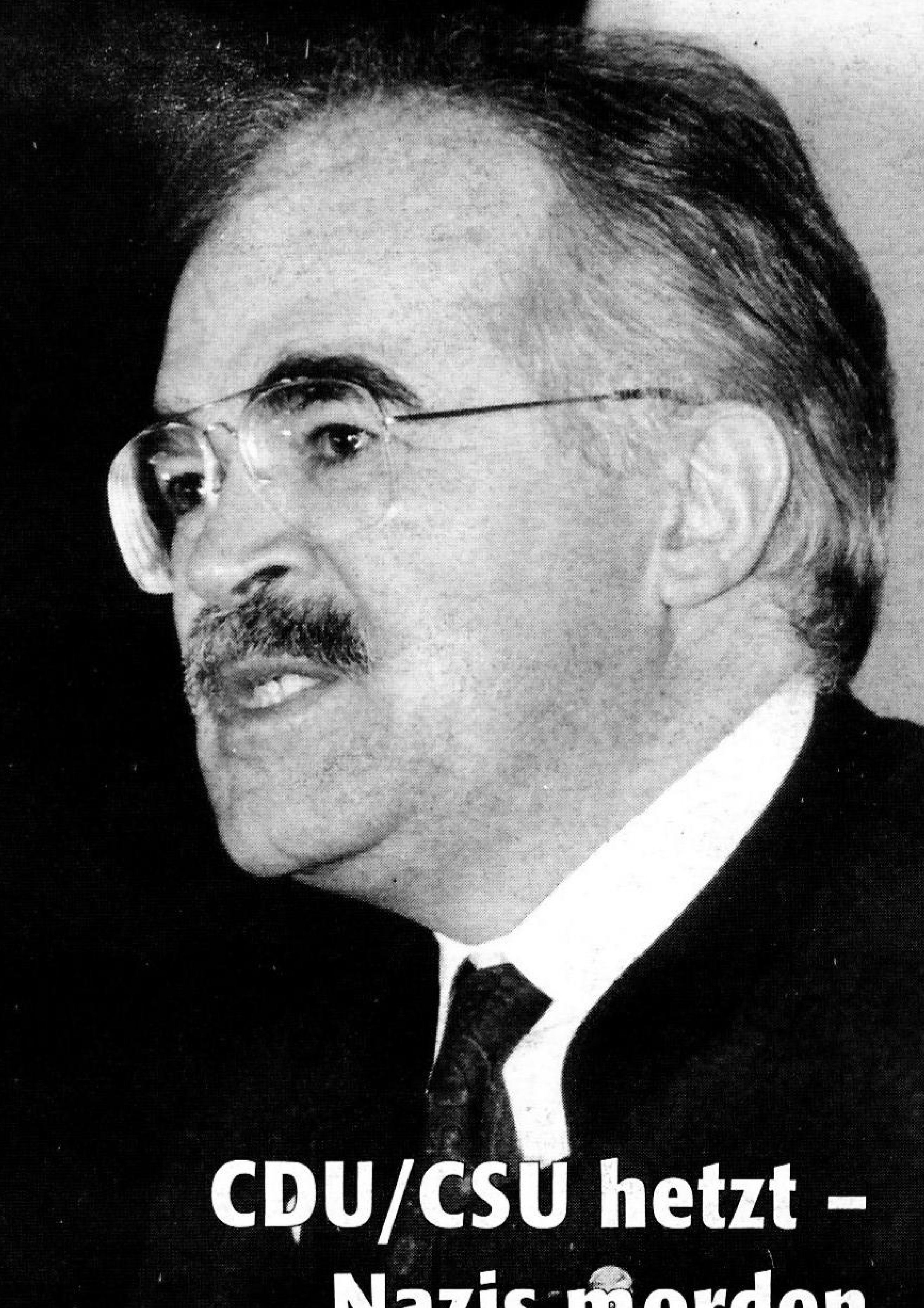
Berührungspunkte zwischen Feminismus und Faschismus

Interview mit russischen Antifas



Schwerpunkt: Nazis und soziale Frage – antifaschistische Gegenstrategien





CDU/CSU hetzt – Nazis morden und marschieren: München, Magdeburg, Berlin-Hellersdorf



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 38, April/Mai 1997
11. Jahrgang

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Antifaschismus mit Biß!

Klassenkampf von Oben

CDU/CSU und Arbeitgeber eröffnen die Hatz – Alt- und Neonazis mischen mit

Monate rasanter Entwicklung liegen hinter uns. Der deutsche Aktienindex DAX vermeldete Woche für Woche neue Höchststände, die großen Konzerne meldeten Umsatzsteigerungen ab 10 Prozent aufwärts, Profit wird soviel wie lange nicht mehr gemacht. Nur haben heute weniger Menschen einen Anteil daran. Folge ist die höchste Arbeitslosenzahl Nachkriegsdeutschlands mit offiziell 4,7 Millionen Menschen. Der gesellschaftliche Reichtum wird von Unten nach Oben gescheffelt. Propagandistisch begleitet wird dieser Klassenkampf von Oben mit Forderungen nach Maßnahmen »zur Sicherung des Industriestandortes Deutschland«, von dem Gespenst der »Globalisierung«, des allmächtigen Weltmarktes, dem man sich anpassen müsse, von Forderungen, den Gürtel enger zu schnallen, um nicht »über unsere Verhältnisse« zu leben, von der Hatz auf »Sozialschmarotzer«, von der Beschwörung einer »Rentnerschwemme« und ähnlich Widerwärtigem. Gezielt wird Existenzangst und ein Klima der Entsolidarisierung unter den kleinen Leuten verbreitet.

Die Bundesrepublik tritt in eine neue Phase. Das Modell des »Sozialstaates«, eine der wesentlichen Grundlagen der Bonner Republik, wird nach und nach aufgekündigt. Die Botschaft lautet »alle gegen alle, friß oder stirb«, leb' wie ein Wolf unter Wölfen. Konzepte und Lösungsmodelle der politischen Klasse des Landes sind nicht in Sicht, vielmehr betonen alle Parteien, man könne sowieso nichts anderes machen, als sich dem Weltmarktgeschehen anzupassen.

Protest und Widerstand gegen diese Politik ist überfällig. Aktionen der Bauarbeiter und Bergleute gegen die Profiteure dieser Umverteilungspolitik sind mehr als gerechtfertigt, sie setzen die soziale Frage auf die Tagesordnung. Es gärt im Land und die Unzufriedenheit wächst, nur in welche Richtung wird dieser Unmut gehen? Gelingt es wieder eine Minderheit als Sündenböcke zu präsentieren, Verständnis für rassistische Gewalt zu zeigen, die Jagd freizugeben und so einen Blitzableiter zu schaffen? Daran wird gearbeitet. Besonders von Seiten der CDU/CSU, aus deren Reihen seit Anfang diesen Jahres verstärkt wieder der Anteil der AusländerInnen mit der hohen Arbeitslosigkeit verknüpft wird. Die Herrschaften wissen genau, was sie machen; sie kennen den Mechanismus zwischen Biedermann und Brandstifter, sie haben ihn in den den Pogromjahren 1991-1993 erprobt.

Einer, der dieses Geschäft aus dem »FF« kennt, ist der Berliner CDU-Chef und Parteistratege Klaus Landowsky. Um seine Vorstellung von einem sauberen Berlin zu demonstrieren, sprach er vor dem Berliner Abgeordnetenhaus vom »*Abschaum*«, der von China über Rußland, Rumänien usw. hierher gekommen sei, davon, daß Flüchtlinge aus Bosnien zuviel kosten, und schlußfolgerte: »*Wo Müll ist, sind Ratten, wo Verwahrlosung herrscht, ist Gesindel.*« Landowsky ist einer, der mit System hetzt, der weiß, wie es um die explosive Mischung in der Stadt bestellt ist, in der jeder fünfte arbeitlos ist.

Während Landowsky propagiert, läßt ein ehemaliger Bundeswehrgeneral, erklärtermaßen angereist, um dem Berliner Provinzlertum den Garaus zu machen, dezent und ganz weltmännisch die preußische Pickelhaube blitzen. Innensenator Jörg Schöhnbohm verfolgt das Ziel einer repressiven, sauberen Stadt und er ist rücksichtslos genug, dies mit allen erdenklichen Mitteln durchzusetzen. Ein von ihm genehmigter, aber von AntifaschistInnen verhinderter Neonazi-Aufmarsch in Berlin-Hellersdorf war ihm willkommener Anlaß, die Jagd auf eines seiner größten Ärgernisse auf dem Weg zur »sauberen Stadt« zu verschärfen. Er erklärte kurzerhand die PDS verantwortlich für die Prügel, die abgefertigte Kundgebungsteilnehmer der Neonazis bezogen haben. Ein Berliner Neonazi ließ den Aufforderungen Taten folgen. Er schoß auf einen PDS-Buchhändler und erschoß eine Woche später einen Polizisten.

Ein Szenario gleicher Strickart fand in der bayerischen Landeshauptstadt München statt, hinlänglich ungeschminkt und so plump, daß sich auch für die gutmeinenden StaatsbürgerInnen einiges über die korrupte Haltung der politischen Abwickler des Sozialstaates erkennen läßt. Erst eröffneten die weiß-blau-karierten Christen an diesem Neujahr die neue Runde des »Haltet-den-Dieb-Geschrei«, nach hinlänglich bekanntem Muster. Zwei Monate später unterstrichen Gauweiler und Co., daß sie sich nicht nur in diesem Themenbereich zur extremen Rechten zählen. Mit beispielsloser Hetze eröffneten sie die Kampagne gegen die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht, in der zusammenwuchs, was wohl auch zusammengehört: ewiggestrige Vaterlandshuldiger, Kriegsverbrecher, Burschenschafter, Konservative und Neonazis. Gauweiler tritt in die Fußstapfen des CSU-Übervaters Franz-Joseph Strauß, der seinerzeit feststellte, daß man »*bei der Auswahl seiner Hilfstruppen nicht zimperlich sein*« dürfe und damit ebenfalls die extreme Rechte meinte. So war der Boden bereitet, um den größten Neonazi-Aufmarsch nach 1970 durch die Stadt ziehen zu lassen. 5.000 Mitglieder von NPD und ihrer Jugendorgansation JN sowie AnhängerInnen von verbotenen und von staatlicher Seite totgesagten Neonazigruppen boten Gauweiler an, mitzumarschieren.

Die Situation ist deutlich brisanter als in den Jahren 1991/92. Besonders bei den Demonstrationen der Bauarbeiter in Berlin war der rassistische Einfluß nicht zu übersehen. Steinwürfe auf ausländische Arbeiter spiegeln die rassistische Stimmung unter deutschen Bauarbeitern wieder, die rassistische Gewalt begleitet die sozialen Auseinandersetzungen als Drohung. Meinungsumfragen, die 1994 feststellten, daß 23 Prozent der Ostdeutschen und 17 Prozent der Westdeutschen der Meinung waren, daß Ausländer schuld an der Massenarbeitslosigkeit seien, stellten 1996 eine deutliche Steigerung fest: Jetzt teilten bereits 37 Prozent der Ostdeutschen und 35 Prozent der Westdeutschen diese Meinung.

Zur gleichen Zeit strebt die rassistische Gewalt auf den Straßen neuen Höhepunkten entgegen. Es sind größtenteils Jugendliche aus dem Einflußfeld der von Gauweiler gerufenen Hilfstruppen, die mit gesteigerter Brutalität ImmigrantInnen, ausländische Bauarbeiter, Behinderte, Punks und Linke attackieren, sie jagen und umbringen. Wie schon in der Kampagne gegen das Asylrecht explodiert die Saat des Hasses zuerst in Ostdeutschland. Daß es sich größtenteils um mehr oder weniger unorganisierte Überfälle handelt, macht die Angelegenheit nicht besser. Entstanden ist ein soziales und kulturelles Umfeld, in dem Neofaschismus gedeiht, wo viele die Meinungen teilen und nur wenige sich trauen, dagegen aufzutreten.

Gerade deshalb sind die antifaschistischen Demonstrationen von München, Berlin, Aschaffenburg, Magdeburg und Eningen so wichtig. Sie zeigen den Mutlosen und Unschlüssigen, daß es auch andere Menschen gibt, die sich die zunehmende Verrohung nicht gefallen lassen wollen. Diese Menschen zu sammeln ist ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Die Augen für die soziale Frage zu öffnen und Stellung zu beziehen, ist eine Notwendigkeit angesichts eines rasanten Klassenkampfes von Oben. ■

Die soziale Frage

Eine Einführung

Berlin, 14. März 1997: 300 Bauarbeiter setzen sich von einer Großdemonstration gegen Arbeitslosigkeit am Bau ab und stürmen die nahegelegene Baustelle des Reichstages. Die dort arbeitenden Kollegen werden verdächtigt, »Illegale« zu sein. Und die Szenen, die sich nun abspielen, dürfen keineswegs als proletarische Kampfaktion gegen Streikbrecher mißverstanden werden. Der Baustellensturm, unter wehenden und blutroten Fahnen der IG BAU, erinnert an die Pogromwelle Anfang der 90er. Der Auftakt kommender Auseinandersetzungen? Der thematische Schwerpunkt dieses Heftes ist der derzeit alles beherrschenden »sozialen Frage« gewidmet.

Hohe Löhne, soziale Sicherungssysteme, Mindeststandards in Arbeitsverträgen, Ausdehnung von Freizeit, eigene Erwerbstätigkeit von Frauen, Mutterschutz etc. sind weder historische Zufälle noch freundliche Geschenke der Herrschenden. Es sind Rechte, die in harten Kämpfen durchgesetzt wurden. Wenn sie heute so ohne weiteres abbaubar sind, so kommt darin die Schwäche der politischen Linken, der Frauenbewegung, internationaler Solidarität – vor allem aber der internationalen Arbeiterbewegung zum Ausdruck.

Die Gewerkschaften sind heute insbesondere aus drei Gründen so schwach. Erstens verlieren sie ihre Mitglieder. Zweitens sind sie kaum in der Lage, bestimmte Beschäftigte wirksam zu vertreten. Gegenwärtig werden neue Beschäftigungsverhältnisse von den Unternehmen durchgesetzt: Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Arbeit in kleinen Gruppen etc. Angebliche »Selbständigkeit« in Form von Verträgen als »Subunternehmer« verlagert Risiken nach unten, hin zu denjenigen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, während die möglichen Profite nach wie vor den Unternehmern zugute kommen. Solche Formen der Beschäftigung lassen sich durch die derzeit bestehenden Gewerkschaften nicht organisieren. Schließlich können sie drittens nicht wirksam gegen die Politik der Unternehmer vorgehen, da die Form gewerkschaftlicher Organisierung nach wie vor national ist. Die herrschende Klasse ist dagegen multinational organisiert.

Diese multinationale Organisation des Kapitals erlaubt es den Unternehmen, die Beschäftigten und ihre Betriebsräte unter enormen Druck zu setzen. Fertigungsverlagerungen ins Ausland und damit Abbau von Arbeitsplätzen werden angedroht, um eine profitträchtigere Praxis hierzulande durchzusetzen. Angst vor Arbeitslosigkeit läßt Beschäftigte und Gewerkschaften stets aufs Neue faule Kompromisse eingehen.

Arbeitslosigkeit hat sich zum zentralen Problem Deutschlands entwickelt. Die Politik der konservativ-liberalen, in ihren wirtschaftlichen Vorstellungen der Ideologie des Neoliberalismus anhängenden Regierung verstärkt die Arbeitslosigkeit aktiv. In den 80er Jahren konnten Gewerkschaften noch Maßnahmen einfordern, die gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität abhängig Beschäftigter steigern könnten: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, kürzere Lebensarbeitszeiten usw. Solche Forderungen sind heute kaum mehr formulierbar. Die Kohl-Regierung arbeitet vielmehr in die entgegengesetzte Richtung - durch die Streichung von Feiertagen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird die Arbeitslosigkeit noch verschärft.

Da ihre ausschließlich auf Unternehmensprofite orientierte Politik unmittelbar für die Misere verantwortlich ist, greift die Regierung zu einer altbekannten Waffe: zur rassistischen Demagogie. Die schiefe Gegenüberstellung von »Ausländern« und arbeitslosen Deutschen wird Folgen haben. Schon jetzt sind Anzeichen für eine neue Tendenz in rassistischen Gewalttaten zu erkennen. Angriffsziele werden zunehmend jene sein, die von Deutschen als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt empfunden werden. Die Angriffe auf ausländische Bauarbeiter und andere erwerbstätige Ausländer in Brandenburg weisen in diese Richtung. Flüchtlinge, Obdachlose, Behinderte, Punks (als »Gammler«) geraten damit nicht aus dem Schußfeld. Auch hier sind die Übergriffe begleitet von staatlichen Kampagnen gegen die Belastung des Sozialsystems durch »Schmarotzer«.

Dabei gehören die Täter – deren Gruppen als weiße Männerbünde strukturiert sind – nicht zur Kategorie der am stärksten von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Betroffenen. Dies sind nämlich ausländische und weibliche Beschäftigte. Entsolidarisierung heißt, sich im schärferen Konkurrenzkampf die Regeln von oben diktieren zu lassen. Die einzige Macht, die sich von unten entwickeln läßt – die Solidarität – wird aufgegeben. Stattdessen wird fleißig auf die eingetreten, die noch weiter unten stehen.

In eine ähnliche Richtung der Entsolidarisierung entlang nationaler Grenzen läuft die Debatte um den »Standort Deutschland«. Es sind die Unternehmen, die in bestimmten Branchen aktiv eine Politik der Verlagerung in »Billiglohnländer« betreiben. Damit nutzen sie das Elend der Menschen dort, die gezwungen sind, auf bestimmte Mindeststandards zu verzichten. Ideologisch

wird diese Politik als Notwendigkeit verkauft, zum allgemeinen Entwicklungstrend hochstilisiert – obwohl die Statistik einen solchen Trend gar nicht belegt – und als eine Art Naturgesetz dargestellt. Von den Unternehmen hat noch kein deutscher Politiker in der Praxis »Einschränkungen«, »solidarisches Verhalten« usw. verlangt. Als ob nicht der Kampf um Arbeit, um die Verteidigung und Ausweitung von Mindeststandards seitens der Lohnabhängigen ebenso als »Naturgesetz« aufgefaßt werden kann.

Die behauptete »Globalisierungstendenz« geht in der Produktion freilich nicht so weit, wie allgemein angenommen wird. Selbstverständlich wird das Kapital den Standort Deutschland mit seiner hochqualifizierten Bevölkerung, seiner Infrastruktur usw. nicht aufgeben. Doch dient dieses Gespenst dazu, die Standards hierzulande zu drücken. Wo immer wir uns auf dieses Spiel einlassen, verraten wir zugleich die Interessen derjenigen, die um eine Verbesserung ihrer Bedingungen kämpfen. Dies betrifft vor allem die »Dritte Welt«. Der Kampf der südkoreanischen Gewerkschaften ist unmittelbar mit den Arbeitskämpfen hier verbunden.

Was wir derzeit erleben, ist schlichtweg eine heiße Phase des Klassenkampfes. Daß die Terminologie altbacken wirkt, und daß die Linke den Klassengegensatz nicht mehr als Hauptwiderspruch begreift, kann an dieser Analyse nichts ändern. Aber der Klassenkampf ist derzeit erstens ein Klassenkampf von oben. Seine Merkmale sind: Ausgrenzung aus dem Erwerbsbereich – z.B. von Frauen, neuerdings vermehrt auch von Menschen, die krank und damit »zu oft« oder dauerhaft nicht verwertbar sind –, Sozialabbau, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Tarifbruch und Durchsetzung neuer, schlechter organisierbarer und für die Konzerne profitablerer Beschäftigungsverhältnisse. Das ist kein anonymer Entwicklungstrend, sondern Ausdruck aktiver Politik der Herrschenden – und der Tatsache, daß ihr derzeit keine starke Gegenmacht gegenübersteht.

Zweitens findet der Klassenkampf insgesamt nicht auf nationaler Ebene statt. Es ist eine internationale Auseinandersetzung, die von den Unternehmen international geführt wird, auf die die Lohnabhängigen aber nur national reagieren. Teilweise wird das Problem in den Gewerkschaften sogar erkannt, doch fehlen wirksame Strategien, es zu bewältigen.

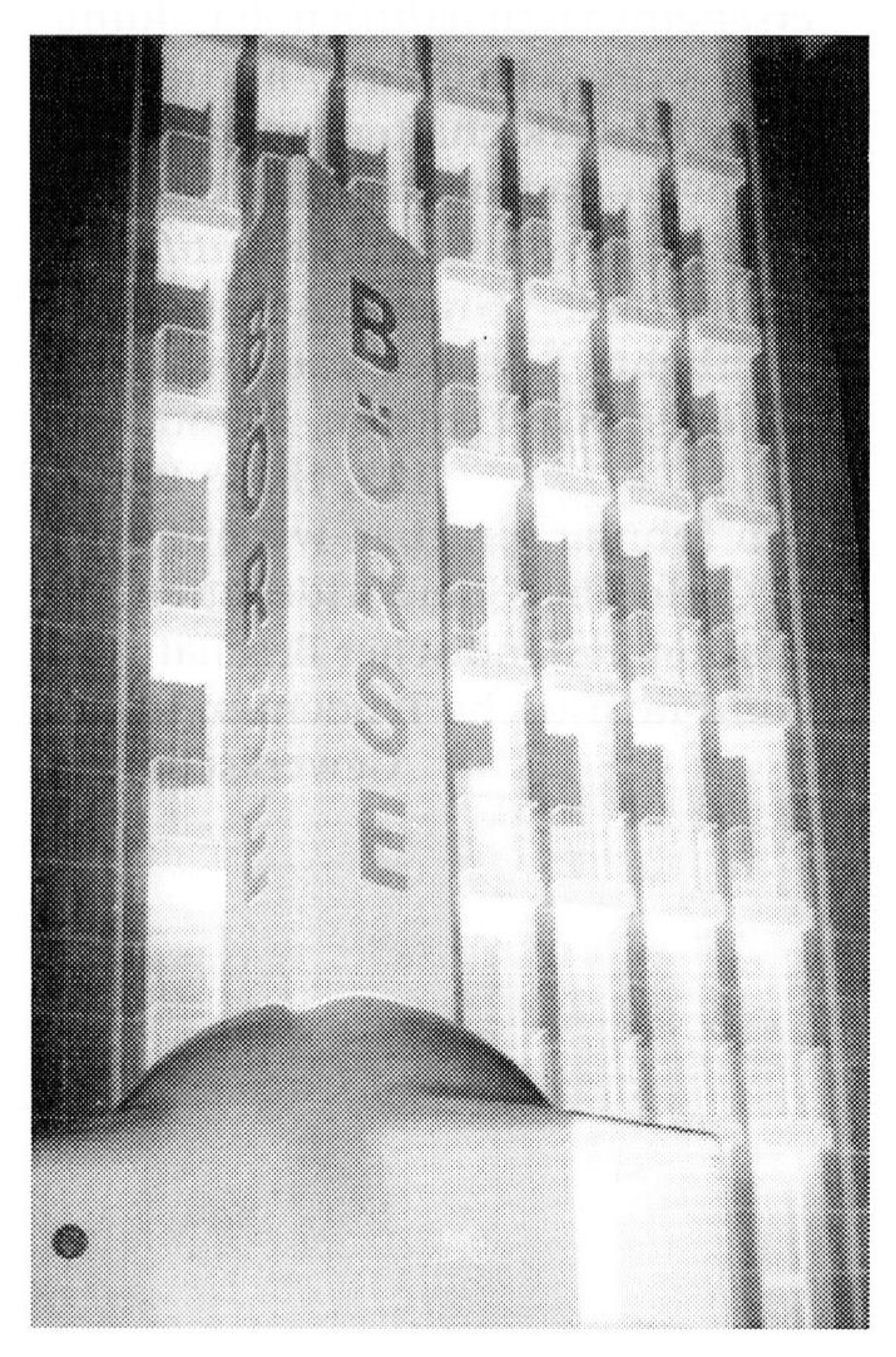
Es handelt sich aber auch um Defizite im Bewußtsein. Die Bereitschaft von Basis und Funktionärsebene der Gewerkschaften, die Standortdebatte »konstruktiv«, in Zusammenarbeit mit den »Arbeitgebern« und im Sinne einer »deutschen« Lösung mitzuführen, bringt zum Ausdruck, wieweit der Gedanke der internationalen Solidarität verlorengegangen ist. Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat sich einige Jahrzehnte lang auf ein nationales Bündnis mit den Herrschenden eingelassen, z.T. gegen die Interessen ausländischer KollegInnen in- und außerhalb Deutschlands. Während die Unternehmer und ihre Regierung die »Sozialpartnerschaft« - d.h. den nationalen Pakt deutscher Kapitalisten und deutscher Facharbeiter - längst aufgekündigt haben, bleibt die Führung der Gewerkschaften in der kriecherischen Hoffnung befangen, in Form eines »Bündnisses für Arbeit« die alte Gemütlichkeit wiederherzustellen.

Viele Menschen in Deutschland teilen eine Sichtweise, die Konkurrenz zum Lebensgesetz der Menschheit erklärt. Der Schritt zur Entsolidarisierung ist die logische Folge. Solche Einstellungen sind eine Basis des Faschismus. Daß sie gerade auch in den arbeitenden Schichten verbreitet sind, wird bewirken, daß die Faschisten ihre soziale Basis zunehmend in diese Gruppen ausdehnen. Die Debatten im rechtsextremen Lager um die »soziale Frage« werden wir daher weiter aufmerksam verfolgen. Wir meinen, daß es mit der Verbindung von sozialer Frage und Rassismus für die Faschisten möglich werden wird, Einfluß auf soziale Bewegungen zu nehmen. Ein erschreckendes Beispiel ist die französische »Front National«, die über Suppenküchen und Sozialarbeit ihre Basis ausweitet.

Allzu offensichtlich gibt es konkrete Verantwortlichkeiten für die Misere. Traditionell hat die deutsche Rechte darauf reagiert, indem sie einem »internationalen jüdischen Finanzkapital« die Verantwortung zugeschoben hat. Wir vermuten daher eine Zunahme antisemitischer Äußerungen und Übergriffe.

Linke Sekten sind schnell bei der Hand, als »Lösung« plakativ die internationale Solidarität zu fordern. In der praktischen Politik bleiben einfache Formeln und Losungen dagegen wirkungslos. Altkluge Rezepte, gar von außen verkündet, um die Probleme der Gewerkschaftsbewegung zu lösen, können wir nicht anbieten. Auch wir, auch die antifaschistische Bewegung schlägt sich ja nur mit den Auswirkungen des Problems herum, auch wenn die Erfolge auf diesem Teilgebiet nach wie vor recht groß sind. Gerade deshalb laufen wir Gefahr, die sozusagen »militärische« Seite der Auseinandersetzung überzubetonen, weil sie hier und dort unerwartete Erfolge erzielt. Bedenklich ist auch die Tendenz, sich auf die eigene Klientel zu beschränken, die pauschal als rassistisch empfundene Gesellschaft mit Verachtung zu bedenken und sich zunehmend zu isolieren. Antifaschismus muß dagegen politisch sein, er muß gesellschaftliche Kräfte gegen Rassimus und faschistische Organisierung mobilisieren. Hier beginnt die Gratwanderung, bei der wir vermeiden müssen, uns aus fundamentalistischer Grundhaltung heraus gesellschaftlich zu isolieren. Das AIB hat bislang stets eine Strategie vertreten, die auf gesellschaftliche Öffnung und Bündnispolitik zielt. Dabei geht es um die Polarisierung der Bündnispartner genau an der Frage, wie sie sich zu Rassismus und Nationalismus (und – leider zumeist nur in der Theorie – Sexismus) in ihrer konkreten Politik verhalten.

An diesem Punkt besteht erstmals in unserer politischen Praxis kein entsprechender Konsens mehr. Angesichts der Gefahr, eigene Grundsätze aufzugeben,



einem vermeintlich »revolutionären Subjekt« nachzulaufen und falsche Bündnisse einzugehen, ist die Diskussion in der Redaktion aufgebrochen, wieweit der Spielraum für Bündnispolitik gehen darf. Dies zeigt, daß die antifaschistische Bewegung dringend die Diskussion darüber braucht, welche ihrer Positionen essentiell sind und keinen Kompromiß zulassen. Die Meinungsverschiedenheit im Redaktionskollektiv zeigen, daß in diesem Punkt in der antifaschistischen Bewegung noch bei weitem kein Konsens erreicht ist, der aber die Bedingung für bündnispolitische Handlungsfähigkeit ist. ■

Interview mit antifaschistischen GewerkschafterInnen

»Ausgrenzungspolitik ist das Ende gewerkschaftlichen Handelns«

Seit Jahren arbeitet in Berlin ein Kreis von Mitgliedern verschiedener Einzelgewerkschaften in der Gruppe »GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus«. Neben der Beteiligung an antifaschistischen Bündnissen geht es den KollegInnen um die Verankerung antifaschistischer/ antirassistischer Positionen im Betrieb und die innergewerkschaftliche Vernetzung aktiver Antifas. Seit 1991 erscheint vierteljährlich der »Rundbrief antifaschistischer/ antirassistischer GewerkschafterInnen« (RAG). Er ist hervorragend gemacht und »*die einzige gewerkschaftliche Antifa-Zeitung weltweit*« (Graeme Atkinson, Searchlight). Bestellen kann man den RAG über DGB-Zentrum, Brunnenstr. 125, 13355 Berlin.

Im Februar sprachen wir mit Anke und Carlo über Standortdebatten, die Situation ausländischer Beschäftigter und rassistische Tendenzen in den Gewerkschaften.

AIB: Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hat Ende Januar Äußerungen gemacht, aus denen man entnehmen kann, daß AusländerInnen eine Ursache für die hohen Arbeitslosigkeit sind. Wie steht Ihr zu diesen Äußerungen?

Carlo: Wir haben ein Flugblatt gemacht, in dem wir sagen, daß mit dieser Initiative Zwickel die Lufthoheit über die Stammtische gewonnen hat.

Wir kritisieren dort vor allem drei Punkte: Erstens spricht Zwickel pauschal von »Illegalen«, es ist ihm dabei scheißegal, ob die Leute einen Paß haben, einen Aufenthaltsstatus oder nur keine Arbeitserlaubnis. Zweitens entzieht seine Herangehensweise einem solidarischen und gemeinsamen Handeln den Boden. Drittens verdeckt er mit dem Bezug auf die ArbeitsimmigrantInnen die Strukturen, die dahinter stecken. Die Frage, wem das nützt, wird völlig ausgeklammert. Da ist selbst das Landesarbeitamt schlauer, das in einem internen Bericht schreibt, durch die Vergabepraxis seien am Ende der Vergabekette übers Unternehmen nur noch mit illegalen Praktiken Gewinne zu erzielen.

AIB: Ihr habt Euch im RAG auseinandergesetzt mit Wolfgang Kowalsky, einer Person, die der »Neuen Rechten« nahesteht...

Carlo: Kowalsky hat Interviews für die Junge Freiheit gegeben und damit im demokratischen Bereich und innerhalb der Gewerkschaften ein Tabu gebrochen oder versucht zu brechen, denn es gab sowas nicht nochmal.

Kowalsky saß in der Grundsatzabteilung, die sich der damalige IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler extra geschaffen hatte. Die gibt es bis heute, sie hat die Aufgabe, sozusagen »ins Blaue zu denken«, Politik zu formulieren. Die betreiben aber einen ganz forschen »Modernisierungs«-Kurs, wie sie das nennen.

1992, eine Woche nach dem Gewerkschaftstag, auf dem der Asylkompromiß abgelehnt wurde, wo gesagt wurde, Gewerkschaften stehen weiter gegen eine Einschränkung des Asylrechtes, haben zwei Mitglieder dieser Grundsatzabteilung ein Interview in der Frankfurter Rundschau lanciert, wo sie diese Position zum »*verfehlten linken Politikansatz*« erklären und sagen, das muß man jetzt alles anders machen. Einer von ihnen war Wolfgang Schroeder. Dieser hat für Zwickel eine Klarstellung formuliert, wo Zwickel von »sozialem Sprengstoff« spricht und dann ausdrücklich erklärt, man müsse Verständnis haben für die Konflikte, die sich daraus bezogen auf die ArbeitsimmigrantInnen ergeben. Es wäre klar, daß die getroffen werden, und daß man dafür auch Verständnis haben müsse. Das ist klarer rechter Geist.

Wir haben schon 1992 gesagt, daß die Mitglieder dieser Grundsatzabteilung gewählt werden müssen, sich also der demokratischen Kontrolle auf dem Gewerkschaftstag zu stellen haben, daß da nicht irgendwelche Leute mit hohen Gehältern eingestellt werden.

AIB: Aber trifft Zwickel nicht auch die Stimmung von einem guten Teil der Mitglieder der IG Metall?

Anke: Es ist nicht nur die Lufthoheit an Stammtischen jenseits der IG Metall-Mitglieder – er trifft so eine Stimmung schon. Wir waren auf einem Seminar, das wir gemeinsam mit arbeitslosen KollegInnen besucht haben, mit Positionen konfrontiert worden wie »*Arbeit zuerst für Deutsche*«.

Carlo: Auf dem Tisch lag der Flugblatt-Entwurf der »Jungen Nationaldemokraten« [zur Demo in Hellersdorf am 15.2.1997 unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche« – Anm. d. Red.]. Ohne daß die das wußten, haben einige KollegInnen das im Prinzip vorher erzählt. »*Arbeit zuerst für Deutsche*« haben die so gesagt, und

haben dann erst hinterher gesagt: 'Oups, aber wenn Nazis das sagen, das ist aber Scheiße, da würden wir auch gegen demonstrieren. Aber eigentlich unrecht haben die ja nicht.'

Eine derartige Ausgrenzungspolitik verhindert alle solidarischen und gemeinsamen Ansätze. Wenn man also versucht, Schuldige zu finden und die dann als Beschäftigte an den Pranger stellt, dann ist das eigentlich das Ende von gewerkschaftlichem Handeln.

»...die Standortdebatte ist eher ein Umsetzen von Betriebspolitik von unten nach oben...«

AIB: Leistet die Gewerkschaft nicht durch ihre »Standortpolitik« solchen Tendenzen Vorschub?

Carlo: Ideologisch ist es eine Linie von der Verteidigung des Standortes hin zu unsolidarischem Verhalten gegenüber Leuten, die hier herkommen, um Erwerbsarbeit zu machen. Nun sind natürlich nicht die Gewerkschaften diejenigen, die die Standortdebatte losgetreten haben, aber sie tragen sie mit, und sie halten auch nicht mehr ideologisch dagegen.

Bei dem spanischen Fernfahrerstreik im Februar hat ein führender Betriebsrat von Opel verkündet, daß er im Wirtschaftsausschuß dafür plädieren wird, daß alle Fertigungsaufträge, die in Spanien vergeben sind, nochmal in aller Form hier in Deutschland vergeben werden, damit sich Opel nicht von Produktionsausfällen durch streikende Fernfahrer in Spanien abhängig macht. Das ist ein Interessenvertreter, der praktisch auch die konsequente Linie weiterverfolgt. Unter den Funktionären der IG Metall ist es aber noch nicht die Mehrheitsposition, tatsächlich auch KollegInnen, Beschäftigte auszugrenzen. Ganz viele sind einfach überfordert mit einer Situation von Zwängen im Betrieb, mit einer ganz konkreten Bedrohung durch Fertigungsverlagerung. Zumindest ideologisch wird das von ganz vielen aber noch nicht getragen.

Anke: Die Standortdebatte in den Gewerkschaften ist eher ein Umsetzen von Betriebspolitik von unten nach oben. Es wird gesagt, wir wollen die Arbeitsplätze in dem Betrieb, wo wir Betriebesräte sind, möglichst halten. Dann geht es eben um den Standort Berlin, den Standort Spandau. Die Beschlußfassung der Gewerkschaftstage geht eigentlich noch in eine andere Richtung. Die Gewerkschaften setzen dem aber praktisch überhaupt nichts mehr entgegen, und das bedeutet irgendwann: Verlust von Handlungsfähigkeit.

AIB: Ihr hattet die Thematisierung der Standortfrage durch die Gewerkschaften auch in einer Ausgabe des RAG behandelt. Welche Kritik habt Ihr daran?

Anke: Wir kritisieren den Verlust von Ideen von gemeinsamen Kämpfen. Also Kräfte über das zu mobilisieren, was eigentlich gewerkschaftliches Grundprinzip ist: solidarisch gemeinsam kämpfen gegen das Kapital, oder gegen den einzelnen Unternehmer. Das geht komplett verloren zugunsten einer Position »gemeinsam mit dem Unternehmer kämpfen gegen die Verlagerung woandershin«. Das muß nicht Ausland sein, das kann auch eine andere Stadt sein – siehe die Auseinandersetzungen zwischen Vulkan Bremen und Vulkan Rostock. Aber das geht auch natürlich – und dann schnell mit rassistischen Sprüchen – gegen Verlagerung ins Ausland.

»...die Losung 'Gegenmacht' wird aufgegeben mit dem Hinübertreten zur Position 'Co-Manager der AG Deutschland'...«



Carlo: Es gibt keine Diskussion mehr um Mindeststandards bei Arbeitszeit, bei Lohn, bei Arbeitsschutz, bei Unfallverhütung, bei Rationalsierungsschutz usw. Das war eigentlich, vom Selbstverständnis der Gewerkschaften her, eine gestalterische Aufgabe, mit ihrer Losung »Gegenmacht«. Das wird aufgegeben mit dem Hinübertreten zur Position »Co-Manager der AG Deutschland«.

AIB: Ist nicht die vermehrte Konkurrenz in den Betrieben mitverantwortlich für einen verstärkten Rassismus?

Carlo: Beim Bosch-Siemens-Hausgeräte-Werk (BSHG) in Berlin-Spandau ist das gerade konkret zu beobachten. Es steht eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in großem Umfang an, eine Modernisierung der Fertigung. Ganz viele von den klassischen Montage-Arbeiten fallen weg, wo auch Un- und Angelernte beschäftigt waren. Das ist »sachlich-neutral nachvollziehbar«, sozusagen, für alle, daß eben auch die Arbeitplätze am Band wegfallen. Das sind eben viele ausländische, viele türkische KollegInnen. Damit verändert sich die ganze Struktur von dem Betrieb. Die Geschäftsleitung geht jetzt gerade mit verschiedenen Initiativen gegen die Kranken vor, zahlt auch Abfindungssummen. Sie geht ganz rigide daran, die Verwertbarkeit von Menschen in den Vordergrund zu stellen, also sich da ihre Mannschaft fit zu machen. Nach den »sachlichen« Kriteri-

»...die würden alle tief betroffen sein über einen Rassismusvorwurf...«

en, wie das da stattfindet, diskutiert niemand darüber, daß das darauf hinausläuft, die Ausländerquote bei BSHG zu senken. Die würden alle tief betroffen sein über einen Rassismusvorwurf.

In der Diskussion um die neue Arbeitsorganisation in der Fertigung, oder auch um das Einlassen auf eine neue Betriebsorganisation, – daß also auch Gewerkschaften sagen, ist ja toll, schlanker, da gibt es dann auch mehr Mitgestaltungsspielraum für die Beschäftigten – fällt einfach runter, mal zu gucken: wieviele Meister gibt es denn eigentlich, die nicht Deutsche sind, wieviele Ingenieure. Also sich einfach mal die Struktur von so einem Betrieb anzugucken, und wer da eigentlich jetzt ausgegrenzt wird. Es wird nichts daran gesetzt, da tatsächlich gleiche Bedingungen zu schaffen.

AIB: Wie kann das passieren? Es sind doch auch viele ArbeitsmigrantInnen in den Gewerkschaften organisiert. Werden deren Interessen übergangen, werden deren Interessen nicht geäußert? Gibt es diesen Rassismus innerhalb der Gewerkschaften, gibt es Diskriminierung?

»...'lean production' bedeutet strukturell Ausgrenzen von Nicht-Deutschen...«

Anke: Es gibt bestimmt auch Diskriminierung in den Gewerkschaften. Es gibt z.B. nicht besonders viele politische SekretärInnen, die nicht Deutsche sind. Es gibt immer noch einen Status als »Spezialgruppe«.

Die Gewerkschaften fallen einfach drauf rein, auf diese Logik von »Co-Management«, »wir wollen gestalten«. Die Co-Manager in der Gewerkschaft finden diese Organisation von »lean production« klasse, weil versucht wird, Arbeitsabläufe »eigenständig« zu organisieren. Dabei fallen dann Sachen hinten runter. Insgesamt ist so eine Art »Modernisiererei« auch in den Gewerkschaften festzustellen. Es geht nicht mehr hauptsächlich darum, die Interessen der Organisierten zu vertreten, sondern »mitzugestalten«. »Lean production«, »Verschlankung« bedeutet strukturell das Ausgrenzen von schlechter ausgebildeten Leuten, und das sind hier in der Regel Nicht-Deutsche.

Carlo: Was fehlt, ist eine Selbstorganisierung. Es gibt einen Ausländerausschuß, da können dann alle möglichen Ausländer sich zusammenfinden und Beschlüsse einbringen, aber es gibt auf keiner Ebene eine Selbstorganiserung von ArbeitsmigrantInnen. Nicht im Betrieb, nicht auf Bezirks- oder Landesebene, und das wirkt sich einfach aus.

Die Interessen von den Leuten wird erstmal keiner vertreten oder auch nur so formulieren. Das war kurzfristig anders nach dem Brandanschlag von Solingen, wo auch die »Kumpels« aufgetreten sind und gesagt haben: »*Wir werden jetzt nicht mehr die Artigen und Lieben sein*, wir wer*den unsere Forderungen formulieren*«. Aber leider ist das dann wieder in die Gremien und in den Alltag abgetaucht. Es gibt nur wenige Ausnahmen, wo Selbstorganisierung auch wirklich funktioniert. Da ist das BSHG ein Beispiel dafür, wo das immer mal wieder gelingt, und wo auch die IG Metall immer mal wieder ein bißchen überfordert ist, weil da auch spontane Kampfhandlungen von der Belegschaft ausgehen, und überwiegend auch von den nicht-deutschen Beschäftigten.

AIB: Im RAG Nr.17 war von einem Konflikt mit der IG BAU zu lesen. Erzählt doch mal was dazu.

Carlo: KLAUS SCHRÖDER, der Geschäftsführer Südwest der IG BAU Berlin hat im letzten März in einem Offenen Brief von »*Parasiten*« gesprochen und das auf die Nicht-Deutschen Beschäftigten bezogen. Der war da sozusagen der Stoßtrupp, ist dann auch nicht geschützt worden. Interessant ist, daß der jetzt mit abgesicherter Altersversorgung im Vorruhestand ist, der ist also nicht gekündigt, sondern nur »*politisch nicht mehr tragbar*«.

Was es aber auch gibt, sind Baustellenabriegelungen: Auf ihrem großen Aktionstag in Magdeburg im letzten Jahr hat die IG BAU eine Baustelleneinkesselung gemacht, wo sie gesagt haben, da sind ganz viele illegale oder nicht-deutsche Arbeiter. Da wird ja auch immer viel durcheinandergebracht, selbst Leute mit legalem Aufenthaltsstatus werden ja rapp-zapp zu Illegalen erklärt, weil sie vielleicht da ohne Arbeitspapiere arbeiten. Der Begriff hat ja schon den Hintergrund, zu kriminalisieren, also nicht mehr zuzulassen, daß diese Leute Erwerbsarbeit machen.

»...der Begriff 'Illegale' hat den Hintergrund, nicht mehr zuzulassen, daß bestimmte Leute hier arbeiten...«

AIB: Hat Euer Einschreiten gegen diesen IG BAU-Funktionär was gebracht?

Anke: Letzendlich ist er nicht mehr IG BAU-Funktionär. Es hat einen ziemlichen Rummel gegeben, viele Fernsehsender haben darüber berichtet, in den Zeitungen stand es – die IG BAU mußte schon darauf reagieren. Es ist nicht so, daß die auf solche Veröffentlichungen mit Schulterzucken reagieren: so ganz offenen Rassismus wollen die sich nicht leisten.

AIB: Löst sowas Diskussionen innerhalb der IG BAU aus?

Carlo: Innerhalb der IG BAU ist das für uns schwer nachvollziehbar, weil wir da keine Kontakte haben.

Die IG BAU muß sich innerhalb der Gewerkschaften der Diskussion stellen und sagt für sich ja auch, daß sie da eine Art Vorreiterrolle spielen, und sie davon ausgehen, daß eine solche Konfrontation, als Gewerkschaft praktisch Abschottungspolitik machen zu müssen, auch die anderen Gewerkschaften betreffen wird. Sie formulieren das selber so, daß sie da Speerspitze sind.

Es gibt an vielen Stellen und in vielen Städten inzwischen Diskussionen über diese Position innerhalb der IG BAU: nicht mit den [ausländischen] Bauarbeitern für gemeinsame Mindeststandards zu streiten und für korrekte Arbeits- und Wohnbedingungen, sondern die der Polizei auszuliefern.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Neoliberale Modernisierung

Die Wiederentdeckung der sozialen Frage bei der extremen Rechten



Seit Anfang der neunziger Jahre hat die extreme Rechte auf breiter Front die soziale Frage nicht nur zum Gegenstand ihrer politischen Propaganda erkoren, sondern zugleich eine Debatte über die Grundlagen einer rechten Wirtschaftspolitik begonnen. Ob Ostpreußenblatt, Junge Freiheit, Criticon oder Nation und Europa, ob militante Kaderzirkel, Republikaner, NPD, DVU oder Bund freier Bürger (BFB) – in den Publikationen und Organisationsstrukturen der extremen Rechten ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem zentralen Thema geworden.

Die Tageszeitung Welt spricht gar – mit Verweis auf neueste Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz – von einem »*Kurswechsel*«, der »*in Erwartung zunehmender sozialer Spannungen (...) die zentralen Bestandteile brauner Propaganda*«[1] verändern würde. Weithin bekannt dürfte die Kampagne der JN »Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche Arbeitnehmer« oder ähnlich gelagerte Aktivitäten der Republikaner mit Blick auf die Rekrutierung von Berliner Bauarbeitern sein. Dabei beschränken sich die Aktivitäten keinesfalls auf die plumpe Übertragung rassistischer Ideologie auf das zentrale gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit. Dahinter verbirgt sich die Wiederbelebung eines Politikfeldes, das bereits für den Aufstieg der NSDAP vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von herausragender Bedeutung war, aber von der extremen Rechten der Bundesrepublik seit dem Höhenflug der NPD am Ende der sechziger Jahre weitgehend vernachlässigt wurde.[2]

Die gesellschaftliche Entwicklung bereitet der extremen Rechten den Boden

Diese Neuorientierung auf soziale und wirtschaftliche Fragen ist Ausdruck veränderter gesellschaftlicher Bedingungen. Seit die Bundesrepublik 1990 ihre volle Souveränität erlangt hat und sich das territorial erweiterte Deutschland auf dem Weg zur Großmacht befindet, hat sich der politische Spielraum der extremen Rechten deutlich erweitert. Vor diesem Hintergrund findet ein weitreichender organisatorischer Umgruppierungsprozeß statt, der mit einer inhaltlichen Schwerpunktverschiebung einhergeht. Nachdem die »Deutsche Einheit« und die restriktive Asylgesetzgebung zur Realität geworden sind, bestimmt die extreme Rechte ihre Ziele und Strategie neu. Und neben der Tatsache, daß die Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Konzeption eine notwendige Voraussetzung auf dem Weg zur Macht ist, bietet die forcierte neoliberale Modernisierung Deutschlands eine Fülle ideologischer Anknüpfungspunkte für eine Propaganda von rechts Außen.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die sozialdarwinistische Durchdringung der Gesellschaft als ein Phänomen erst der neunziger Jahre zu charakterisieren. Tatsächlich hat der Abbau des Sozialstaates – der als faktischer Nachkriegskompromiß für eine Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundes-



Die Nazis gehen mit der sozialen Frage auf Stimmenfang. Hier in Berlin beim Aufmarsch am 1. Mai 1996.

republik fungierte – bereits Mitte/Ende der siebziger Jahre begonnen und mit der konservativ-liberalen Regierung einen systematischen Vollstrecker gefunden. Die Geschichte der Kohl-Regierung ist eine unendliche Geschichte der Sparpakete, wenngleich sich die deutsche Variante der neoliberalen Anpassungspolitik im Gegensatz zu den USA oder Großbritannien aufgrund der besonderen historischen Konstellation der Bundesrepublik in kleinen, evolutionären Schritten vollzog. Mit dem Zusammenbruch des Ostens und der Einverleibung der DDR hat sich allerdings das Blatt gewendet.

Auf der ideologischen Seite bedeutet der Wegfall der Systemkonkurrenz, daß jeder Beweis, der Kapitalismus habe auch seine soziale Seite, weitgehend überflüssig geworden ist. Auf der politisch-ökonomischen Seite werden die Karten im Weltmaßstab neu gemischt. Unter dem Vorzeichen eines global existierenden Kapitalismus geht es um die Herstellung einer neuen Weltordnung, in der das deutsche Kapital und mit ihm die deutsche Regierung ganz Vorne mitmischen wollen. Daraus erklärt sich sowohl das deutsche Streben nach einer Sicherung der Vorherrschaft in Europa, als auch der beschleunigte Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung seit 1990.

Insofern führt die These von der Globalisierung der Weltwirtschaft dann zu falschen Schlüssen, wenn eine Aufhebung der Nationalstaaten bzw. der nationalen Ökonomien behauptet wird. Denn trotz aller ökonomischen Verstrickungen und regionalen Bündnisse (wie z.B. der EU) bleibt die Basis für eine führende Rolle in der Welt ein politisch stabiler und ökonomisch potenter Nationalstaat, der nicht zuletzt mit der »Standort Deutschland«-Propaganda angestrebt wird.

Im Rahmen dieser Standortdiskussion ist es gelungen, die neoliberale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf einen breiten politischen Konsens zu stellen und auch im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung zu verankern. Die zentralen Merkmale der auf dieser Grundlage formulierten Wirtschafts- und Sozialpolitik lauten:

– Die Herstellung von sozialer Sicherheit für Alle sei nicht zu finanzieren und überdies nicht die Aufgabe des Staates, weil dadurch die individuelle Leistungsbereitschaft gebremst und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gemindert werde.

– Gerechtigkeit in der Gesellschaft soll von ihrem sozialen Begriff befreit werden und sich stattdessen über die individuelle Leistungsfähigkeit vermitteln.

– Kollektive Sicherungssysteme, wie etwa die Sozialversicherung oder allgemeinverbindliche Tarifverträge, gelten hiernach als historisch überholt.

– Arbeitslosigkeit sei ein Problem zu hoher Löhne, zu teurer Sozialleistungen und zu weitreichender Schutzbestimmungen.

– Der Mangel an Investitionen sei die Folge zu hoher finanzieller Belastungen und Reglementierungen für die Unternehmer.

– Der Markt mit seinen Grundprinzipien von Konkurrenz und Wettbewerb könne besser als jede staatliche Regulierung gesellschaftliche Bedürfnisse zum Wohle Aller befriedigen.

– Der Staat habe sich darauf zu beschränken, der privaten Initiative einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, sich aber einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Verteilungsgerechtigkeit anstrebt, zu entsagen.

Es geht im Kern um nichts anderes, als die Unterordnung aller Lebensbereiche unter die Prinzipien des Marktes und der Verwertbarkeit. Ob Bildung, Verkehr, Gesundheit oder Rente – es soll nicht mehr danach entschieden werden, was sinnvoll oder gesellschaftlich nützlich ist, sondern danach, was sich am Markt behaupten kann. Damit wird die Ellenbogengesellschaft nicht nur geduldet, sondern sie wird zum Prinzip erklärt. Der Sozialdarwinismus mit seinem Bild »das Stärkere setzt sich durch« erhält eine breite gesellschaftliche Basis, womit das ohnehin schon verbreitete Klima der Angst und Konkurrenz zwischen den Menschen seine aggressive Komponente bekommt.

Die extreme Rechte nutzt den allgemeinen Trend in der Gesellschaft

Was liegt unter diesen Vorzeichen näher, als den allgemeinen Trend aufzugreifen und ihn mit rassistischer und nationalistischer Propaganda zu verbinden? Zweifellos nutzt die extreme Rechte das gesellschaftliche Klima und die Folgen der kapitalistischen Modernisierung, um sich politisch in Szene zu set-

zen, wobei sie über keine einheitliche Strategie verfügt. Während die modernisierungsbereiten, an der FPÖ orientierten Teile der extremen Rechten wie BFB und jene Elemente, die unter der Bezeichnung »NEUE RECHTE« firmieren, auf eine radikale Interpretation des neoliberalen Gesellschaftsentwurfs setzen und sich dabei deutlich vom historischen Faschismus abgrenzen, läßt die »Alte Rechte« die ideologischen Raster der NS-Wirtschaftsphraseologie wiederaufleben. Unabhängig von diesen theoretisch-ideologischen Differenzen lassen sich folgende praktische Ansatzpunkte für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik der extremen Rechten feststellen:

– Die rassistische Thematisierung der Arbeitslosigkeit unter dem Motto *»Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer«*, die insbesondere in Krisenregionen bzw. -branchen zum Einsatz gebracht wird.

– Eine Kampagne unter dem Motto *»Rettet die D-Mark«*, die besonders scharfe nationalistische Züge trägt und auf eine aggressive Finanz- und Geldpolitik gegenüber den anderen europäischen Staaten abstellt und gleichzeitig nationalistisch-chauvinistische Ressentiments innerhalb der deutschen Bevölkerung vor dem »Moloch EU« schüren soll.

– Die Forderung nach einer nationalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die vor allem auf protektionistische Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft abzielt, d.h. die Beschränkungen von Importen und ausländischen Arbeitskräften verlangt.

– Die Kampagne gegen *»Sozialbetrüger und Leistungsmißbrauch«*, die neben AusländerInnen ein weiteres Feindbild aufbaut und darüber hinaus einen reaktionären Arbeitsbegriff thematisiert.

–Die besondere Betonung des selbständigen Mittelstandes als Träger von Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht nur als Klientelpflege betrieben wird, sondern zugleich das Bild einer organischen Wirtschaft reproduziert.

Allerdings beschränkt sich die Thematisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik keineswegs auf einzelne Kampagnen. Ohne auf die programmatische Entwicklung hier im Einzelnen eingehen zu können[3], so ist doch festzuhalten, daß die extreme Rechte in diesem Zusammenhang eine umfassende, bisher wenig beachtete Diskussion führt, die sie als Teil einer strategischen Neuorientierung betrachtet. So wird sich über kurz oder lang erneut die Frage stellen, ob die extreme Rechte über eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialkonzeption verfügt oder letztendlich nur die radikalste Variante kapitalistischer Herrschaftsausübung darstellt. Es spricht dabei vieles für die letzte Variante, denn weder die radikale Interpretation des neoliberalen Gesellschaftskonzepts, noch die neofaschistische Ideologie stehen in Gegnerschaft zur kapitalistischen Ordnung, auch wenn es die Parolen des »nationalrevolutionären« Flügels hier und da suggerieren möchten.

Man wird davon ausgehen müssen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik im antifaschistischen Kampf eine wichtige Rolle bekommen wird – zumindestens, wenn man die absehbare gesellschaftliche Entwicklung zugrunde legt. Nicht nur weil die sozialen Ungleichgewichte und die daraus entstehenden Konflike zunehmen werden, sondern auch weil es nicht unwahrscheinlich ist, daß die extreme Rechte vor diesem Hintergrund zumindest für einen Teil der Besitzenden, vielleicht aber auch für einen Teil der sozial Deklassierten, eine politische Funktion bekommt. Darüber hinaus sollte es im eigenen Interesse einer antifaschistischen Bewegung sein, der staatlichen Umverteilungs- und Sozialabbaupolitik eine eigene politische Analyse und Strategie entgegensetzen zu können, die breite gesellschaftliche Wirkung hat. Deshalb wird man sich nicht auf die Beobachtung und Analyse der einzelnen extrem rechten Organisationen und Strömungen beschränken können, sondern sollte sich mehr als bisher der allgemeinen ökonomischen Analyse widmen. Wie sagte schon Horkheimer: *»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«* ■



Propagandaplakat aus dem Naziblatt »Hamburger Sturm« aus dem Umfeld der verbotenen »Nationalen Liste«

1) Peter Scherer, Neue Richtungen beim deutschen Rechtsextremismus, Welt 14.6.1996
2) Vgl. zur aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion innerhalb der extremen Rechten: Ralf Ptak, Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte, in: Jens Mecklenburg (Hg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin, 1996, S. 901 - 922
3) Eine ausführliche Untersuchung der wirtschaftspolitischen Programmatik der extremen Rechten in Deutschland und Österreich und ihre Einordnung in den neoliberalen Trend liefern Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt, München 1997

Frankreich im März 1997

Die Wahl in Vitrolles

Die faschistische FRONT NATIONAL (FN) hat mit ihrem Wahlsieg am 9. Februar 1997 in Vitrolles, einer Stadt nördlich von Marseille, die Kontrolle über ein viertes Rathaus in Frankreich gewonnen. Dies ist nicht zuletzt mit der verstärkten Orientierung der FN auf Soziales zu erkären.
Die neue Bürgermeisterin der Stadt heißt CATHERINE MEGRET, die 37-jährige Ehefrau von BRUNO MEGRET. Bruno Megret ist die Nr. 2 in der FN-Hierarchie. Er konnte nicht selbst für das Bürgermeisteramt kandidieren, da er vor zwei Jahren wegen unsachgemäßer Verwendung von Wahlkampfgeldern verurteilt worden war.

Bei der zweiten Stichwahl erhielt Catherine Megret 52,48 % der Stimmen. Der Kandidat der Sozialistischen Partei (SP), Jean-Jacques Anglade, erhielt 47,52 %. Zur Zeit laufen wegen Korruptionsvorwürfen polizeiliche Ermittlungen gegen Jean-Jacques Anglade.

Die Macht in Vitrolles befindet sich fest in den Händen von Bruno Megret, dessen offizielle Funktion als »oberster Berater der Bürgermeisterin« angegeben wird. Megrets Position als möglicher Nachfolger von FN-Führer JEAN MARIE LE PEN ist dadurch ziemlich gestärkt worden. In ihrer Wahlkampfstrategie von Vitrolles, die von Megret inszeniert und entworfen worden war, hat die FN weniger auf ihre Kampagne gegen MigrantInnen gesetzt. Stattdessen hat sie die Themen »Korruption« und »Law & Order« in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs gestellt. Die Partei hat darüber hinaus die Persönlichkeiten von Catherine Megret und Bruno Megret betont, während sie den wesentlich bekannteren Parteiführer Le Pen nicht auf ihren Wahlkampfplakaten verwendete.



FN-Führer Jean Marie Le Pen

Für den politischen Mainstream in Frankreich war das Wahlergebnis von Vitrolles eine Katastrophe. Zum einen war es das erste Mal, daß die FN in der Lage war, die absolute Mehrheit in einer Stichwahl zwischen nur zwei Kandidaten von zwei Parteien zu gewinnen. Ihre früheren Erfolge in Orange, Marignan und Toulon waren das Ergebnis von Wahlen zwischen Kandidaten von drei Parteien und waren sehr von der großen Zahl der Nichtwähler abhängig.

Am 9. Februar 1997 gewann die FN jedoch – bei einer Wahlbeteiligung von 81 % – gegen eine vereinigte Liste von Sozialisten, Kommunisten und Umweltschützern. Trotz verzweifelter Appelle für ein *»republikanisches Wahlverhalten, um der extremen Rechten den Weg zu versperren«* von Premierminister ALAIN JUPPÉ, konnten sich die bürgerlichen Konservativen nicht dazu durchringen, den »antifaschistischen« Kandidaten Anglade zu unterstützen.

Sofort nach der Verkündung von Megrets überraschendem Wahlsieg begannen die Manager der etablierten Parteien, sich gegenseitig die Schuld für den FN-Sieg zuzuschieben. Am schlimmsten ist jedoch, daß die Konservativen keine Mühe scheuen, um das Wahlergebnis herunterzuspielen und es auf lokale Bedingungen sowie die Tatsache zurückzuführen, daß Anglade bei den WählerInnen sowieso schon sehr diskreditiert war. Diese Art der Interpretation basiert im wesentlichen auf Meinungsumfragen, die darauf hindeuten, daß frankreichweit die Unterstützung für die FN bei 15% relativ stabil geblieben und nicht stark genug angestiegen ist, um den Mainstream-Parteien bei den allgemeinen Wahlen im März 1998 zu schaden. Auch die sozialistischen Parteiführer haben Trost bei der Vorstellung gesucht, daß Megrets Triumph in erster Linie das Produkt lokaler Bedingungen in Vitrolles war – eine Hochhausstadt mit 40.000 EinwohnerInnen und 22 % Arbeitslosigkeit, massiver Armut, einer hohen Kriminalitätsrate und einer sehr schlecht integrierten MigrantInnen-Community.

Demgegenüber hat der Meinungsforscher Jean-Marc Lerch auf einen wesentlich einflußreicheren Faktor für den jüngsten Erfolg der FN hingewiesen: Nämlich, daß die Faschisten vor allem wegen ihrer Kampagne gegen die weitverbreitete Korruption im politischen Establishment Frankreichs Stimmen gewinnen, und weniger wegen ihres traditionellen Themas »Einwanderung«. Meinungsumfragen hätten gezeigt, daß die bürgerlichen Großparteien im wachsenden Maß von den WählerInnen als korrupt angesehen würden und die FN davon profitieren würde.

In seiner Glückwunschadresse an Megret erklärte Le Pen, daß seine Partei die stärkste Partei in Frankreich werden könne. Das ist kein Phantasieprodukt. Die FN hinkt nur wenig mehr als 5% hinter der bürgerlichen Rechten her.

Le Pen ist ausgesprochen sensibel für die Stimmung innerhalb der Wählerschaft. Bei ihm ist die Botschaft der WählerInnen von Vitrolles durchaus angekommen. Seit den Wahlen in Vitrolles hat er einen Propagandafeldzug gegen Korruption begonnen, insbesondere gegen Korruption im engen Umfeld von Präsident Jacques Chirac. Außerdem hat er einen *»heißen Sommer«* angekündigt. Damit will er auch seine Vorherrschaft in der FN absichern.

Die Front National und die »soziale Bewegung«

Neben der Mutterpartei »Front National«, der radikal auftretenden Parteijugend (FRONT NATIONAL DE LA JEUNESSE) und dem berüchtigten FN-Ordnerdienst exisitieren mittlerweile zahlreiche Front- und Satellitenorganisationen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Es gibt FN-nahe Arbeitgeberzirkel, Pseudogewerkschaften, »Kulturorganisationen«, ultra-katholische Gruppierungen und Familienberatungsstellen sowie seit neuestem auch Volksküchen der FN für »bedürftige Franzosen«. Innerhalb der Polizei und besonders bei den Spezialeinheiten wie der CRS erzielt die rechtsextreme Gewerkschaft »FRONT NATIONAL POLICE« und FPIP hohe Wahlergebnisse.

Bei der großen Gewerkschaftskundgebung am 22.10.1996 in Paris nahm auch eine Gruppe von ca. 200 Pensionären teil – Mitglieder der NATIONA-

LEN VEREINIGUNG DER RENTNER UND FRÜHRENTNER (CNPR), die der Front National nahesteht. Dementsprechend trugen sie auch Transparente in den Farben der FN. Auch sie forderten wie alle anderen KundgebungsteilnehmerInnen mehr Renten für Arbeiter – aber nur für französische Arbeiter. Schließlich gelang es Leuten von RAS L'FRONT, sie daran zu hindern, an der Kundgebung teilzunehmen. Bis Ende 1995 hatte die FN vor allem gegen Gewerkschaften und protestierende ArbeiterInnen gehetzt. Während der großen Protestwelle gegen die neue Sozialgesetzgebung im Winter 1995, hatten Le Pen und die FN-Wochenzeitung »NATIONAL HEBDO« noch ein massives staatliches Vorgehen gegen die protestierenden ArbeiterInnen gefordert.

Doch ab Anfang 1996 konnte sich die Linie der »Neuen Rechten« und Nationalrevolutionäre um Bruno Megret durchsetzen und einen Kurswechsel der FN herbeiführen. Deren Theorieblatt »RÉFLÉCHIR ET ÁGIR« hatte noch in der Ausgabe vom Frühjahr 1996 kritisiert: *»Die FN verlangt von den Machthabern, die Massen zum Schweigen zu bringen und die Streiks zu zerschlagen. (...) Hat die FN vergessen, daß gerade in der breiten Bevölkerung die Zahl ihrer Anhänger zunimmt? Wenn die FN eine soziale Bewegung sein will, dann muß sie auch auf die Straße gehen, um soziale Forderungen zu vertreten. (...) Mit der Gründung einer Polizeigewerkschaft, die vielversprechende Ansätze zeigt (...) hat die FN endlich beschlossen, auch in der Arbeitswelt organisatorisch Fuß fassen und ihre eigenen Gewerkschaften aufbauen. Eine FN-Gewerkschaft für die Pariser Verkehrsbetriebe (RATP) wird schon bald entstehen.«*

Den Ankündigungen folgte prompt die Umsetzung: Im Februar 1996 wurde die Gewerkschaft FN-RATP (Verkehrsbetriebe Paris) und FN-TCL (Verkehrsbetriebe Lyon) zugelassen. Im September folgte die FN-PÉNITENTIAIRE (GefängnisschließerInnen). Darüber hinaus wurde die BEWEGUNG FÜR EIN NATIONALES BILDUNGSWESEN (MEN) reaktiviert. Inzwischen gibt es auch eine sog. »Aufbauorganisation« im Bereich der Rüstungsindustrie und eine FN-Organisation innerhalb der Post. Allerdings will sich die FN nicht auf die Gründung von Einzelgewerkschaften beschränken, sondern plant, die FN-Gewerkschaftsaktivisten in einem »Gewerkschaftsbund« (CERCLE NATIONAL DES TRAVAILLEURS SYNDIQUES) zu organisieren.

Wer ist Bruno Megret ?

Bruno Megret, 47, wird generell als der Mann angesehen, der am wahrscheinlichsten die Nachfolge von Jean Marie Le Pen als Anführer der faschistischen Front National übernehmen wird. Jetzt hat ihn der Triumph von Vitrolles in den politischen Vordergrund katapultiert.

Megret ist ein ausgebildeter Ingenieur und ehemaliger hochrangiger Beamter. Nachdem er in den 80er Jahren der FN beigetreten war, saß er nach den Wahlen von 1986 kurzzeitig im französischen Parlament. Seit 1989 ist Megret Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Der Technokrat Megret war der Autor von wirtschaftlichen und sozialen Programmen, die eine radikal antistaatliche Politik vertreten. Dazu gehört u.a. die Abschaffung der Einkommenssteuer und auch die momentane Politik der FN von der sog. *»nationalen Präferenz«* für *»eingeborene Franzosen«*. Ideologisch befindet er sich in Einklang mit der »Neuen Rechten« innerhalb der FN, die eine »Trennung der Ethnien«, eine eugenische Weltanschauung und Regionalismus vertritt.

Megret wird von einigen seiner FN-Kameraden für einen Opportunisten gehalten, weil er aus dem Establishment kommt. Vor zwei Jahren erreichte das Mißtrauen gegen ihn ein derartiges Ausmaß, daß seine Gegner seinen größten innerparteilichen Rivalen, BRUNO GOLLNISCH, zum Generalsekretär der FN wählten. Die Machtverteilung könnte jetzt allerding sehr anders ausfallen.

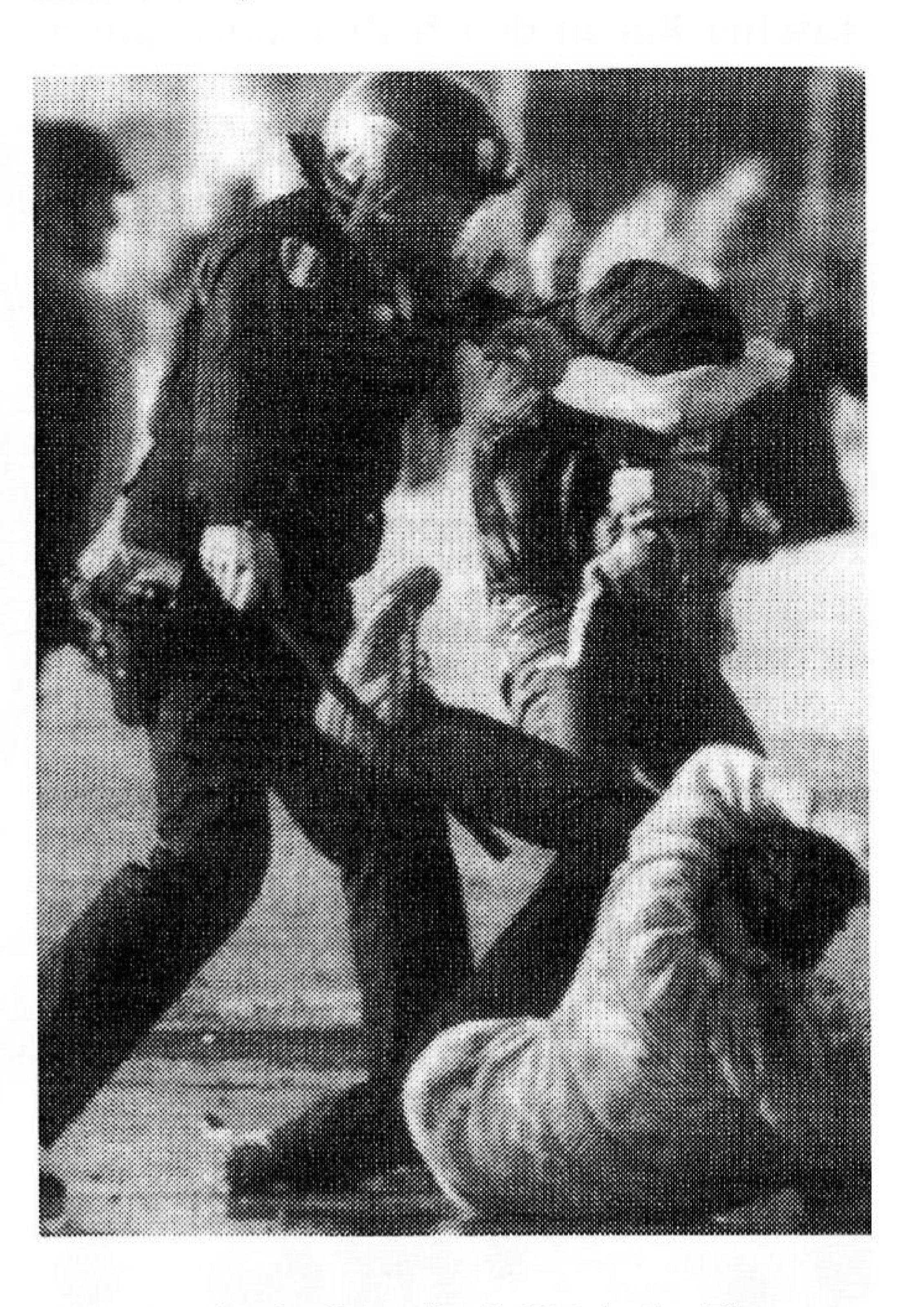
Gleichzeitig war es Megret, der mit einem Interview mit Le Monde am 13. Februar 1996 die innerparteiliche Diskussion um die sozialpolitische Richtung der FN beendete und zusammen mit anderen führenden Kadern der »Neuen Rechten« konkrete Pläne für eine moderne faschistische Organisation mit einem *»national-sozialistischen«* Konzept in der FN umsetzt.

Antifaschismus in Frankreich: Gespalten und schwach

Während Frankreich zusammen mit Österreich das europäische Land ist, wo die extreme Rechte am stärksten ist und vielleicht die besten Aussichten für einen politischen Erfolg hat, hat die französische antifaschistische Bewegung mit einer Menge hausgemachten Problemen zu kämpfen.

Wenn man den Begriff »anti-faschistisch« wörtlich nimmt, sind fast alle französischen politischen Organisationen »anti-faschistisch«. Dies liegt an ihren Wurzeln in der Anti-Nazi-Résistance während des Zweiten Weltkriegs und an den Verfassungsgrundlagen, die von General de Gaulle nach der Niederlage der Nazis etabliert wurden.

Erst in den 60er Jahren traten zum ersten Mal wieder Organisationen auf der innenpolitischen Bühne Frankreichs auf, die das Erbe des Faschismus



Die Bereitschaftspolizei CRS beim Einsatz. Besonders bei dieser Einheit erzielt die FN-Polizeigewerkschaft »Front National Police« hohe Wahlergebnisse

und der VICHY-REGIERUNG für sich beanspruchten. Die 60er Jahren waren bis dahin von intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gekennzeichnet gewesen, die in der Arbeiter- und Studentenrevolte im Mai 1968 gipfelten. Damals gaben die Liberalen und die Gaullisten ihre »antifaschistischen« Nachkriegspositionen auf, indem sie »nationalistische« Studenten dazu ermutigten, gegen »linksgerichtete« Studenten vorzugehen.

Seitdem hat die traditionelle Rechte ihre ambivalente Haltung gegenüber der extremen Rechten beibehalten – insbesondere seit der Gründung der FN im Jahr 1973. Nach Ansicht der Konservativen ist die extreme Rechte ein gutes Gegengewicht zur Linken so lange, wie die extreme Rechte manipuliert und unter Kontrolle gehalten werden kann.

Ein definitives Ergebnis dieser Verschiebung bei der bürgerlichen Rechten war, daß der neue Antifaschismus fest in der politischen Linken verankert ist.

Der Wahlsieg der Sozialistischen Partei unter Francois Mitterand bei den Präsidentschaftswahlen von 1981 verstärkte diese Tendenz noch weiter. Denn auch Mitterand zögerte nicht, die FN als Waffe im Wahlkampf gegen die

konservative Rechte zu benutzen. Daher wurde die Sozialistische Partei immer weniger als wirklich antifaschistische Kraft wahrgenommen. Was die Kommunistische Partei Frankreichs angeht, so wurde ihr historisch antifaschistischer Ruf in den frühen 80er Jahren schwer angekratzt. Damals begannen kommunistische Bürgermeister offen – aufgrund von nackter Angst vor der wachsenden Fähigkeit der FN, traditionelle kommunistische Wählergruppen zu gewinnen – , rassistische Maßnahmen gegen MigrantInnen in Städten unter kommunistischer Kontrolle zu übernehmen. Die Kommunistische Partei befürwortete zur gleichen Zeit eine nationalistische Wirtschaftspolitik.



»Nein zur extremen Rechten« – antifaschistische Demonstration in Paris

Zersplitterung

Die FN begann ihren wahlpolitischen Aufstieg bei den Kommunalwahlen im Jahr 1982. Aber eine ernstzunehmende Reaktion gab es erst 1984. Sie bestand in einem Angriff auf einen FN-Versammlungsort in Toulouse, wo Le Pen eine Kundgebung abhalten sollte. Eine örtliche antifaschistische Gruppe - SCALP (Section Carrément Anti-Le Pen) – übernahm die Verantwortung für den Angriff. Überall im Land entstanden daraufhin Antifa-Gruppen, die den Namen SCALP übernahmen.

Der Sozialistischen Partei (SP) blieb diese Entwicklung nicht völlig verborgen: Sie forcierte die Gründung von SOS Rassismus. Damit wurde versucht, sowohl den antirassistischen Kampf, als auch junge Leute insgesamt für wahlpolitische Zwecke einzuspannen. Tatsächlich hat die Partei seit 1991 ihre eigene, eher ineffektive Struktur, das »Manifeste contre le Front National«. Auch diese Gruppe leidet darunter, daß sie eine Frontorganisation der SP ist und im Wahlkampf ausgenutzt wird.

Der Vormarsch der FN ging in den 80er Jahren ungebrochen weiter. Gleichzeitig blieb die antifaschistische Bewegung trotz öffentlicher Reaktionen auf besonders brutale rassistische Angriffe oder antisemitische Äußerungen von Le Pen isoliert.

Anfang der 90er Jahre gab es noch einmal eine Reihe von Versuchen von Trotzkisten, antifaschistische Aktivitäten neu zu strukturieren. Im Jahr 1990 gründete die Ligue Communiste Révolutionnaire »Ras L'Front« (sinngemäß: »Weg mit der Front National«), kurz nach einem Aufruf, der von mehr als 200 Intellektuellen unterzeichnet worden war. Der Aufruf erklärte – wenn auch etwas spät – , daß *»die Zeit für eine Gegenoffensive«* gekommen sei.

Aufgrund der unterschiedlichen politischen Herkunft und Ideen gibt es natürlich auch sehr verschiedene Strategien der einzelnen Organisationen, wie gegen die FN vorgegangen wird oder werden soll. Leider gab es hier in der Vergangenheit mehr Spaltungen als gemeinsames Vorgehen. Möglicherweise entsteht aus den Aktivitäten eines breiten antifaschistischen Bündnisses gegen den Parteitag der FN vom 29.- 31. März in Straßburg eine Chance, für zukünftige gemeinsame Projekte. Die Mobilisierung gegen den FN-Parteitag stand im Zusammenhang mit den Versuchen von AntifaschistInnen im letzten Jahr, wieder gegen jede FN-Veranstaltung zu protestieren und sie, wenn möglich, zu verhindern. Höhepunkte dieser »neuen Linie« waren eine rein regionale Demonstration gegen Le Pen in Grenoble Anfang Dezember 1996 mit ca. 25.000 TeilnehmerInnen, sowie eine StudentInnendemonstration gegen eine Le Pen-Veranstaltung im Februar 1997 in Paris.

Politische Überlegungen

Führende Vertreter des bürgerlichen Liberalismus haben sich ihre Köpfe darüber zerbrochen, wie eine Zusammenarbeit mit der FN möglich wäre. Diese Überlegungen sind davon abhängig, ob Le Pen innerhalb eines mittelfristigen Zeitraums die FN verlassen wird. Die liberale Rechte hat keine Perspektive der Zusammenarbeit mit Le Pen, aber sie könnte eine Figur à la GIANFRANCO FINI (Anführer der neofaschistischen LEGA NORD in Italien) – wie vielleicht Bruno Megret – akzeptieren und gleichzeitig einige Ideen der FN übernehmen, um abtrünnige WählerInnen zurückzugewinnen. Die Sozialistische Partei hofft auf eine neue Chance bei den nächsten Wahlen und versucht, eine Einheit unter den Linken herzustellen, indem sie mit dem Schreckgespenst des Faschismus arbeitet. Aber gleichzeitig tut die SP fast nichts, um an der Basis dagegen zu mobilisieren. Der Antifaschismus in Frankreich befindet sich momentan in einer Krise. Es ist schwer vorstellbar, wie die FN – ohne tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und der Abschaffung der Idee der *»nationalen Präferenz«*, der französischen Form von Apartheid – dabei aufgehalten werden kann, die politische Tagesordnung in Frankreich noch mehr zu bestimmen. Viele stellen sich jetzt die Frage: Steht ein faschistisches Frankreich bevor? Wir denken, daß es – noch – nicht so weit ist. Aber die antifaschistische Bewegung in Frankreich und international sollte die Warnung von Vitrolles sehr ernst nehmen. ■

Der Artikel wurde uns von der antifaschistischen Zeitung REFLEX aus Paris zur Verfügung gestellt und vom AIB ergänzt.

Kontakt über:

REFLEX
21 ter rue Voltaire
F - 75011 Paris

Quellen:
»Searchlight« Nr. 261, März 1997 sowie »Le Monde Diplomatique«, 14.3.1997.

Der Hans-Münstermann-Marsch fand nicht statt

Mit einer bundesweiten »Demonstration« wollten Neonazis am 22. Februar in Aschaffenburg an ihren »Kameraden« Hans Münstermann erinnern, der am Rosenmontag 1993 bei einem Überfall auf Flüchtlinge von einem schwer verletzten Opfer in erwiesener Notwehr getötet wurde (siehe auch AIB Nr. 33). Während der Hans-Münstermann-Marsch 1994 und 1995 nur regionale Bedeutung erlangte, wurde 1996 die Mobilisierung bundesweit getragen und 350 Neonazis ließen sich vom USK durch die Stadt eskortieren. Der Aufmarsch 1997 wurde organisiert von NPD, JN und der regionalen Bündnisstruktur Deutscher Freundeskreis Franken (DF) und sollte unter dem Motto »*Gegen Gewalt und Kriminalität*« stattfinden, da die Familie Münstermann den Neonazis per Gerichtsurteil untersagen ließ, den Namen zu verwenden. Die Polizei rechnete mit 1000 TeilnehmerInnen. Doch es kam ganz anders.

In Aschaffenburg hatte sich für dieses Jahr ein breites Bündnis von der SPD über Gewerkschaften bis hin zur Autonomen Antifa formiert, das sich entschlossen zeigte, den Aufmarsch zu verhindern. Das Konzept sah vor, mit mehreren Kundgebungen und zwei Demonstrationen die zentralen Plätze der Stadt zu besetzen, um den Neonazis jede Möglichkeit zu nehmen, sich zu sammeln. Nach außen trat das Bündnis geschlossen auf, durch die verschiedenen Kundgebungen sollte es jedoch den beteiligten Gruppen ermöglicht werden, ihre Aktionsformen weitgehend autonom zu gestalten. Das Bündnis war von Anfang an den Anfeindungen der CSU und der als rechtslastig bekannten Aschaffenburger Presse ausgesetzt, denen wirklich keine Diffamierung zu abenteuerlich war, um eine Spaltung herbeizuführen. Eine ähnliche Strategie verfolgten die Neonazis. Ihnen gelang es, eine Aktivistin der Anti-Antifa ins Bündnis einzuschleusen, die dort u. a. versuchte, die Gruppen gegeneinander auszuspielen. Sie konnte jedoch enttarnt werden (eine ausführliche Ausarbeitung dieser Geschichte folgt im nächsten AIB).

Die NPD indes entschied sich für den taktischen Rückzug und zog ihre Anmeldung zurück. Mittels Fax aus dem oberbayerischen Feldkirchen-Westerham vom 30. Januar erklärte der Leiter der NPD-Rechtsabteilung, Per Lennart Aae, daß »*geheimdienstlich gesteuerte Autonomenbanden und andere Störer*« einen »*dermaßen großen Auftrieb in der Mobilisierung*« erhalten hätten, daß die »*Durchführung unserer Demonstration mir Rücksicht auf die Sicherheit der Aschaffenburger Bürgerinnen und Bürger nicht mehr verantwortet werden*« könne. Dies war ein mehr als peinlicher Versuch, über die wahren Gründe der Absage hinwegzutäuschen und darüber hinaus Pluspunkte in der öffentlichen Meinung zu sammeln. Ein wesentlicher Grund dürfte gewesen sein, daß vor dem Hintergrund der Mobilisierung für den Münchner Großaufmarsch gegen die Wehrmachts-Ausstellung (siehe S. 17) die Teilnehmerzahl in Aschaffenburg unter den Erwartungen geblieben wäre und daß eine organisatorische Überlastung der NPD-Funktionäre eingetreten war.

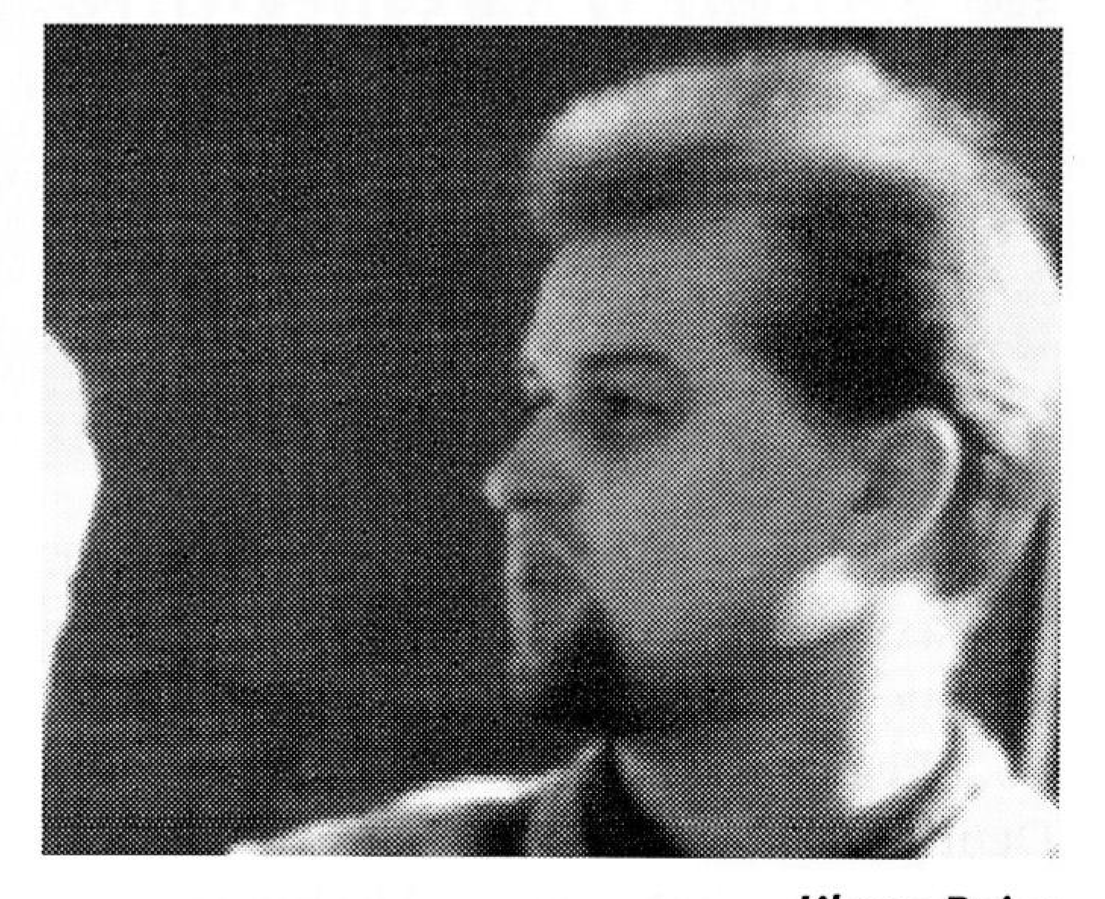
Was dem Anmelder, dem NPD/JN/DF-Funktionär Klaus Beier aus dem Odenwalddorf Kirchzell, zusätzliche Probleme bereitete, war eine Hausdurchsuchung beim 46jährigen Lothar Stöckmann am 13. Januar im benachbarten Amorbach, bei der die Polizei ein Waffenlager u. a. mit Maschinengewehren, Flugabwehrraketen und Laserzieleinrichtungen aushob. Obwohl Stöckmann, ein Bekannter des Altnazis Otto Ernst Remer und Mitglied der Deutschen Liga, seit Jahren als Neonazi und Waffensammler ortsbekannt war, platzte die Durchsuchung genau in die Vorbereitungen des Hans-Münstermann-Marsches, was von der Polizei sicher als Druckmittel gegen die Organisatoren gedacht war, zu denen Stöckmann ganz offensichtlich Verbindungen unterhält.

Was folgte war ein Verwirrspiel, über dessen Sinn und Zweck sich teilweise nur spekulieren läßt. Der NPD-Spitzenkandidat zur Frankfurter Kommunalwahl, Ernst F. Marschall, verbreitete einen Aufruf zu einem Ersatzmarsch in Frankfurt-Höchst, der jedoch dermaßen mit verbalradikalen Platitüden gespickt war, daß er ein Verbot geradezu provozierte (was auch prompt geschah) und allzu leicht als Ablenkungsmanöver durchschaubar war. Schließlich trat im Namen der Anti-Antifa-Franken der einschlägig bekannte Norman Kempken aus Oberhausen (bei Ingolstadt) auf den Plan und versuchte, eine Anti-Antifa-Demonstration mit anschließenden Liederabend anzumelden. Selbst die Nationalen Infotelefone verkündeten noch am Morgen des 22. Februar, daß »*der nationale Widerstand auf jeden Fall marschieren*« würde.

Damit sorgten die Neonazis jedoch auch in eigenen Kreisen für Verwirrung. Dies zeigte sich darin, daß bei Vorkontrollen in Aschaffenburg einige z.T. bewaffnete Neonazis aus dem Verkehr gezogen wurden und andere vom USK aus prekären Situationen befreit werden mußten. Auch in Frankfurt-Höchst irrten vollbesetzte PKWs aus anderen Bundesländern ziel- und planlos durch den Stadtteil um dann auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Für 10 Neonazis, die sich am Abend in der Nähe des antifaschistischen Abschlußkonzertes bewegten, endete der Tag genauso unangenehm wie für eine Gruppe provozierender Grauer Wölfe, die gegen ca. 300 türkische und kurdische AntifaschistInnen denkbar schlechte Karten hatten.

Die antifaschistische Aktionen in Aschaffenburg waren mit insgesamt 2500 TeilnehmerInnen ein voller Erfolg. Der großmäulig zur nationalen Gedenkveranstaltung hochstilisierte Hans-Münstermann-Marsch wurde kleinlaut abgeblasen und der autonomen Antifa gelang es, eine entschlossene und laut-starke Demo mit fast 2000 TeilnehmerInnen durchzuführen. Das Bündnis, dessen Spaltung unentwegt herbeigeredet wurde, hielt auch der nachfolgenden Hetze der Aschaffenburger Presse stand, die zwei eingeschlagene Scheiben zu »Krawallen« umdichtete. Über die positiven Erfahrungen in der Organisierung und Durchführung der Antifa-Demonstrationen hat sich in Aschaffenburg und in der Region ein antifaschistischer Widerstand gefestigt, der für alle beteiligten Gruppen weitere Perspektiven öffnet und noch eine harte Nuß für die Neonazis in Hinblick auf den jetzt schon angekündigten Hans-Münstermann-Marsch 1998 sein wird.

Als Kritikpunkt bleibt festzuhalten, daß es nicht gelungen ist, ca. 40 Neonazis, die von der Polizei bewußt durch die Sperren gelassen wurden und die sich getarnt und in Kleingruppen im Umfeld der Demos bewegten, zu lokalisieren. Auch Fotografen der Anti-Antifa, die sich als Pressevertreter ausgaben, wurden zu unentschlossen angegangen. Leider waren zu wenige Gruppen aus anderen Städten bereit, organisatorische Aufgaben zu übernehmen, so daß die AschaffenburgerInnen mit der Verantwortung ziemlich alleine standen. Doch dies soll den Erfolg des Wochenendes nicht schmälern. ■



Klaus Beier

Heidelberg

Aktionen gegen burschenschaftliches »Maisingen«

Unter dem Motto *»Den reaktionären Konsens von Wirtschaft, Politik & Gesellschaft durchbrechen – Verbindungen kappen – Burschenschaften abschaffen«* ruft die Autonome Antifa Heidelberg zu einer antifaschistischen Demonstration am 30. April auf. Anlaß ist das alljährliche »Maisingen« der Heidelberger Burschenschaften, was schon in den vergangenen Jahren von antifaschistischen Protesten begleitet wurde, so daß sich der Kreis der TeilnehmerInnen auf die eindeutig rechtsextremen Burschenschaften, Gilden und Verbindungen reduziert hat. Im vergangenen Jahr marschierte erstmals eine Truppe Neonazis um den Anti-Antifa-Aktivisten Andreas Gängel in den Reihen der Burschenschaft Normannia und attackierte AntifaschistInnen. Die Koalition mit Neonazis hat bei den Normannen Tradition. Erst im Januar luden sie zu einem Vortrag *»Deutschland oder multiethnisches Siedlungsgebiet? – Die Aufgabe der Deutschland-Bewegung«* mit dem selbsternannten Friedensforscher und ehemaligen MdB der Grünen, Alfred Mechtersheimer, ein. Die von Mechtersheimer angeführte Kampagne »Deutschland-Bewegung« stützt sich auf durchgängig rassistische Argumentationsmuster, für seine Thesen wird im Normannen-Blatt geworben und Christian Schaar, Chargen-Sprecher der Normannia, ist Regionalbeauftragter Kurpfalz der Deutschland Bewegung. Mit seinem Friedenskomitee 2000 bildet Mechtersheimer ein Scharnier zwischen dem Neonazismus und Organisationen des Mittelstandes, was u.a. im Februar 1997 deutlich wurde, als das Friedenskomitee 2000 zusammen mit den Jungen Nationaldemokraten und Burschenschaften zu einer Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung in Karlsruhe aufrief.

Diese Brücken zu bauen, genau das ist auch die Politik der Normannia. Ihre Aktiven und Alte Herren finden sich u.a. bei den Republikanern, in der neonazistischen Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg, sowie im Konservativen Gesprächskreis Heidelberg, einem der JF nahestehenden Politzirkel.

Im Rahmen von mehreren antifaschistischen Veranstaltungen soll das Wesen und die Tradition der Burschenschaften ausführlich thematisiert werden. Den Auftakt bildet vier Tage vorher ein »Rock gegen Burschenschaften« im Autonomen Zentrum HD mit den Goldenen Zitronen, es folgt die Demonstration am 30.4. um 17 Uhr, Treffpunkt Bauhaus Heidelberg. Den Abschluß werden die Aktionen gegen das »Maisingen« auf dem Heidelberger Rathausmarkt um Mitternacht bilden.

Demo-Aufrufe und eine überarbeitete Materialsammlung über Heidelberger Burschenschaften können bei der Autonomen Antifa HD, c/o Infoladen Moskito, Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg, bestellt werden.

Eningen

Demo gegen Nazizentrum

Am 1. Februar 1997 demonstrierten 3000 Leute gegen die Nazi-Villa in Eningen. Vor knapp drei Jahren hatte die NPD das 2,1 Millionen-Anwesen in der Schillerstraße 73 von den völkisch-umnachteten Krieg-Schwestern geerbt. Testamentsauflage: Die Einrichtung einer nationalen Schulungs- und Begegnungsstätte. Mittlerweile sind dort Holger Apfel, Bundesvorsitzender der JN, und Jürgen Diestler, ebenfalls im Bundesvorstand der JN, eingezogen. Das Haus wurde festungsartig gesichert und wird von den Nazis videoüberwacht. Auch die im Erdgeschoß des Hauses wohnenden Leute, die mit den Nazis nichts am Hut haben, sind von den immer wieder aufmarschierenden Nazis im »Geschwister-Krieg-Zentrum« übel betroffen. Außerdem haben dort bereits Schulungen stattgefunden – für den »Rudolf-Heß-Aufmarsch« in Worms '96 wurden dort beispielsweise die Ordner »geschult«.



Organisiert wurde die bundesweite Demo von dem Reutlinger Antifa-Plenum und einem gewerkschaftlichen Jugendbündnis. Den Aufruf unterstützten mehr als 50 Gruppen und Einzelpersonen – was dazu führte, daß an diesem Tag ein breites Spektrum von Leuten auf die Straße ging. Am Abend gab es in einer leerstehenden Fabrikhalle in Eningen ein »Rock gegen Rechts«. Dieser war gut besucht und ein gelungener gemeinsamer Abschluß der Aktion.

Die Demo zog geschlossen und ausdrucksstark durch das 10.000-EinwohnerInnen starke Dorf. Hundert Meter von dem Anwesen entfernt, das von der Polizei abgeriegelt wurde, fand die Abschlußkundgebung statt. Derweil hatten sich rund 80 Nazis in dem Haus verbarrikadiert, ihre in der Woche zuvor beantragte Gegendemo unter dem Motto *»Sicherheit durch Recht und Ordnung – gegen Gewalt und Intoleranz«*, die am selben Tag hätte stattfinden sollen, blieb bis zuletzt verboten. Der Erfolg der Aktion, das zeigte sich in den darauffolgenden Wochen, bestand nicht nur in der Demonstration eines starken und breiten Widerstandes gegen die Nazis an dem Tag, sondern sie motivierte die einzelnen antifaschistischen Initiativen auch aus bürgerlichen Kreisen wieder verstärkt gegen die Nazis vorzugehen. Denn der »Expertenweg« des Eninger Bürgermeisters Jürgen Steinhilber, der jahrelang auf Verhandlungen mit den Nazis setzte, ist gescheitert: Die NPD ist seit kurzem als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen. Die Kornwestheimer Bank gab der NPD durch eine Grundschuld einen 750 000 Mark umfassenden Kredit, mit dem die rechtsextreme Partei bei Land und Bund zurückgezahlt hat. Die Demo hat auch die »Eninger Initiative gegen das Nazi-Zentrum«, die an der Organisation der Aktion nicht beteiligt war, wieder bestärkt und dazu gebracht, über im Dorf verankerte Aktionen gegen das Nazi-Zentrum nachzudenken.

Berlin

Brandanschlag auf JN-Auto

In Berlin haben einige Antifas dem Auto des JN-Mitglieds Tilo Köhler in der Nacht zum 3. März '97 *»einen feurigen Besuch abgestattet«*. In einem Bekennerschreiben erklärten sie der Tageszeitung (taz): *»Zur Zeit versuchen die Faschos wieder verstärkt, in der Öffentlichkeit aufzutreten und ihre rassistischen und menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten. Wir werden nicht länger zuschauen, wie Leute von Nazis umgebracht oder schwer verletzt werden! Hellersdorf war ein Schritt in die richtige Richtung. Nazis angreifen.«*

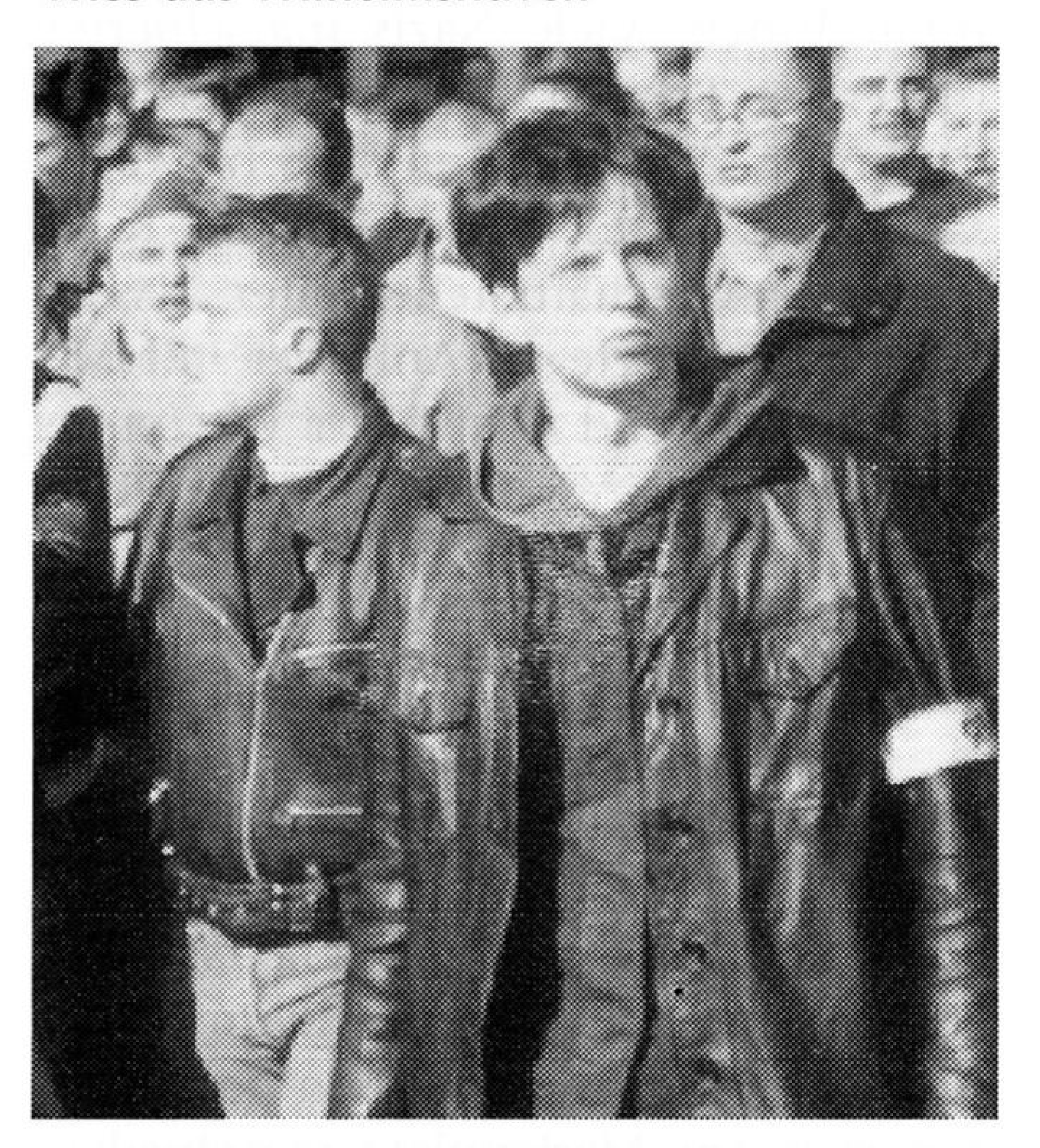
Zum Naziaufmarsch in München

Allianz der Geschichtsleugner

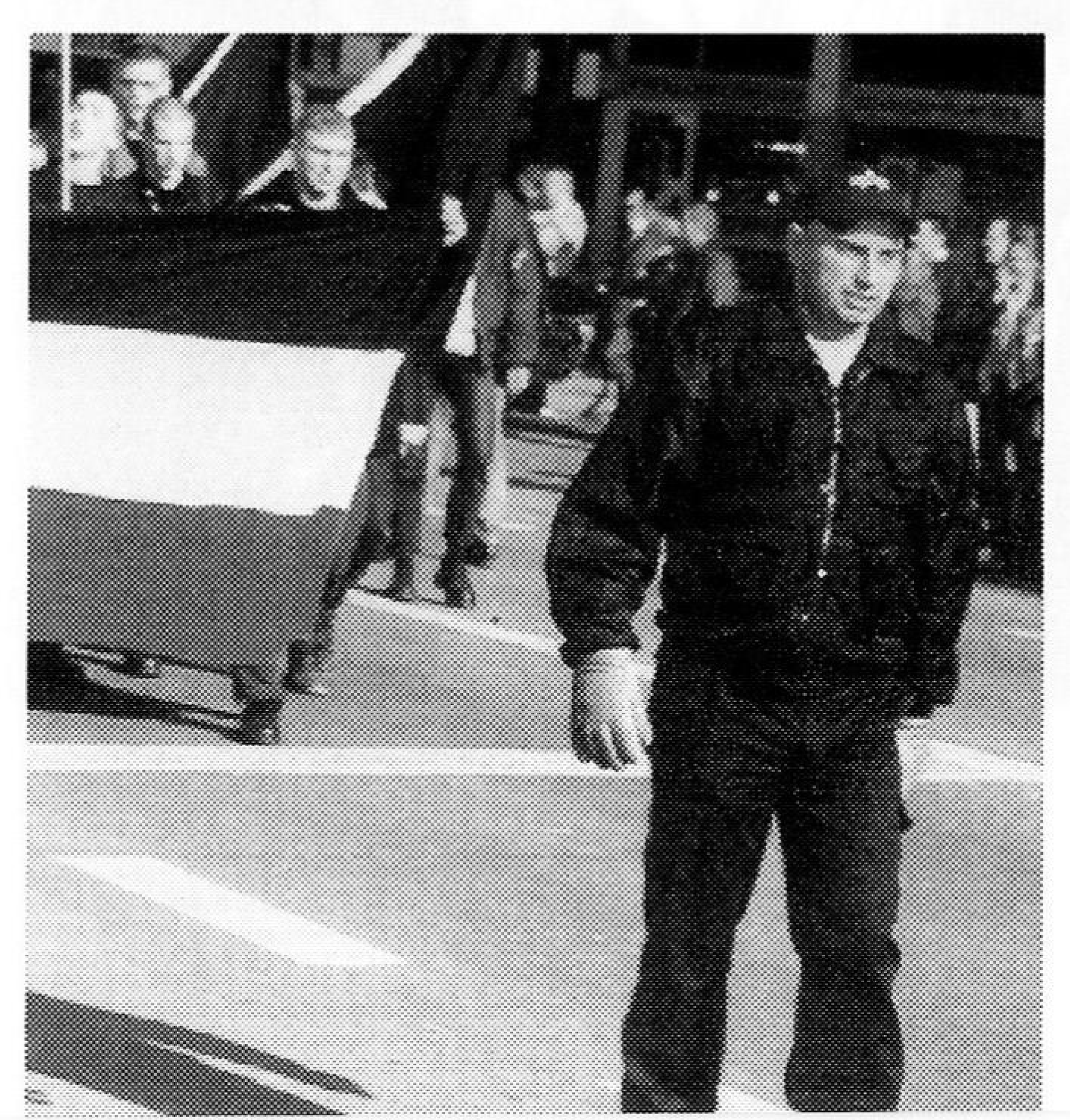
Was haben CSU und Junge Nationaldemokraten (JN) gemeinsam? Ideologisch sicher eine ganze Menge, eine direkte Zusammenarbeit trat aber erst bei ihren Aktionen gegen die Münchner Wehrmachtsausstellung zutage. Die Ausstellung, die schon in den verschiedensten deutschen Städten zu sehen war, wurde schon häufiger Ziel von Anschlägen durch Neonazis. In München formierte sich jedoch erstmals ein breites Aktionsbündnis gegen die Exposition. Dieses Aktionsbündnis setzte sich aus den verschiedensten politischen Gruppierungen zusammen, von Gauweilers CSU bis hin zu den Republikanern und der JN.

Alle Fotos zeigen TeilnehmerInnen des Aufmarsches

Unten (v.o.n.u.): *JN-Bundesgeschäftsführer Frank Amberg, Anti-Antifa-Aktivist Oliver Schweigert aus Berlin, Thorsten de Vries aus Wilhelmshaven*







Die Wanderausstellung »Die Verbrechen der Wehrmacht« des Hamburger Instituts für Sozialforschung war den Faschisten schon lange ein Dorn im Auge. Sie sahen in ihr eine Verunglimpfung der deutschen Wehrmacht.

Galt die deutsche Wehrmacht bisher in der deutschen Geschichtsschreibung als unverantwortlich für die Verbrechen des Naziregimes, so stellt diese Ausstellung klar deren Mitverantwortung dar. Der Mythos der Wehrmacht als saubere Armee wird damit klar in Frage gestellt. Für eine große Bevölkerungsschicht stellt dies einen persönlichen Angriff auf ihre eigene Geschichte dar, was zu meist heftigen Reaktionen führte. Ein exemplarischer Fall ist sicherlich der Anschlag des bekannten Naziterroristen Manfred Roeder.

So viel Aufregung wie in München gab es um die Ausstellung vorher jedoch nicht. Erst durch die massive Hetze der CSU eskalierte die gesellschaftliche Auseinandersetzung. CSU Bezirksvorsitzender Peter Gauweiler hoffte wohl mit geschichtsrevisionistischen Thesen auf Stimmenfang gehen zu können. Parallel zur Eröffnungsveranstaltung im Audimax der Münchner Universität rief die CSU gemeinsam mit Angehörigen der Bundeswehr und Korpsstudenten zu einer Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten auf. Mit einer anschließenden öffentlichen Fraktionssitzung wollte man laut Bayernkurier gegen den »*Moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk*« protestieren. Aufgrund dieser Geisteshaltung der CSU ist es nicht verwunderlich, daß sich auch weiter rechts stehende Gruppierungen frühzeitig der Kampagne anschlossen. Während der Eröffnungsveranstaltung rief der ehemalige »Friedensforscher« und Ex-Grüne Alfred Mechtersheimer zu einer sogenannten »Anti Diffamierungs Aktion München« auf, an der einige hundert Alt- und Neonazis vor dem Münchner Rathaus teilnahmen. Mit Parolen wie: »*Deutsche Soldaten die fairsten und tapfersten der Welt*« versuchten sie die Ehre der Wehrmacht zu retten.

Bei den verschiedenen Gegenveranstaltungen von AntifaschistInnen wurden insgesamt 17 Menschen festgenommen und weitere verletzt. Das militante Nazispektrum mobilisierte schon frühzeitig zu einer Demo nach München. Diese stand unter dem Titel: »*Unsere Großväter sind keine Verbrecher*«. Einer der maßgeblichen Aufrufer war der ehemalige NF-Kader Steffen Hupka, der schon in der Dezemberausgabe seines Ideologieblattes »Umbruch« zur Teilnahme an der Demonstration warb. Die bundesweite Mobilisierung wurde durch den Einsatz von ca. 30 Reisebussen abgedeckt.

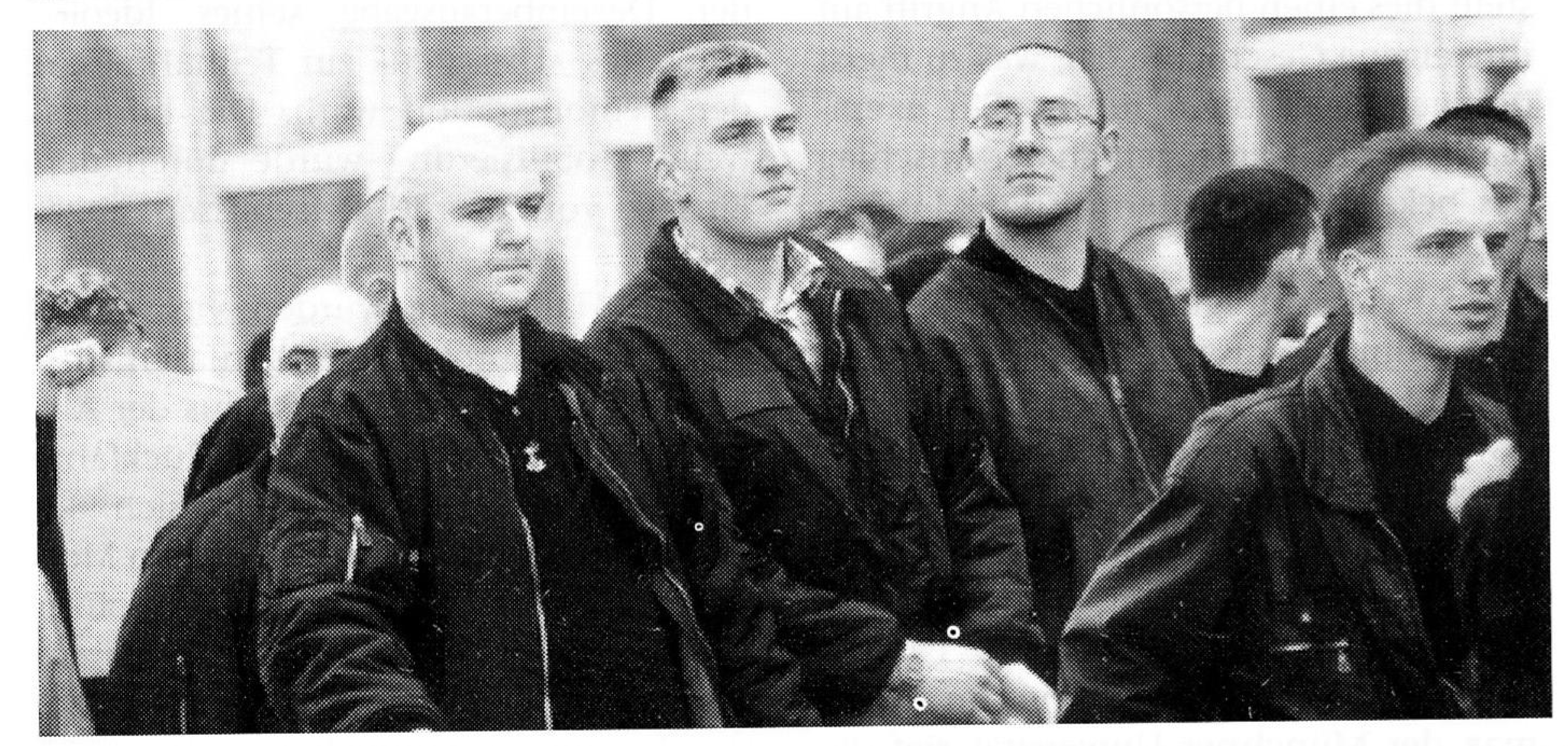
In Halle/Saale wurden vier dieser Busse von autonomen AntifaschistInnen angegriffen, zwei Busse aus der Altmark mußten daraufhin die Rückfahrt antreten. In Berlin weigerten sich die Fahrer von drei Bussen den rechten Mob zu chauffieren. Die angerückte Polizei fand bei Fahrzeugkontrollen mehrere Waffen, u.a. eine russische Tellermine. Die Faschisten sammelten sich schon frühmorgens auf dem St. Jacobsplatz. Ihr ursprünglich geplanter Treffpunkt, die Münchner Feldherrenhalle, wurde von ihnen auf Drängen der Polizei wieder verworfen.

Bis zum Mittag hatten sich rund 5.000 Alt- und Neonazis zur Auftaktkundgebung versammelt. Dort wurden sie von einem kleinen Live-Auftritt des Nazibarden Frank Rennicke und pompöser Klassik eingestimmt.

Gleichzeitig demonstrierten ca. 10.000 unabhängige AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und Lokalprominenz gegen den Naziaufmarsch. Sie besetzten den von den Nazis geplanten Platz der Abschlußkundgebung vor dem Rathaus. Die Nazis marschierten währenddessen, geistreiche Parolen wie:







»Reemtsma laß das Hetzen sein, pack die Ausstellung und fahr heim« grölend, durch die Münchner Innenstadt.

Dabei handelte es sich um den größten Naziaufmarsch seit 1970, als unter dem Motto: *»Brandt an die Wand«* ca. 10.000 Faschisten gegen die Oder/Neiße-Grenze demonstrierten. Diese von der »Aktion Widerstand« initiierte Demonstration wurde ebenfalls von einem Bündnis von militanten Nazis bis hin zu den Konservativen getragen.

Am Münchner Aufmarsch beteiligten sich viele Hammerskins bzw. Faschoskins aus dem Blood & Honour Netzwerk, Revisionisten und fast der gesamte Kaderbestand der JN und anderer militanter Organisationen. Auch die verschiedenen regionalen »Runden Tische« hatten nach München mobilisiert. Auffallend war die regionale Aufteilung des Umzuges und die eingesetzten Demo-SanitäterInnen. Viele Nazis marschierten hinter den Fahnen ihrer jeweiligen Bundesländer. Auf dem Lautsprecherwagen saßen u.a. Frank Rennicke und Klaus Beier. JN-Geschäftsstellenleiter Sascha Wagner fungierte als Anheizer mit Megaphon während Achim Ezer wie immer den Ordnerdienst koordinierte. Dieser hatte alle Hände voll damit zu tun einige temperamentvolle »Kameraden« am zeigen des Hitlergrußes zu hindern.

Da die Antifas den Marienplatz besetzt hielten, mußten die Faschisten ihre Abschlußkundgebung an anderer Stelle abhalten. Dabei wurden sie lautstark gestört und stellenweise mit Eiern beworfen. Während des gesamten Tages hatten sich am Marienplatz verschiedene Revisionisten unter die Schaulustigen gemischt und vor der Ausstellung provoziert. Sie diskutierten mit den Anwesenden und versuchten an der Warteschlan-

1. Bild v. oben: ***auf dem Weg zum Sammelpunkt***

2. Bild v. oben: ***Thomas Wulff mit Megaphon, links daneben Fred Eichner aus München***

3. Bild v. oben: ***SrA-Kameradschaft Quedlinburg; mit Bomberjacke Lars Engelmann***



Rechts: ***01.03. München – das beste Argument gegen Klonen***



Sascha Wagner (1.v.r.) und Achim Ezer (1.v.l.) koordinieren die Spitze des Marsches

ge zur Ausstellung revisionistische Literatur zu verkaufen.

Die Nazis schafften es in München erstmals wieder, dermaßen viele relativ junge Faschoskins, als auch ältere, organisierte Faschisten zu mobilisieren. Die JN fungierten als organisatorischer Überbau, der die formelle Verantwortung übernahm, während die Organisation und Mobilisierung entscheidend von runden Tischen und den »AUTONOMEN« KAMERADSCHAFTEN getragen wurde. Dieser Aufmarsch kann als ein Resultat der strukturellen Aufbauarbeit der letzten Jahre gewertet werden.

Die Entscheidung der Polizei, die rechte Demonstration nicht auf den Marienplatz marschieren zu lassen, war eine rein politische Entscheidung. Die Polizei hätte jederzeit den Platz räumen oder absperren können. Da die Nazis ihre Demonstration nicht bis zum Ende durchführen konnten, war es für die Presse und die Polizei leichter, die politische Tragweite des Aufmarsches herunterzuspielen. Ein Aufmarsch von 5.000 Neonazis, der größte seit vielen Jahren, direkt bis vor die Ausstellung und mögliche Ausschreitungen gegen diese, wären ein politisches und öffentliches Debakel gewesen. Aus wahrscheinlich den gleichen Gründen beteiligte sich die CSU im letzten Moment doch nicht an der Demonstration.

Begünstigt wurde dieses Verhalten durch einen offenen Brief vom NPD-Vorsitzenden UDO VOIGT, in dem er die CSU als »*Trittbrettfahrer*« bezeichnete, die lediglich ihr Wählerpotential nach rechts vergrößern wolle. Wäre sich die NPD der hohen Beteiligung an dem Aufmarsch nicht sicher gewesen, hätte sie diesen Schritt wohl nicht unternommen.

Bis dahin schafften sie es aber durch die CSU, zum einen den Bayernkurier als Plattform zu nutzen, und zum anderen ihre revisionistischen Inhalte in die politische Diskussion zu tragen. Die CSU fungierte klar als Wegbereiter und Bündnispartner der Faschisten. Es bleibt abzuwarten inwieweit sich solche Bündnisse wiederholen. ■

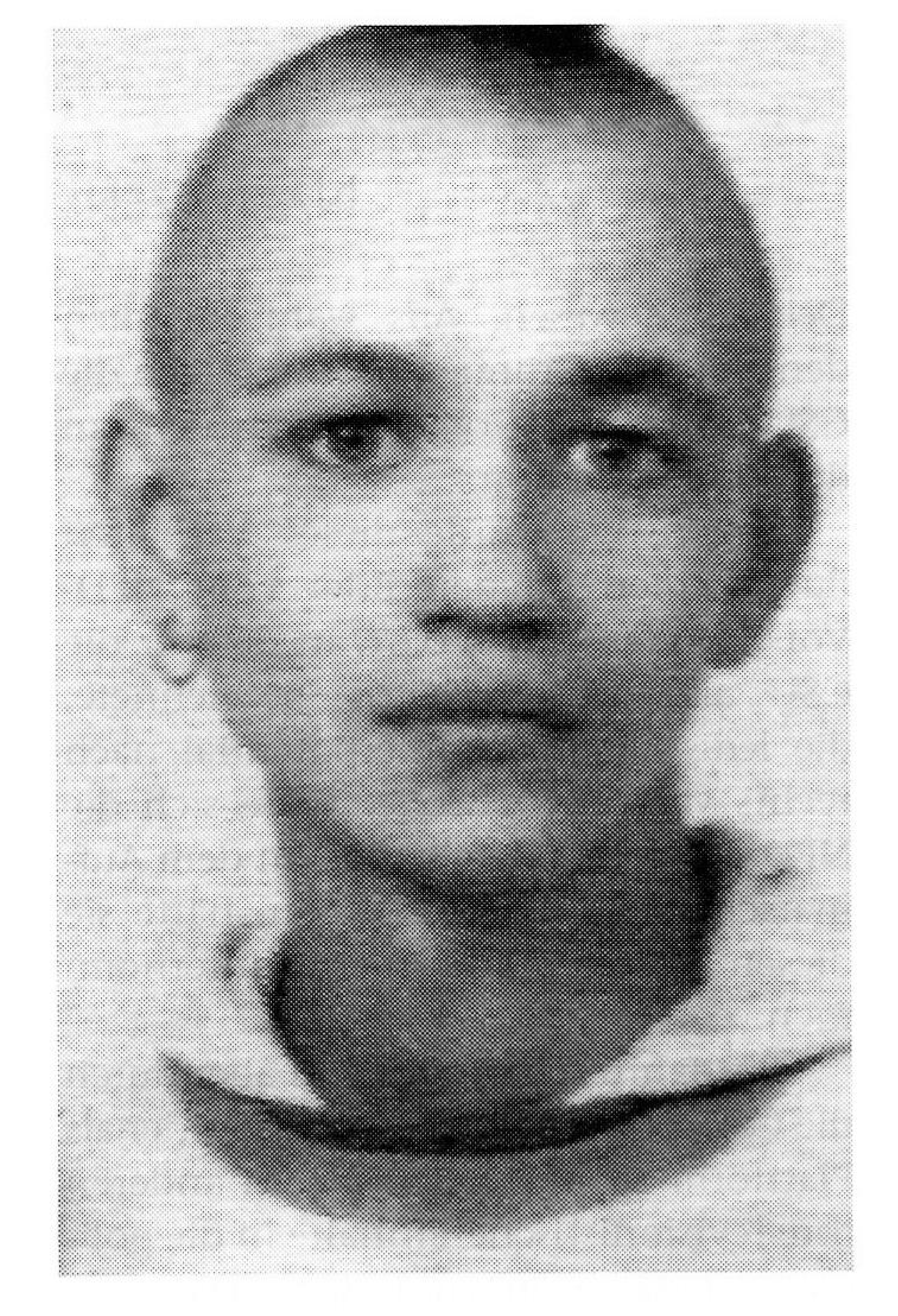


Bild oben: *Rep´s und NPD gemeinsam: »Runder Tisch NRW«*
Bild unten: *gemeinsamer Block der »autonomen Kameradschaften«*



JN-Bundesvorsitzender Holger Apfel (2.v.l.), Rechtsanwalt Eisenecker (3.v.l.) und NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt (4.v.l.) in trauter Eintracht





Frank Böttcher

Magdeburg und der Mord an Frank Böttcher

Die Meldungen über alltägliche rassistische und faschistische Übergriffe in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt rückten im Februar von der Lokalnotiz zur Schlagzeile überregionaler Medien auf. Grund: Der Mord an einem 17 jährigen Punk; verübt von Jugendlichen aus der neofaschistischen Szene.

In der Nacht zum 09.02.97 wurde Frank Böttcher im Neubaugebiet Magdeburg Neu-Olvenstedt durch sieben Messerstiche getötet. In die Notaufnahme des dortigen Krankenhaus war er gefahren, um sich eine Handverletzung behandeln zu lassen. Bereits auf der ca. 20minütigen Straßenbahnfahrt vom Olvenstedter Platz zur Endhaltestelle Walter-Friedrich-Krankenhaus wurde er von stadtbekannten rechten Skinheads angepöbelt.

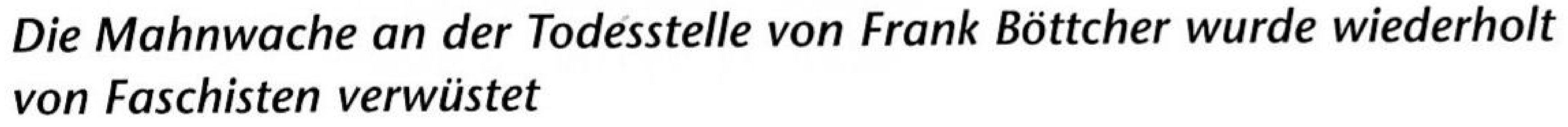
Vom Krankenhaus kommend wurde Böttcher angegriffen und schwer verletzt. Von MitarbeiterInnen des Krankenhauses gefunden, starb er wenig später durch den hohen Blutverlust.

Nach dem Mord ermittelte die Polizei zunächst in drei Richtungen. Polizeisprecher wollten einen Raubüberfall oder gewalttätige Auseinandersetzungen in der Szene nicht ausschließen, obwohl Böttcher weder Geld noch Wertsachen bei sich hatte und es keine gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Szene gab. FreundInnen von Frank Böttcher und die »Magdeburger Antifaschistische Initiative« bezeichneten die Aussagen der Polizei als *»völlig abwegig und absurd«*[1]. Zwölf Tage später teilte die Sonderkommision der Polizei die Verhaftung eines Verdächtigen mit. Dieser gehört zur rechten Szene und hatte in seinem Umkreis mit dem Überfall geprahlt. Inzwischen hat er ein Geständnis abgelegt.

Eine Woche nach dem Mord, für Sonntag, den 16.02.97, hatte die Anti-Antifa und der Freiheitliche Volksblock (FVB), eine Nachfolgeorganisation der HVD um Andreas Rossiar, zu einem Aufmarsch unter dem Motto *»Gegen den roten Terror«* nach Magdeburg mobilisiert. Dieser wurde vom Ordnungsamt verboten. AntifaschistInnen beobachteten jedoch mehrere Schleusungspunkte der Neonazis. »Anti-Antifa«-Aktivisten hielten sich das ganze Wochenende in Magdeburg auf, um nach dem geplatzten Aufmarsch einen sich eventuell bietenden anderen Aktionsrahmen zu nutzen. Abgesehen von einem Treffen in einer Gaststätte, unterband die Polizei jedoch Sammlungsversuche der Neonazis.

In den folgenden beiden Wochen zeigte die Magdeburger Faschoszene, verstärkt durch Kameraden aus Niedersachsen, in der Innenstadt Präsenz. In den Neubaugebieten wurden Fahrwachen organisiert und Linke bedroht.

Der Mord an Frank Böttcher ist der bislang letzte Höhepunkt in einer zu keiner Zeit abgerissenen Kette von rechtsradikalen Übergriffen in Magdeburg. Diese Kontinuität besteht bereits seit mehreren Jahren. Im Jahr 1992 überfielen rund 60 gut ausgerüstete und koordinierte Faschoskins aus Magdeburg und Wolfsburg eine Geburtstagsfeier von Punks in der Gaststätte »Elbterassen«. Der Punk



Die Mahnwache an der Todesstelle von Frank Böttcher wurde wiederholt von Faschisten verwüstet





Demonstration der »Antifaschistischen Initiative Magdeburg« vom 22.02.97. 3.000 Menschen demonstrierten gegen den faschistischen Terror in Magdeburg-Olvenstedt.

Torsten Lamprecht wurde bei diesem Überfall erschlagen. Die Polizei, mit zwei Streifenwagen vor Ort, greift nicht ein.

Am Himmelfahrtstag 1994 jagen rechte Hooligans und Skinheads, die sich zuvor in der Innenstadt gesammelt hatten, stundenlang AusländerInnen und Linke. Der damalige Polizeipräsident spielt die Ereignisse am Tag darauf vor der Presse als Vatertagsjoke herunter und schreibt sie »*Sonne und Alkohol*« zu.

Immer wieder werden in Magdeburg AusländerInnen, Linke und Obdachlose überfallen oder aus der Straßenbahn geworfen. Diese Übergriffe kommen aus der breiten rechten Jugendsubkultur Magdeburgs. Verankert ist diese vor allem in den Neubaugebieten »Olvenstedt« und »Nord«. Seit Ende der 80er Jahre begannen die rechten Hooligans und Skinheads, hier ihre Hegemonie zu schaffen. Schon zu DDR Zeiten gab es in Magdeburg eine über informelle Strukturen zusammengehaltene rechte Szene. Mit der Wende 1989 brach die ohnehin dünne soziokulturelle Infrastruktur der Neubaugebiete zusammen. Kulturhäuser, Jugendclubs und Freizeiteinrichtungen schlossen. Es entstand ein kulturelles und politisches Vakuum, das Neonazis durch Straßenterror für sich besetzten. Jetzt kamen die durch die Repression von Volkspolizei und MfS unter der Decke gehaltenen rechten Tendenzen zum Tragen. Das auch in Magdeburg angewandte Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« mit rechten Jugendlichen trug dazu bei, daß sich rechte Strukturen fest etablieren konnten. Beweis für deren Existenz ist u.a. ein von Magdeburger Faschoskins und dem Ex-FAP-Aktivisten TORSTEN HEISE organisiertes Nazikonzert mit ca. 1.000 BesucherInnen in Barleben bei Magdeburg im vergangenen Jahr. Nicht selten lag der Ausgangspunkt für Überfälle in Magdeburg in den von rechten Skinheads und Hooligans frequentierten Jugendclubs »BRUNNENHOF« und »RAMPE«. Dort gab es auch Rekrutierungsversuche durch Personen aus dem FAP-Umfeld. Magdeburger Faschoskins nahmen auch an Wehrsportübungen und Feierlichkeiten der Neonaziszene aus Niedersachsen teil. In Olvenstedt werden die Neunazis inzwischen von BürgerInnen zum Teil als Ordnungsfaktor gegen Kriminalität angesehen. Das korrespondiert mit dem »JN« Konzept der »Befreiten Zonen«[2], in dessen Rahmen Neonazis versuchen, institutionalisierte und subkulturelle Schlüsselpositionen zu besetzen und damit faktisch die Macht ausüben. In Magdeburg läßt sich ein Teil des Konzeptes auch ohne geschulte Kader umsetzen.

Seit Mitte der 90er Jahre ist eine neue Faschoskingeneration herangewachsen, die ihre Vorgänger an Brutalität und Rücksichtslosigkeit bei weitem übertrifft. Der rechte Straßenterror ist in Magdeburg, wie in weiten teilen Ostdeutschlands zum Selbstläufer geworden, der für diesen Zweck keine feste Organisation oder Struktur braucht. Betroffen von diese Terror sind alle, die sich nicht dem hohen Anpassungsdruck der rechten Hegemonie beugen. Das sind in den Neubaugebieten neben den wenigen AntifaschistInnen und AusländerInnen auch Rapper und andere Jugendsubkulturen. Dieses Klima einer in sich geschlossenen rechten Hegemonie bietet organisierten Neonazis ideale Ausgangsbedingungen für die Umsetzung ihrer politischen Strategie.

Erstaunlich ist auch die geringe Resonanz, die der Mord an Frank Böttcher bei den EinwohnerInnen von Olvenstedt hervorrief. Die PDS hat bei den letzten Bundestagswahlen in dem Ende der 80er Jahre fertiggestellten Neubauviertel mit ca. 30.000 EinwohnerInnen fast 40% der Stimmen gewonnen. Wie so oft muß mensch sich hier fragen, warum die Leute eigentlich PDS wählen: Protest gegen etablierte Regierungsparteien? Festhalten an der Ost-Identität? Fühlen sie sich von nationalrevolutionären Parolen, insbesondere bei wirtschaftspolitischen Konzepten, der PDS angesprochen? Und umgekehrt – wie sieht das Verhältnis der PDS-FunktionärInnen und auch der Ortsverbände zu ihrer Basis aus? Welche Art von politischem Verständnis wird vermittelt? Welche Inhalte werden abseits von Parteitagen und Zeitungsinterviews unter die WählerInnen getragen? Fragen, die nicht nur in Olvenstedt auftauchen und auch innerhalb der PDS viel zu selten diskutiert werden.

Der Handlungsspielraum für die AntifaschistInnen ist schließlich sehr eng. Im Vordergrund steht momentan der Selbstschutz. Rechten Jugendlichen und Neonazis das Terrain auf allen Ebenen ernsthaft streitig zu machen, so wie nach dem Lamprecht–Mord erfolgreich praktiziert, braucht unendlich viel Ausdauer und Unterstützung. ■

1) vgl. »junge Welt« vom 21.2.97
2) vgl. AIB Nr.35

Völkische Einheitsfront?

Eine Einschätzung der NS-Bewegung nach München, Magdeburg und Berlin-Hellersdorf

Anfang Februar ermordeten neonazistische Jugendliche den 17jährigen Frank Böttcher in Magdeburg. Am 23. Februar erschießt Kay Diesner, Mitglied des Weißen Arischen Widerstands, bei einer Routinekontrolle den Polizisten Stefan Grage. Drei Tage zuvor unternahm er bereits einen Mordversuch in Berlin-Marzahn. Dabei verletzte Diesner den linken Buchhändler Klaus Baltruschat mit einer Pumpgun lebensgefährlich. Mit 5.000 Teilnehmern richtete die NPD und ihre Jugendorganisation JN am 1. März in München den größten Aufmarsch der NS-Szene seit Anfang der 70er Jahren aus.
Die Vehemenz der Ereignisse, mit der sich Neonazis zu Beginn des Jahres in die Öffentlichkeit gedrängt haben, scheint auf den ersten Blick erdrückend und überaschend. Dennoch sind sie das Produkt einer langjährigen Entwicklung, deren Auswirkungen nun offensichtlich werden.

An der Basis geeint

»Für rechtsextremistischen Terrorismus in Berlin gibt es gegenwärtig keinen Nachweis. (...) Die Parteien des organisierten Rechtsextremismus befinden sich in Berlin, wie im gesamten Bundesgebiet deutlich im politischen Abwind«[1], so das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz im Dezember 1996. Stellt sich die Frage, wo rechtsextreme Terroristen wie Diesner oder 5.000 Nazis vor dem Müncher Rathaus nur wenige Monate später herkommen.

In den letzten Ausgaben des AIB haben wir bereits eingehend über den seit 1993 andauernden Umstrukturierungsprozeß der neofaschistischen Szene berichtet. Dennoch wollen wir diesen nochmals kurz umreißen, da hier die Ursachen für den gegenwärtigen Stand des deutschen Neofaschismus zu suchen sind.

Nach der staatlichen Repession und den Verboten mehrere NS-Parteien und –gruppen haben sich diese neukonstituiert. Dabei war und ist eine verstärkte Zusammenarbeit ehemals konkurrierender Zusammenhänge zu beobachten. Als Ergebnisse dessen haben wir es mit einer Struktur zu tun, die zumindest was ihre Mobilisierungsfähigkeit anbelangt, an der Basis geeinigt ist. Wir gehen daher von einer NS-Bewegung aus. Diese agiert sowohl arbeitsteilig als auch projektbezogen und zu verschiedenen Großereignissen gemeinsam, über ideologische Widersprüche hinweg, auf der Grundlage identischer Interessen. Ihre programatische Ausrichtung beruht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, wie ihn unter anderem Steffen Hupka[2] in der jüngsten Ausgabe von Einheit und Kampf formuliert: *»Es geht also gar nicht darum, ob sich jemand als Nationalsozialist, Nationaldemokrat oder sonstwie bezeichnet. Es geht aber um die inhaltliche Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Situation und unserer wichtigsten weltanschaulichen Erkenntnisse und politischen Ziele«*[3]

Vor diesem Hintergrund organisiert sich die NS-Bewegung vor Ort in scheinbar unabhängigen Kleingruppen, welche von regionalen Kadern geleitet werden. Sie entsprechen konzeptionell dem Aufbau einer Zellenstruktur, wie sie quer durch alle Fraktionen des NS-Spektrums seit längerem propagiert werden. So wurde etwa in dem richtungsweisenden Buch Funkenflug, von Jürgen Riehl[4] 1994 dazu aufgerufen, sich weniger an Parteistrukturen zu orientieren. Im Ergebnis bestehen inzwischen flächendeckend über Deutschland verteilt zellenorientierte Zusammenhänge. Diese treten etwa, wie in den Berliner Bezirken, Treptow, Moabit, Köpenick, Marzahn oder Friedrichshain, als nationalsozialistische Kameradschaften auf. Nicht selten bestehen diese Gruppen aus Mitgliedern verbotener Organisationen oder werden von führenden NS-Kadern geleitet. So wird in dem Schulungsbrief, einer Publikation aus dem Kreis der Kameradschaft Treptow um den ex-FAP-Aktivisten Detlev Nolde, vormals Cholewa, und dem Verein Die Nationalen in Person von Christian Wendt und Frank Schwerdt, mit Insiderwissen berichtet: *»Die Pohl-Fraktion organisierte sich nach Spaltung und NF-Verbot im sogenannten Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ), bzw. der (...) Kaderorganisation Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA) sowie (...) in der Direkten Aktion Mitteldeutschland (JF)«.*[5] Der Charakter der jeweiligen Kameradschaft oder Kaderzelle ist vor allem an Zielgruppen orientiert oder von strategischen Überlegungen geprägt. Als Beispiel dienen hier Kadergruppen, wie die deutschen Blood & Honour Sektionen aus dem subkulturellen Spektrum der Nazi-Skins. *»Gelingt es uns (...) mit der nötigen Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit, eine nicht angreifbare, gut vernetzte Bewegung von unabhänig agierenden Gruppen zu werden, so wird uns das Schicksal den Sieg nicht versagen.«*[6] Mit einem so gestalteten Geflecht ohne offiziellen Parteiüberbau beugt die NS-Bewegung etwaigen Verboten bereits im Vorfeld vor.

Sammelanschrift »Junge Nationaldemokraten«

Gefördert wurde diese Organisierungsform vor allem durch die Jungen Nationaldemokraten (JN). Mit der Veröffentlichung von Texten, Marke *»Schafft Befreite Zonen«* und *»Wie organisieren«*, hat die JN frühzeitig versucht, sich an



Neben der Propaganda der einzelnen Kameradschaften (rechts), werden auch diverse überregionale Blätter mit Integrationsfunktion wichtiger, die programmatische Vorgaben in der Szene verbreiten

die Spitze des Neustrukturierungsprozesses zu stellen.[7] Als bundesweit legal organsierte Gruppe dient sie der NS-Bewegung als Auffangstruktur und offizelle Plattform. Sie bietet den Rahmen für breit getragene Projekte, wie die Zeitschrift EINHEIT UND KAMPF, mehrere NATIONALE INFOTELEFONE oder Mailboxen. Daneben tritt sie als Organisator für Massenveranstaltungen, wie den RUDOLF-HESS-GEDENKMARSCH oder die »*Demonstration des nationalen Widerstands*« gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in München, auf. Getragen werden derartige Aufzüge jedoch von der gesamten NS-Bewegung. So koordinierten Führungskader des gesamten Spektrums, wie der Kronacher GdNF-Kader KAI DALEK oder der ex-FAP Bundesgeschäftsführer SIEGFRIED BORCHERT, neben JN-Kadern die Anreise zum Hess-Marsch in Worms über ihre Funktelefone. Im Fall des Münchner Aufmarsches wurden bereits Monate vorher von nahezu jeder neofaschistischen Publikation Mobilisierungsflugblätter verschickt oder mit Anzeigen wie in der Vertriebenenzeitung der SCHLESIER dafür geworben.

Programmatik und Mobilisierung

Zusammengefaßt besteht die NS-Bewegung derzeit im Wesentlichen aus einer Vielzahl regionaler Kameradschaften, Kaderzellen und einem offiziellen Wasserkopf in Form der Jungen Nationaldemokraten samt ihrer Mutterpartei, der NPD. Zusammengehalten wird sie durch regionale Kader vor Ort unter Federführung personenbezogener und überfraktioneller Kreise aus Führungskadern. Ergänzt wird das Spektrum durch Schanierorganisationen wie die DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT, den FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN, die GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK oder die Publikation NATION UND EUROPA. Von dort kommen in der Regel wesentliche programmatische Impulse.

Durch die Verbreitung von Zeitschriften mit Massenauflagen werden die programmatischen Vorgaben breit in der Szene vermittelt und versucht, in die Gesellschaft zu tragen. So erscheinen Publikationen des NATIONALEN MEDIENVERBANDS wie die BERLIN BRANDENBURGER ZEITUNG nach eigenen Angaben mit mehreren 10.000 Exemplaren.

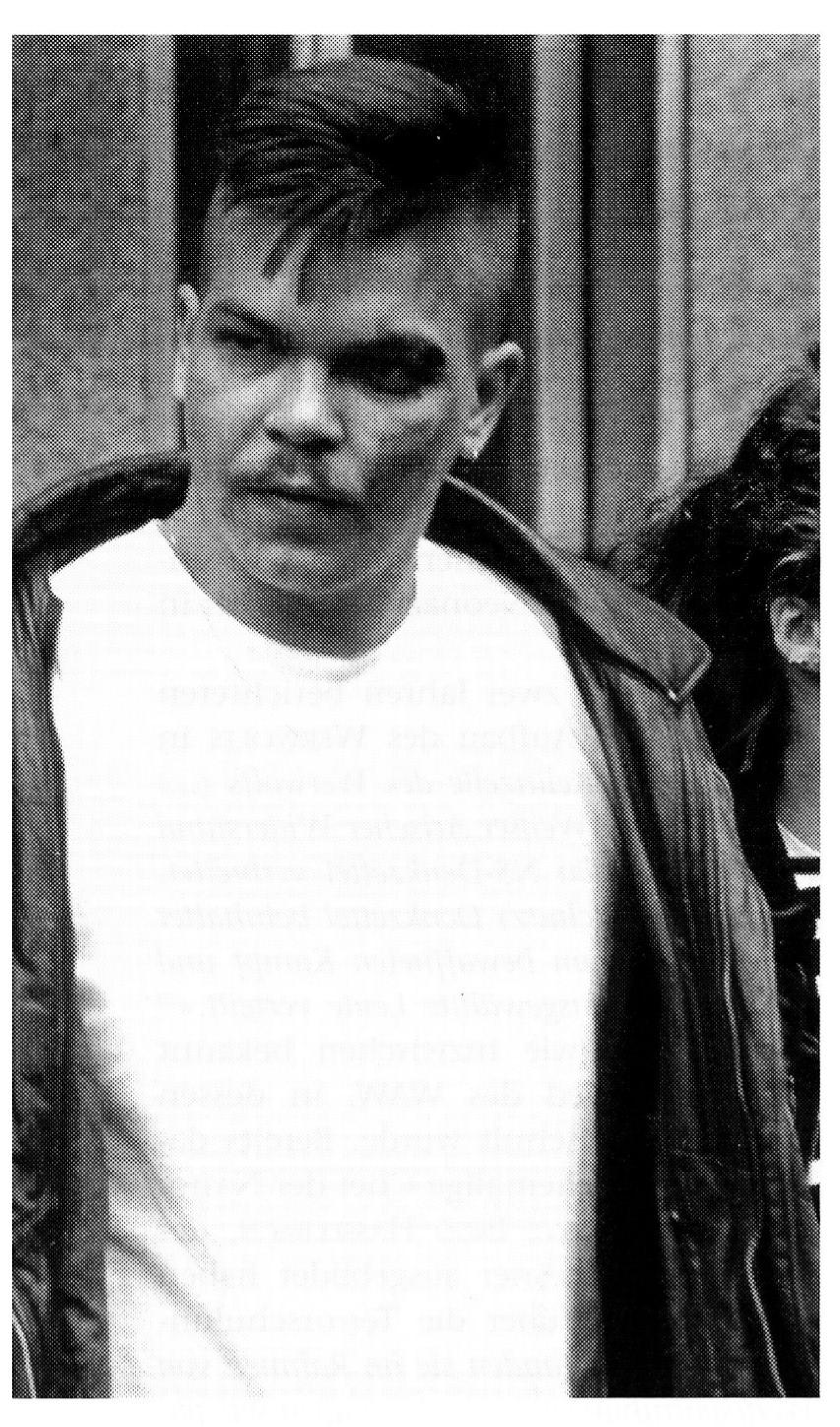
Die JN-Postille EINHEIT UND KAMPF, neuerdings mit vierfarbigem Hochglanzumschlag, hat ihre Auflage auf 3.000 erhöht.[8] Auch die FREIE STIMME[9] aus Bad Berleburg kann zu den NS-Blättern mit Massenwirkung gezählt werden. Sie wird aus dem Kreis der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT (SAF), einer Gruppierung aus den Reihen der GdNF, mit einer Auflage von 6.000 Exemplaren vertrieben. Ergänzt werden diese Schriften durch Publikationen der neofaschistischen Jugendsubkultur, wie ROCK NORD aus Düsseldorf mit einer Auflage von mehr als 15.000 oder den HAMBURGER STURM aus dem Dunstkreis der verbotenen NATIONALEN LISTE.

Der Fall Diesner und der Werwolf

Neben dem Aufbau einer legalen Organisationsform legten die Nazis ebensoviel Anstrengungen in die Etablierung einer Terrorstruktur. Dem Konzept »*Eine Bewegung in Waffen*« ist zu entnehmen, daß sich der »*legale Arm*« und der »*illegale Arm*« der nationalsozialistischen Bewegung gegenseitig ergänzen und »*dem Willen der leitenden Intelligenz (...), der Organisationsleitung*« unterworfen sein sollen. Wie paßt der Neonazi Kai Diesner in dieses Bild?

Bereits vor zwei Jahren berichteten wir über den Aufbau des WERWOLFS in Berlin. »*Eine Keimzelle des Werwolfs (...) ist die Gruppe Weißer Arischer Widerstand (WAW), die den NS-Denkzettel verbreitet. Der N(atur) S(chutz) Denkzettel beinhaltet Anleitungen zum bewaffneten Kampf und wird nur an ausgewählte Leute verteilt.*«[10] Diesner war, wie inzwischen bekannt wurde, Mitglied des WAW, in dessen Rahmen er geschult wurde. Bereits damals gab der ehemalige Chef der NATIONALEN ALTERNATIVE INGO HASSELBACH, der laut Spiegel Diesner ausgebildet haben will, Auskunft über die Terrorschulungen. »*Meistens fanden sie im Rahmen von Wehrsportübungen statt. Da haben wir paramilitärische Übungen gemacht, Schießen, Weitwurf und diesen Quatsch samt Exerzieren.*«[11] Bestritt Hasselbach nach Erscheinen des Interviews in der österreichischen Zeitung NEWS seine Aussagen, kann er sich heute anscheinend wieder besser erinnern: »*Ich fühle mich verantwortlich und habe wahnsinnige Angst, daß andere Leute (...) durchdrehen.*«[12]

WERWOLF-Aktivisten werden als »*Schläfer*« ausgebildet, die dann aktiv werden, wenn »*das System mittels Repressionsapparat die Bewegung gezielt oder in einer Art Paniksituation mit Gewalt zu zerschlagen versucht, (dann) ist für den Werwolf die Legitimation gegeben, d.h. er darf sich aller zur Vernichtung des Systems geeigneten Mittel bedienen.*«[13] Auch wenn momentan erst ein Teil der Bedingungen für das Losschlagen des Werwolfs gegeben ist – beispielsweise ist die NS-Szene noch nicht stark genug, um dies in den Augen der Autoren von »*Eine Bewegung in Waffen*« zu rechtfertigen – erscheint die Tat Diesners, der sich in einer »*Notwehrsituation*« gegenüber dem Staat gesehen haben will, in einem anderen Licht. Er ist, als einer der offensichtlich als »*Schläfer*« ausgebildeten, nach den Ereignissen in Hellersdorf durchgedreht und hat sein Wissen ohne Anweisung von oben in die Tat umgesetzt. Da es in den Terrorstrukturen der Nazis an derartigen Schwachköpfen nicht mangelt, muß für die Zukunft damit gerechnet



Der Berliner Nazi-Terrorist Kay Diesner, hier bei seiner Festnahme im Haus von Arnulf Priem 1994. Von dort wollte die Crème de la Créme der Berliner Anti-Antifa- und Terrorstruktur eine Antifa-Demo angreifen. Wohl kaum ein Zufall, daß er dabei war.

werden, daß weitere dieser Zeitbomben vorzeitig explodieren, auch wenn für Aktivitäten der gesamten Terrorstruktur derzeitig noch nicht die Situation da ist. Dafür spricht neben den Ereignissen um Diesner auch die Tatsache, daß sich die Nazis im Aufwind befinden, was sich wiederum darin niederschlägt, daß die Anzahl der bekanntgewordenen Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen wieder angestiegen ist.

Ein Problem der inneren Sicherheit?

Dennoch zeichnen verantwortliche Behördenvertreter, wie der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Peter Frisch, auch nach dem Fall Diesner ein anderes Bild. »*Zur Zeit gibt es keine konkreten Anhaltspunkte dafür, daß in Deutschland rechtsterroristische Strukturen bestehen.*«[14] Erschreckender wird Frischs Analyse jedoch vor dem Zustand, daß laut Spiegel[15] kaum eine Szene so von V-Leuten des Staats- und Verfassungsschutzes durchsetzt sei, wie die Rechte. Über deren Wirken in terroristischen Nazi-Strukturen gibt es eine Kette von Belegen, die den Schluß zulassen, daß es in Deutschland tatsächlich ein Problem der »*Inneren Sicherheit*« gibt. Über dessen Verortung lassen Beispiele wie die VS-Mitarbeiter BERND SCHMITT[16] aus Solingen und PETER SCHULZ aus Detmold kaum einen Zweifel. Schulz war Mitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT[17] und hat die Wehrsportgruppe HEIMATSCHUTZKORPS OSTWESTFALEN mitaufgebaut. Nach seinen Angaben geschah dies auf Anweisungen von GARY LAUCK, dem Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP/AO. Desweiteren räumte Schulz die Existenz von ca. weiteren 10 Wehrsportgruppen u.a. in Wittenberg, Baden-Württemberg und im Berliner Umland ein, die auf den Werwolfkampf vorbereitet werden sollten[18]. Keine konkreten Anhaltspunkte oder nur »*Psychopaten*«, die sich »*gelegentlich*« in der Nazi-Szene »*rumtreiben*«, wie sie der stellvertretende Leiter des Verfassungsschutzes in Brandenburg JÖRG MILBRADT ausgemacht haben will[19]?

Der Fall Diesner zeigt erneut auf, daß die neofaschistische Bewegung über einen terroristischen Arm verfügt. In kaderorientierten und vernetzten Strukturen werden die »*Aktivisten*« ausgebildet. Wann, wo und wie diese agieren, hängt von der vorgegebenen Zielrichtung ab. An dieser wird von neofaschistischen Führungskadern momentan verstärkt gearbeitet. So mehren sich die Aufrufe, das politische System der Bundesrepublik zu zerschlagen, wie beispielsweise durch den Bundesvorsitzende der JN: »*Kameradinnen und Kameraden, in Zeiten staatlicher Repression muß es Aufgabe aller (...) Nationalisten sein, für wirkungsvolle politische Veränderungen in diesem so freiheitlichen Rechtsstaat BRD zu kämpfen. (...) Wichtig ist der gemeinsame politische Grundkonsens zur Überwindung des gemeinsamen Feindes – des politischen Systems der BRD.*«[20] Ein wesentliches Ziel der Werwolf-Strategie ist es, in sozialen und anderen gesellschaftlichen Konflikten zur Destabilisierung des Systems beizutragen. Er soll parallel zur Propagandaarbeit der »*legalen*« NS-Strukturen als ergänzendes Element wirken.

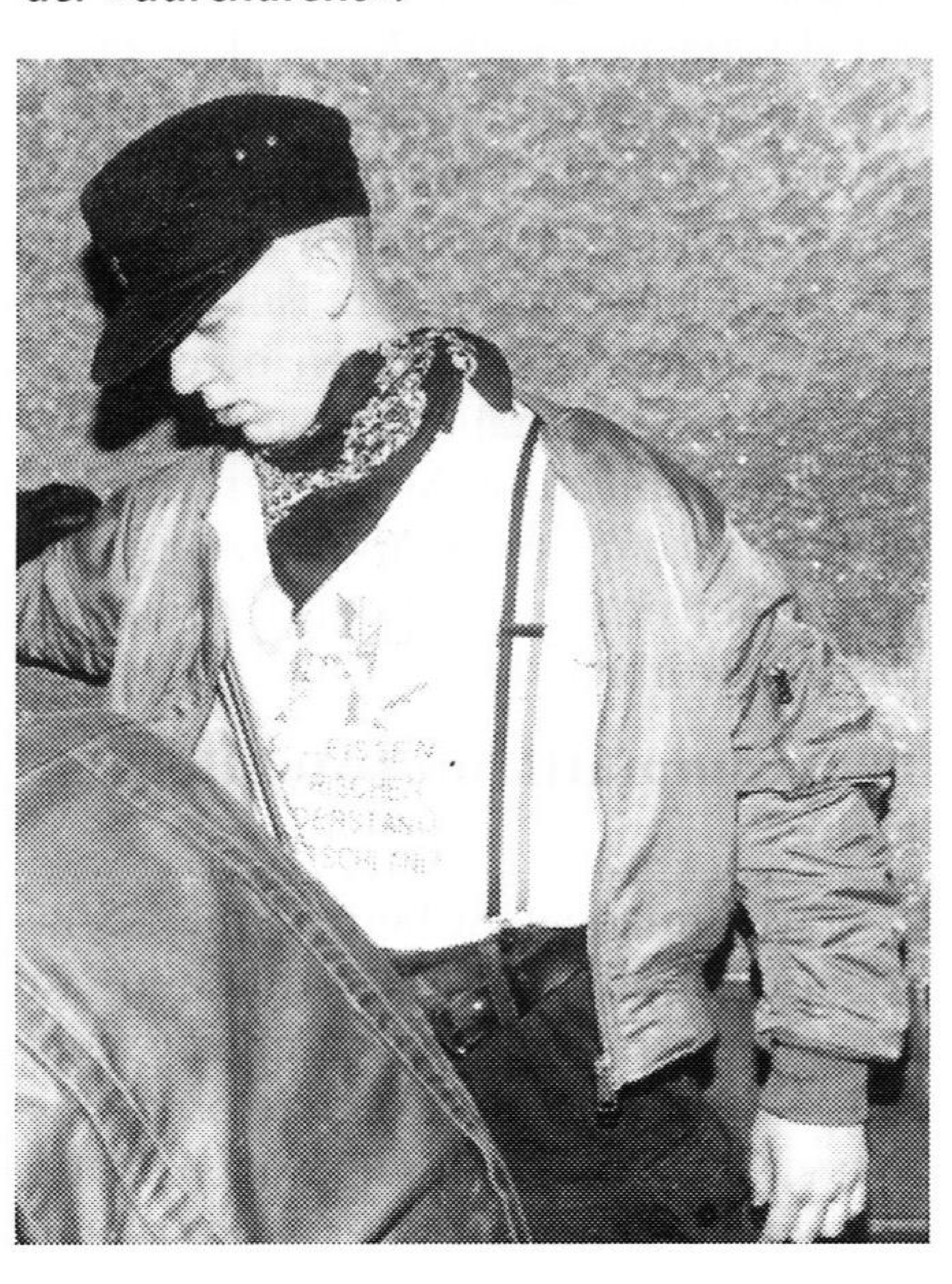
Die soziale Frage als konsensfähiges Thema

gewinnt im Zuge gesellschaftlicher Spannungen und Veränderungen für die Agitation der NS-Bewegung an Bedeutung. Fristete sie bisher hinter den traditionellen faschistischen Inhalten Rassismus, Nationalismus, Revanchismus und Revisionismus ein Schattendasein, scheint sie oberflächlich betrachtet an Bedeutung zu gewinnen.

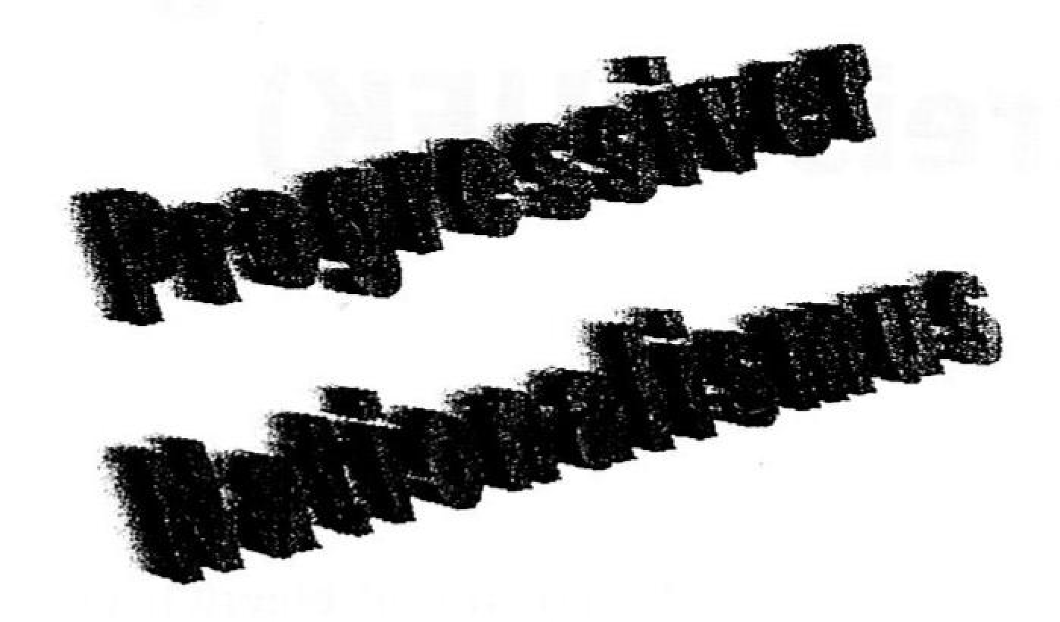
Unter dem Slogan »*Sozialabbau stoppen – Massenarbeitslosigkeit bekämpften*« zogen am 1. Mai vergangenen Jahres unter Federführung der JN 300 Nazis durch Berlin-Marzahn. Der als »*Erfolg für den nationalen Widerstand*« in der NS-Bewegung gefeierte Aufmarsch brachte eine scheinbare thematische Neuorientierung der Nazis erstmals auf die Straße. Seither stellen sie die »*soziale Frage*« vermehrt in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Ähnlich der Forderung des österreichischen Rechtsaußen JÖRG HAIDER, sich auf die positiven Seiten der Beschäftigungspolitik des »*Dritten Reichs*« zu besinnen, versuchen sie mit populistischen Phrasen wie »*deutsche Arbeitsplätze für Deutsche*«, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Rassismus ist auch hier der Hebel der neofaschistischen Argumentation. »*Und dann die Einwanderung, die legale und die illegale. Niemand weiß so recht, wie viele Ausländer schon unter uns weilen. Immerhin 2,1 Millionen von ihnen besetzen deutsche Arbeitsplätze, die große Masse lebt aus anderen Versorgungsquellen*«[21] hetzt HARALD NEUBAUER in dem programatischen Sprachrohr der NS-Bewegung NATION UND EUROPA. Die Lieferung scheinbar Schuldiger für bestehende wirtschaftliche Probleme und das Schüren von Sozialneid dienen den Nazis zur Polarisierung. Nachdem Rassismus, zentral aufgezogen an dem Thema Asyl, bisher als Mittel diente, Einfluß zu erringen, folgt jetzt das Thema Arbeitslosigkeit.

Hinter dem Schlagwort »soziale Frage« verbirgt sich nichts Neues. Diente ihre Thematisierung der NSDAP bis zur Machtübergabe lediglich als taktisches Element, um Boden in der Arbeiterbewegung gut zu machen, hat sich heute kaum etwas daran geändert. Die

»Kamerad« mit WAW-T-Shirt. Der nächste, der »durchdreht«?



SCHRIFTENREIHE PROGRESSIVER NATIONALISTEN



contra

„Nationalsozialis-
tische"-Polemik

Dokumente einer
Auseinandersetzung

NIZ-Verlag

Weltanschauliche Auseinandersetzung

Völkische Blätter

Nr. 3/1996 Schulung / Weltanschauung/ Zeitgeschehen / Kultur Preis 0,20 DM

Unsere Meinung

Hohle Phrasen als Ersatz für eine echte Weltanschauung

Was ist dran am sogenannten „progressiven Nationalismus"?

Ist die JN eine Sekte?

z.B. Revisionismus

Völkische Blätter

Fortsetzung Seite 2

Dokumente aus den Streitigkeiten zwischen »progressiven Nationalisten« und »Hitleristen«

extreme Rechte steht, abgesehen von inhaltlich differenzierenden Schattierungen ihrer Argumentationen, im Kern für kapitalerhaltende Muster. Einer antikapitalistischen Lösung und der Überwindung der Klassengesellschaft werden Modelle der Volksgemeinschaft oder eines bäuerlichen Agrar- oder Ständestaats entgegengehalten.

Eine interessante Randerscheinung ist, daß anhand dieses Themas auch wieder verstärkt Streitereien innerhalb der NS-Bewegung auftreten. Dabei verläuft die Linie der Kontrahenten einerseits zwischen dem nationalrevolutionären Flügel der JN, um Personen wie ANDREAS STORR und JAN ZOBEL und andererseits um sogenannte Hitleristen wie CHRISTAN WENDT oder CHRISTIAN WORCH. Ausgelöst wurde dies vor allem durch die Schrift *»Progressiver Nationalismus contra Nationalsozialistische Polemik«* des NIZ-VERLAGS um ANDRÉ GOERTZ und Jan Zobel. Höhepunkt der Auseinandersetzung war bisher der Ausschluß der »Nationalrevolutionäre« aus dem Bundesvorstand der JN. Dies zeigt jedoch lediglich, daß sich innerhalb der NPD-Jugendorganisation der offen als Nationalsozialisten auftretende Flügel durchgesetzt hat. Dennoch ist dieser Konflikt wohl mehr als Nebensächlichkeit zu bewerten, maschierten in München doch beide Seiten gemeinsam auf derselben Veranstaltung.

Unterm Strich

wird die neofaschistische Agitation um das Thema der sozialen Frage zunehmen. Die Gefahr dabei liegt weniger darin, daß sich Nazis als ernstzunehmende und wählbare politische Alternative profilieren können, als daß sie das gesellschaftliche Klima von rechts Außen anschieben. Die Folgen einer Überschneidung der Interessen zwischen Neonazis mit etablierten politischen Parteien waren bereits anhand der Pogrome und der faktischen Abschaffung das Grundrechts auf Asyl zu sehen. Bei einer Wiederholung anhand des Komplexes der »sozialen Frage« wären diese gravierender, zumal die NS-Bewegung inzwischen über gefestigtere und breitere Strukturen verfügt als noch 1989. Wieviele Anhänger jene Strukturen mobilisieren können, hat sich in München gezeigt. Auch hier standen ihnen in Form der CSU und deren Rechtsausleger PETER GAUWEILER honorige Kreise, zumindest verbal, inhaltlich zur Seite. Hatte die CSU-Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren fast jeden Nazi-Aufmarsch in Bayern verboten, sprach die CSU-Parteizeitung BAYERNKURIER über die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« von einem *»Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk«*.

Kein Wunder, wenn Gruppierungen wie die NPD im Aufwind stehen und versuchen, mit der Thematisierung der sozialen Frage erneut Brücken in die Gesellschaft zu bauen. *»Für das kommende Jahr hat die NPD in Abstimmung mit der JN inzwischen beschlossen, nicht mehr am Tag einer imaginären »deutschen Einheit«, sondern als Partei der wirtschafts- und sozialpolitschen Erneuerung das bundesweite Deutschlandtreffen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit durchzuführen.«*[22] Dementsprechend versucht sie, den 1. Mai zu einem zentralen *»Aktions- und Kampftag des gesamten nationalen Widerstands«*[23] zu instrumentalisieren und beginnt mit der Mobilisierung der Anhängerschaft nach Leipzig. ■

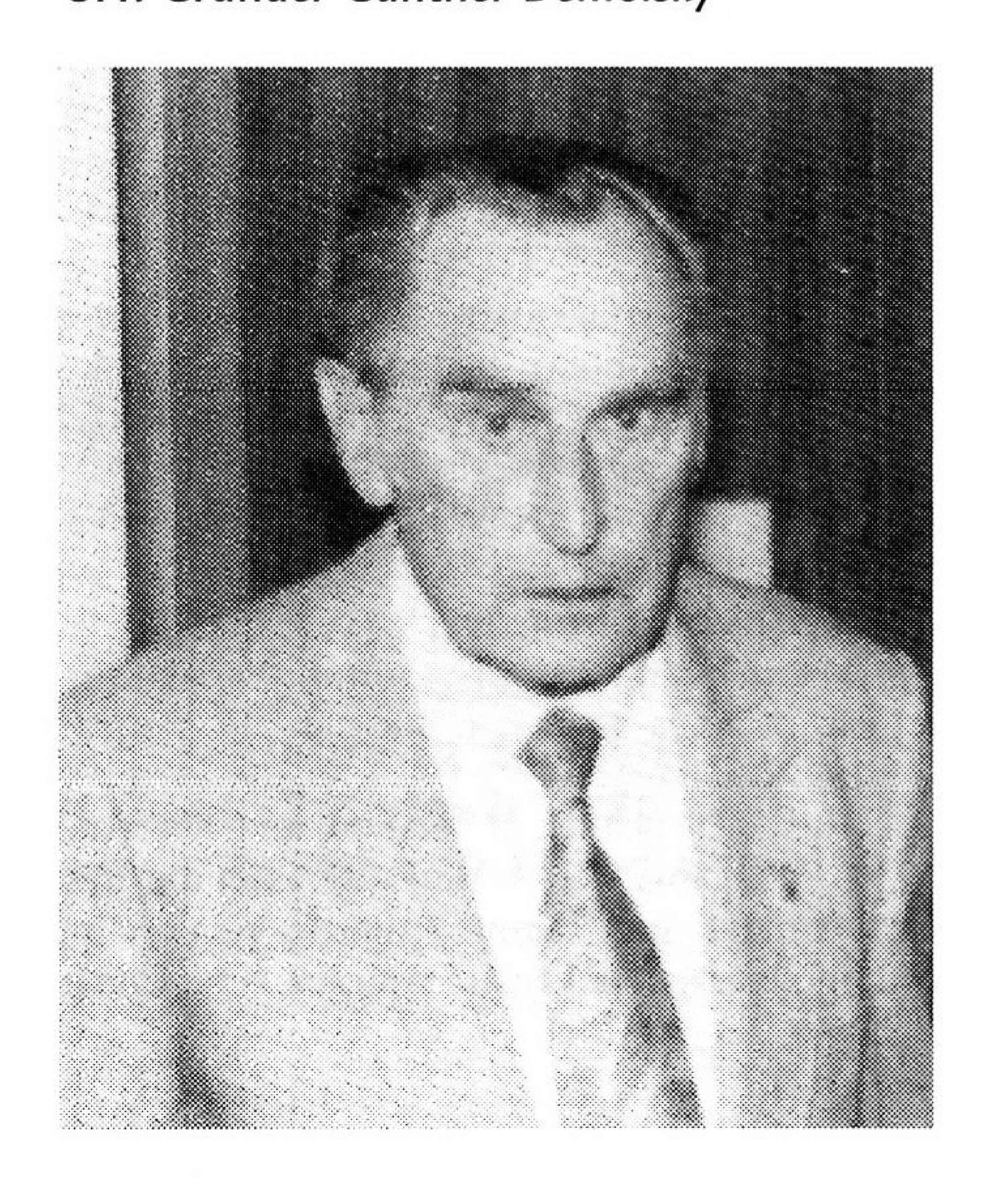
1) Durchblicke. Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin, Hg. Landesamt für Verfassungsschutz, 4. Jg., 1997, Berlin, S.11
2) Hupka war Führungskader der verbotenen »Nationalistischen Front«, nach deren Spaltung betätigte er sich in der Leitung der NF-Nachfolgestruktur um ANDREAS POHL. Inzwischen ist Hupka Mitglied im Bundesvorstand der JN.
3) Steffen Hupka »Grundlage für eine Aktionseinheit aller Nationalisten«, in »Einheit und Kampf«, Aufruhr-Verlag Gbr, Hg. Markus Privenau, Ausgabe 17, Januar 1997, Bremen, S.22
4) Bei Jürgen Riehl handelt es sich mutmaßlich um ein Pseudonym, hinter dem der Hamburger Nazi-Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER steht. (siehe AIB Nr. 33, Februar/März 1996, S.8)
5) Der Schulungsbrief – Blätter zur nationalen, sozialistischen Weltanschauung, Hg. »Völkischer Freundeskreis Berlin«, Nr. 14, 1995, S.7
6) »Blood & Honour«, (deutsche Ausgabe) Nr.2, 1996, S.15
7) Siehe AIB Nr.35, Juli/August 1996
8) »Einheit und Kampf« wird inzwischen durch den »Aufruhr-Verlag« um den ehemaligen Schriftleiter der »HNG-NACHRICHTEN« MARKUS PRIVENAU aus Bremen herausgegeben.
9) Bei der Publikation »Freie Stimme« handelt es sich quasi um die Nachfolgezeitschrift von »DIE NEUE FRONT«, die vormals illegal durch die »GDNF« vertieben wurde.
10) AIB Nr.30, Juni/Juli 1995, S.7
11) AIB Nr.30, Juni/Juli 1995, S.8
12) Der Spiegel, Nr.10/1997, S.33
13) »Eine Bewegung in Waffen«
14) Der Spiegel, Nr.10/1997, S.33
15) Der Spiegel, Nr.10/1997, S.34
16) Schmitt war Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz in NRW. Er leitete die Kampfschule Hak-Pao, in der Jugendliche zusammen mit Neonazis geschult und ausgebildet wurden. In diesem Rahmen gründete er den DEUTSCHEN HOCHLEISTUNGS KAMPFKUNSTVERBAND (DHKKV), welcher nach den Vorstellungen des NF-Bundesvorsitzenden SCHÖNBORN eine Securitygruppe werden sollte. Der DHKKV war fast identisch mit den von Schönborn geplanten NATIONALEN EINSATZKOMANDOS
17) In den Unterlagen aus dem Parteiarchiv der NF von Schönborn befindet er sich auf der Liste mit dem »Code 88«, welcher als Kürzel für die Terrorstruktur der NF gilt
18) Antifaschistische NRW-Zeitung, Ausgabe 12, Herbst 1996, S.4
19) Der Spiegel, Nr.10/1997, S.33
20) »Einheit und Kampf«, Aufruhr-Verlag Gbr, Hg. Markus Privenau, Ausgabe 17, Januar 1997, Bremen, S.5
21) Harald Neubauer in »Nation und Europa«, 47. Jahrgang, Heft 3, März 1997, Coburg, S.9
22) »Einheit und Kampf«, Aufruhr-Verlag Gbr, Hg. Markus Privenau, Ausgabe 17, Januar 1997, Bremen, S.9
23) a.a.O.

Die Struktur der Unabhängigen Freundeskreise (UFK)

2. Teil

Eine der wesentlichen Klammern, welche die faschistische Szene zusammenhält ist die Struktur der »Unabhängigen Freundeskreise« (UFK) mit ihren Untergliederungen »Unabhängige Nachrichten« (UN), »Deutscher Rechtsschutzkreis-Deutsche Rechtsschutzkasse (DRsK), »Freundeskreis Freiheit für Deutschland« (FFD), sowie der »Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht« (GfSV). Nachdem wir in der letzten Ausgabe bereits den ersten Teil des Artikels zu diesen Gruppierunngen brachten, folgt hier nun der zweite und letzte Teil.

UFK-Gründer Günther Demolsky



Deutscher Rechtsschutzkreis – Deutsche Rechtsschutzkasse – DRsK

Im März 1979 wird der DRsK von Martin Voigt gegründet, als Anschrift dient bis vor kurzem das Postfach der UN. Diese nach eigenen Angaben »Gemeinnützige Vereinigung zur Abwehr politischer Justiz« – der Verein selbst ist bis 1993 vom Finanzamt noch nicht als gemeinnützig anerkannt – hat als Hauptaufgabe die Geldbeschaffung, um die verschiedenen Prozesse der Gleichgesinnten zu finanzieren.

Ein weiteres Aktionsfeld ist die Propaganda gegen den Rechtsstaat und seine ausführenden Organe, die angeblich gegen rechts besonders hart vorgehen. Zu diesem Zweck wird die Zeitschrift »Recht und Justiz« herausgegeben und eine »*Schriftenreihe zur Geschichte und Entwicklung des Rechts im politischen Bereich*«. War die Zeitschrift anfangs ca. alle zwei Monate als Beilage in der UN enthalten, wird sie heute ca. viermonatlich herausgebracht. In der Thematik ist eine Arbeitsteilung mit der Gefangenenhilfsorganisationn HNG zu erkennen. Prozesse von Neonazis, Gefangenenbetreuung und Kameradschaftspflege sind der HNG vorbehalten.

Der DRsK wendet sich eher an die »seriösen« Rechten von CDU bis NPD, denen z.B. vorgelogen wird, daß sie helfen müssen, »*die Grundrechte zu bewahren, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen und schuldlos–unwissend in die Mühlen der politischen Justiz Geratene zu unterstützen*«. Die Artikel sowie die presserechtliche Verantwortung werden oftmals von bekannten Rechtsanwälten aus der Szene übernommen, als Beispiel mögen hier Jürgen Rieger, Eberhard Engelhardt oder Wilhelm Stäglich ausreichen.

Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht – GfSV

Die Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht e.V. (GfSV), als gemeinnützig anerkannt, ist eine weitere, weithin unbekannte Untergliederung der UN/UFK. Die Zielsetzung des Vereins zusammengefaßt: Der Verein betreibt Volksbildung und Volkserziehung durch Öffentlichkeitsarbeit in der Form von eigenen Veröffentlichungen, Vorträgen und Maßnahmen und durch Vorarbeiten zur Entstehung und dem Aufbau einer der Öffentlichkeit zugänglichen Bibliothek, d.h. eine gemeinnützige Bildungsarbeit.

Es darf angenommen werden, daß der Verein am 30.5.77 gegründet wurde, um die umfangreiche Schriftsammlung in einem rechtlichen Rahmen zu fassen und für gleichgesinnte Kreise zugänglich zu machen. Weiter wurde und wird mit diesem Verein eine Form gefunden, durch Spendengelder die Materialgrundlagen der UN zu finanzieren, ohne mit dieser unmittelbar in Verbindung gebracht zu werden.

Es wird viel Wert darauf gelegt, »unverdächtige« Personen als Vorsitzende und stellv. Vorsitzende agieren zu lassen. Trotzdem ist unverkennbar, daß wieder die »Alten« das Ruder fest in der Hand haben. Namen wie Martin Voigt, Volker Schimmelpfeng, Werner Gebhardt oder Friedhelm Kathagen, die allesamt mit der Gründung und/oder Führung des Vereins wesentlich zu tun haben, sind Garanten dafür, daß das wahre Ziel der GfSV sich nicht wesentlich von den UFK unterscheiden kann.

Die öffentliche Tätigkeit der GfSV ist gemäß ihrer Zielsetzung eher als dürftig zu bezeichnen. In den ganzen Jahren seit ihrer Gründung sind dabei nicht mehr als ein paar DIN A4-Seiten herausgekommen, die sich mit der Fragen zur deutsch-polnischen Grenze oder der Verfassungswidrigkeit des Grundgesetzes befassen. Verschiedentlich wurden Vorträge organisiert, deren Zuhörerschaft sich jedoch nur aus UN-Lesern und deren Freunde zusammensetzen dürfte, da Einladungen fast ausschließlich an diesen Kreis gingen. Die Themenstellungen der GfSV lassen den Schluß zu, daß das Hauptaugenmerk auf die Vertriebenenverbände und mehr noch auf deren Mitglieder gerichtet ist. Eine Zusammenarbeit besteht mit der rechtsextremen Organisation Vereinigte Länder des deutschen Ostens (VLDO). M.Voigt wurde 1985 angeboten als Mitglied in den Ältestenrates tätig zu werden, lehnte jedoch ab.

Eine wesentliche Funktion innerhalb der UN/UFK-Struktur ist bei der GfSV

darin zu sehen, daß sie Kontakt zu rechtstehenden, anerkannten Persönlichkeiten hält, die einen gewissen Einfluß haben. Das wäre eine plausible erklärung für den Umstand, daß die UN und die UFK z.B. in den Bundesberichten des Verfassungsschutzes in den letzten 20 Jahren kaum Erwähnung findet.

Zu diesem Zweck wurde u.a. mit den folgenden Professoren und/oder Doktoren zusammengearbeitet:

FRITZ MÜNCH – 1952-72 CDU-Mitglied. 1971 Referent beim DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG). `72 NPD-Bundestagskandidat. Hutten-Preis-Träger der GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK (GfP).

GERD WINTER – Prof.Dr.

WILLI GEIGER – 23 Jahre lang tätig als Bundesverfassungsrichter. Gründungsmitglied und Vorsitzender des WISSENSCHAFTLICHEN RATES der Juristen Vereinigung Lebensrecht . Er war in der NS-Zeit an Todesurteilen beteiligt.

HANS WERNER BRACHT – Mitunterzeichner der Aktion FREIHEIT FÜR KÖNIGSBERG, die von der Zeitschrift JUNGE FREIHEIT und deren Trägerin UNITAS GERMANICA initiiert wurde.



Propaganda des FFD

HELMUT SCHRÖCKE – Mitglied im SCHUTZBUND FÜR DAS DEUTSCHE VOLK (SDL), Mitunterzeichner des HEIDELBERGER MANIFEST.

WOLFGANG PHILIPP – Ende der 80er CDU-Stadtrat in Weinheim. Mitglied der JURISTEN VEREINIGUNG LEBENSRECHT.

Eine weitere wichtige Funktion der GfSV besteht in der Materialbeschaffung und Nachwuchsschulung. In der Alstadener Straße in Oberhausen werden Räume angemietet, deren Vermieter Werner Gebhardt ist. Eine Bibliothek wird installiert und Räume zu Schulungszwecken hergerichtet. Es finden dort UFK-Treffen, Schulungen und interne Versammlungen statt. Jugendliche können sich bewähren indem sie Publikationen, Zeitungsartikel etc. archivieren und für den Erhalt der Räumlichkeiten Zeit und Arbeit aufwenden. Das Hintergrundmaterial für die Herausgabe der UN ist hier gelagert, wobei zu bemerken ist, daß die illegalen NS-Materialien ausgelagert sind.

Freundeskreis Freiheit für Deutschland – FFD

Anfang 1989 wurde der FFD auf Teneriffa gegründet. Die Initiatoren stammen wieder aus dem Kreis der Unabhängigen Freundeskreise, GÜNTHER DEMOLSKY, Werner Gebhardt, HELMUT FUCHS und WILFRIED BLUSCHKE. Der FFD hat seinen Sitz in Bochum. Von einer sehr verdeckt betriebenen Geschäftsstelle aus versandten FFD-Mitglieder Flugblätter und Aufkleber an über 2000 Adressen in der gesamten BRD. Die Veröffentlichungen des FFD sind sehr viel direkter und platter als die Artikel in den Unabhängigen Nachrichten, thematisch decken sie aber die gleichen Schwerpunkte ab: Asylgesetzgebung, Geschichtsrevisionismus, antisemitische Hetze, Steuerpolitik und Nationalismus. Der FFD hat 104 verschiedene Flugblätter und 30 Aufkleber hergestellt und massenhaft verschickt.

Im Laufe der Jahre kam es zu mehreren Prozessen wegen einzelner Flugblätter des FFD, die entweder gleich zu Freisprüchen oder aber zu Bewährungsstrafen führten. Die Liste der Anklagepunkte war lang: Verstoß gegen das Pressegesetz, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung der Demokratie, des Staates und dessen Repräsentanten, Beleidigung Andersdenkender, Leugnung der Vergasung von JüdInnen im Nationalsozialismus, Billigung von Straftaten, Aufruf zur Gewalt etc.

In der Urteilsbegründung hielt der Richter den Angeklagten zu Gute, daß es für Laien eine »*risikoreiche Gratwanderung*« sei, zwischen strafbaren und erlaubten Formulierungen zu unterscheiden. Sie hätten ja nur auf »tatsächlich existierende Probleme« aufmerksam machen wollen, die es mit Ausländerstraftaten oder Asylbewerbern gebe. Die Angeklagten hätten »*nur in der Art der Darstellung überreagiert*«[1].

Am 2.9.1993 verbot der Innenminister Nordrhein-Westfalens den FFD. Das Vermögen sowie mehrere Hakenkreuze wurden beschlagnahmt. In der Verbotsverfügung heißt es, »gemeinsames Ziel und gemeinsamer Zweck dieser Funktionärsgruppe ist die regelmäßige Verbreitung von Flugschriften, die u.a. die Kriegsschuld leugnende Thesen und rassistisches Gedankengut enthalten sowie Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie verunglimpfen.«

Daß das Verbot nur die Unterorganisation FFD betrifft und nicht die Unabhängigen Freundeskreise selbst und deren Publikation, ist nur schwer nachzuvollziehen, schreibt doch der Verfassungsschutz 1990 selbst: »der FFD (...) ist weitgehend mit dem Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK) identisch.« ■

1) ausführlichere Darstellung des Prozesses in »Der rechte Rand Nr.28«

Fuldabrück

HNG-Mitgliederversammlung

Am Samstag, den 8. März 1997, fand in Fuldabrück-Ditterhausen bei Kassel die Mitgliederversammlung der HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE GEFANGENE (HNG) statt. Etwa 100 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet folgten der Einladung der Vorsitzenden URSEL MÜLLER aus Mainz-Gonsenheim in die Gaststätte »Kupferkanne«, welche in dem örtlichem Bürgerhaus untergebracht ist. Auf Anfrage von AntifaschistInnen gab der Gaststättenpächter BAUHAUS bekannt, daß sich die Neonazis als Treffen eines Hundeclubs angemeldet hatten. Eine Distanzierung erfolgte auch nach Aufklärung über die wahre Gesinnung seiner Gäste nicht. Die Polizei, die das Treffen beobachtete, verstärkte ihre Präsens im Zuge der antifaschistischen Mobilisierung, so daß es von AntifaschistInnen für nicht möglich gehalten wurde, das Treffen zu verhindern. Die Koordinierung der anreisenden Faschisten erfolgte über Mobiltelefone durch den Raum Südniedersachsen unter maßgeblichen Anleitung des Nazikaders THOMAS KUBIAK von der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT (SAF). Der 25jährige aus Winterberg-Züschen ist wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Eine weitere Verurteilung wartet auf ihn, weil eines seiner Konten als Bankverbindung der antisemitischen und volksverhetzenden SAF-Publikation »FREIE STIMME« fungierte.

Kiel

Christophersen nun in Walhalla

Der bekannte Auschwitzleugner THIES CHRISTOPHERSEN starb am 13. Februar im Kreis seiner Familie in Molfsee bei Kiel an Nierenkrebs. Zu Lebzeiten wurde Christophersen durch die Herausgabe der BAUERNSCHAFT und der AUSCHWITZ-LÜGE bekannt. Seit 1986 in Deutschland per Haftbefehl gesucht, ließ er sich im dänischen Kollund nieder, um der Strafverfolgung zu entgehen. Als er 1994 von der dänischen Bevölkerung aus Kollund vertrieben wurde, begann seine Odyssee durch ganz Europa. Immer wieder versuchte er sich niederzulassen, doch nirgendwo blieb er dauerhaft. Seine Reise führte ihn nach Großbritannien, Belgien, Spanien und in die Schweiz. Von dort wurde er abgeschoben und landete wieder in Spanien. Doch immer wieder reiste er trotz Haftbefehl nach Deutschland. Die deutschen Behörden schien das nicht zu interessieren. Aufgrund seiner fortschreitenden Krankheit übergab Christophersen die Herausgabe der »Bauernschaft« an den kanadischen Revisionisten ERNST ZÜNDEL. Am 31. Januar 1997 wurde Christophersen in Molfsee festgenommen, nach Feststellung der Haftunfähigkeit allerdings wieder freigelassen.

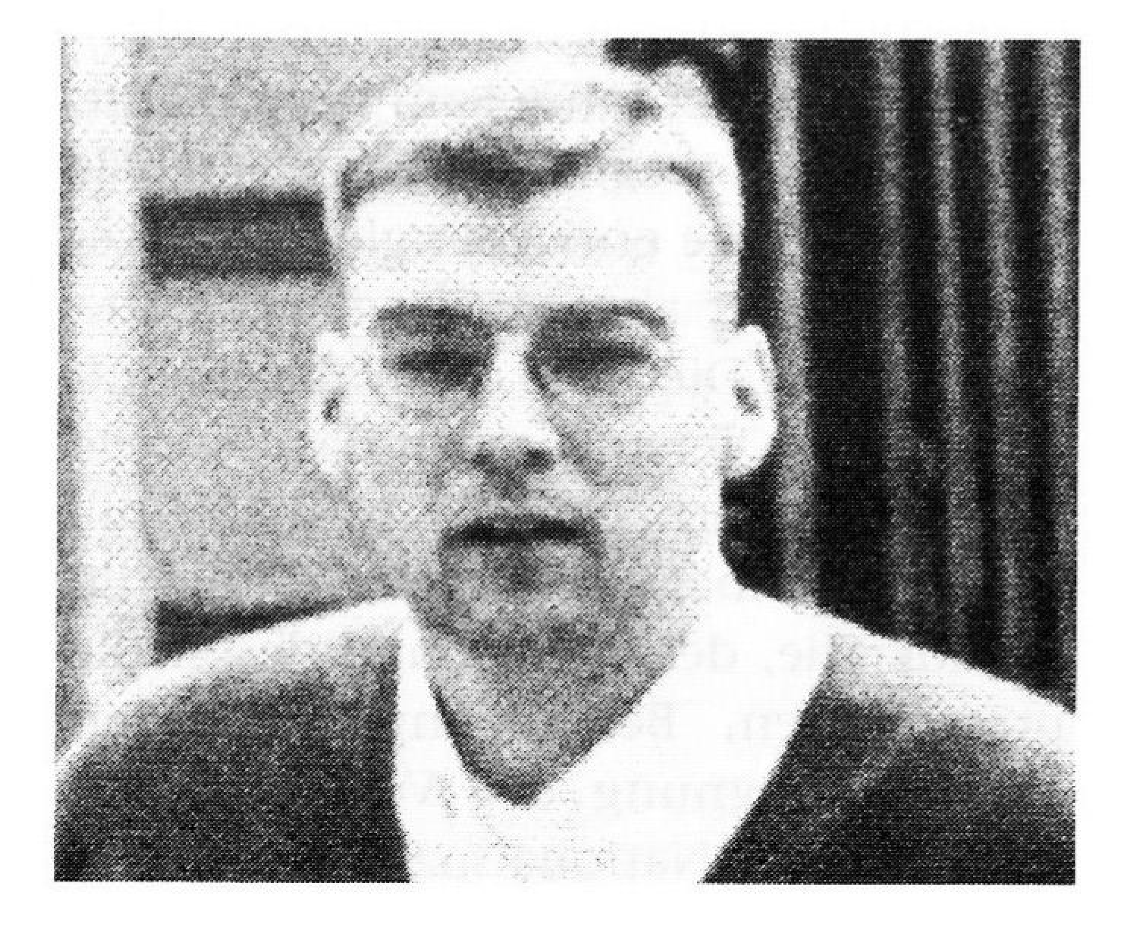
Seine Beisetzung sollte auf dem Friedenshügel-Friedhof in Flensburg stattfinden. Da der Christophersen-Clan aber eine Bestuhlung für über 300 Personen und eine Lautsprecheranlage verlangte, stellte sich die Stadtverwaltung quer und untersagte die »Trauerfeier«. Das NIT mobilisierte jedoch weiter nach Flensburg und im Laufe des Tages tauchten ca. 30 Alt- und Neonazis auf. Die Trauerfeier fand hingegen im Krematorium auf dem Friedhof Kiel-Eichhof statt. Kurz nach der Trauerfeier tauchte in Kiel auch noch die bekannte Wehrsportgröße UWE JÜRGENS in Begleitung von 15 Neonazis auf.

Kgs.-Wusterhausen

Neonazi bei der »Jungen Union«

Der ehemalige Betreiber des NATIONALEN INFOTELEFONS BERLIN und Ex-Führungsmitglied der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN, ULLI BOLDT, war JU-SPRECHER in Königs Wusterhausen. Der SPD-LANDESGESCHÄFTSFÜHRER KLAUS NESS teilte mit, daß der CDU-GENERALSEKRETÄR THOMAS LUNACEK verlauten ließ, ihm sei die Vergangenheit von Boldt bekannt, daß er jedoch »diesen Führungskader der Neonazis nicht unverzüglich ausschließen läßt«. Nicht gerade Werbung für einen CDU-Sprecher. Als der Pressedruck größer wurde, leugnet die CDU, jemals von Boldts Vergangenheit gewußt zu haben und begann schließlich Schritte einzuleiten, um Boldt aus der Partei wieder rauszuschmeißen. Doch der Fall Boldt war nicht der erste. Die CDU selbst räumt drei weitere Fälle ein, einer davon in Frankfurt/Oder sei jedoch schon erledigt. Die Dunkelziffer liegt wohl wie immer höher. Deshalb lehnt die CDU auch die SPD-Forderung nach unverzüglicher Offenlegung , wieviele Neonazis sich in den Reihen der JU aufhalten, kategorisch ab.

Ulli Boldt



Tuttlingen

Martin Mußgnug gestorben

Der langjährige Vorsitzende der NPD, MARTIN MUßGNUG, erlag am 2. Februar, kurz vor seinem 61. Geburtstag, einem Herzinfarkt.
Mit ihm starb ein politischer Gratwanderer, der fast zwei Jahrzehnte den Kurs der dienstältesten deutschen Rechtspartei geprägt hatte und der am Ende, ebenso wie seine Ex-Partei, die NPD, nur noch ein Schatten seiner selbst war.

1956 zählte der damals 20-jährige Jurastudent zu den Gründungsmitgliedern des (1961 verbotenen) BUNDES NATIONALER STUDENTEN, 1964 beteiligte er sich an der Gründung der NPD, deren Parteivorsitzender er 1971 wurde. Mußgnug verfolgte die Strategie, die NPD als parlamentarische Opposition zu etablieren und führte die Partei – nach außen hin – auf einen scheinbar gemäßigten Kurs. Doch die Idee, rechten Konservativen eine politische Heimat und sogenannten »ProtestwählerInnen« (vor allem aus den Unionsparteien) eine Wahlalternative zu bieten, erforderte Kompromisse, die zum dauerhaften Konflikt mit der hitleristischen Parteibasis führten. Die Gratwanderung, die NS-AnhängerInnen zu disziplinieren, ohne sie zu verschrecken, geriet zum Schlitterkurs, bei der die gesamte Partei an Glaubwürdigkeit verlor.

Mußgnug machte sich beständig stark für eine rechte Sammlungsbewegung nach Vorbild der italienischen MSI, er betrieb die Aussöhnung mit Dr. GERHARD FREY, die sich 1987 in der Schaffung des Wahlbündnisses LISTE D niederschlug und auch den REPUBLIKANERN unterbreitete er 1989 ein Bündnisangebot.

Wähnte sich die NPD nach den Wahlerfolgen in den späten 80er Jahren noch in ihrem zweiten Frühling, so folgte der jähe Absturz nach der verkorksten Bundestagswahl 1990. Mußgnug erklärte seine Partei für politisch wie wirtschaftlich am Ende und machte ein weiteres Engagement von einer »neuen Organisationsform« abhängig. Um ihn bildete sich ein Flügel, der die vollständige Integration der NPD in eine vereinigte



Anti-Antifa-Teamwork (v.l.n.r.): Sascha Wagner (JN), Andree Zimmermann (SAF), Thomas »Steiner« Wulff (ex-NL, DL), Jens Pühse (ex-NF)

Rechte forderte. Diese Vorstellungen wurden von der »traditionalistischen« Mehrheit des Parteivorstandes und auch von Teilen der Basis verworfen, die faktische Spaltung der NPD war die Folge. Am 16. Dezember 1990 erklärte Martin Mußgnug frustriert seinen Rücktritt.

Das Konzept einer vereinigten Rechten versuchte er in der 1991 gegründeten DEUTSCHEN LIGA weiterzuführen, wo er zunächst Präsidiumsmitglied und Leiter der Rechtsabteilung wurde. In seiner Heimatstadt Tuttlingen, wo er mit zwei Partnern und seinem Sohn Bernhard eine Rechtsanwaltskanzlei betrieb, wurde er in den Stadtrat gewählt.

Bundesweit

VS will »Einblick Nr.2« stoppen

Der Verfassungschutz hat im Oktober '96 mehreren führenden Nazi-Kadern und ANTI-ANTIFA-Aktivisten einen Besuch abgestattet und ihnen dringend angeraten, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Erscheinen des EINBLICK NR.2 zu verhindern. Es würde ansonsten zu empfindlichen Gegenmaßnahmen kommen. Unter den Angesprochenen befanden sich unter anderem THOMAS »STEINER« WULFF, KAI DALEK, ANDREE ZIMMERMANN und CHRISTIAN MALCOCI.

Letzterer hat eine Erlaubnis für einen Besuch beim inhaftierten NSDAP/AO-Chef GARY LAUCK beantragt, die aber abgelehnt wurde, weil er als Kontaktperson im NSDAP/AO-Umfeld und als Mitbeschuldigter bezeichnet wurde. Der 23jährige Andree Zimmermann aus Winterberg ist u.a. Führungskader der »SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT«, Hess-Marsch-Koordinator und seit neuestem HNG-Schriftführer. Die Polizei vermutet hinter ihm außerdem den Verantwortlichen für die Ausgabe Nr.6 des Nazi-Blattes »FREIE STIMME« und führte bei ihm deshalb am 4.Februar '97 eine Hausdurchsuchung durch. Der Einblick Nr. 2 sollte die erste Ausgabe des konspirativ verbreiteten Einblicks fortsetzen, der Ende 1993 rund 250 Adressen von »*politischen Gegnern*« veröffentlichte und ihnen »*unruhige Nächte*« androhte. Der Einblick Nr.2 hatte allerdings einen anderen Personenkreis im Visier als die Nr.1, er wollte sich mit dem »*Repressionsapparat der BRD*« befassen und Privatadressen von »*feindlichen*« Richtern, Juristen, Geheimdienstlern, Staatsanwälten und Polizisten veröffentlichen. Er sollte über ein niederländisches Postfach in Deutschland vertrieben werden und so staatliche Ermittlungen ins Leere laufen lassen.

Ob daraus nun aber noch etwas wird, ist unklar, denn einige der angesprochen Nazi-Kader treten die Flucht nach vorn an und veröffentlichen die ganze Geschichte. Thomas Wulff verbreitet über das JN-Blatt EINHEIT UND KAMPF seine Verschwörungstheorie über einen neuen Coup des Verfassungschutzes und erklärt, »*daß von Seiten der Deutschen Aktionsbasis eine solche Broschüre weder geplant ist, noch als notwendig angesehen wird*«. Kai Dalek verbreitet über seine KRAFTWERK BBS im THULE-NETZ einen ähnlichen Text zum Thema. Bemühungen seitens der »*Deutschen Aktionsbasis*«, Daten von Verfassungschutzangehörigen zu speichern, sind allerdings schon seit geraumer Zeit feststellbar. So wurden bereits Daten des »*Beamteten Gegners*« im Thule-Netz und im NS-KAMPFRUF veröffentlicht.

Laut VS-Berlin hat die Berliner Anti-Antifa-Szene seit spätestens 1996 ihre Aktivitäten auf Datensammlungen über Berliner Justiz- und Polizeibeamte konzentriert. Sie soll »allein bis zum 30. September '96 die Daten von rund 40 Richtern, Staatsanwälten und Beamten des LKAs« gespeichert haben. Spätestens bei diesem Detail-Wissen wird deutlich, wie sehr die deutsche Nazi-Szene von VS-Leuten durchsetzt ist und wie weit der VS in der Lage ist, Nazi-Aktivitäten im Vorherein zu unterbinden, wenn er denn will. Ungefähr zeitgleich mit der bundesweiten Ansprechaktion des VS bekamen auch einige Berliner Anti-Antifa-Aktivisten von der Polizei eine Kopfnuß verpaßt. Nachdem das Mitglied der Berliner KAMERADSCHAFT BEUSSELKIEZ KIM KURLBAUM auf einem Prozeß gegen mehrere Nazi-Kader zivile Polizeibeamte fotografiert hatte, durchsuchten ihre Kollegen mehr als 10 Wohnungen der Kameradschaft Beusselkiez, allerdings ohne die Fotos zu finden.

Leipzig

1. Mai-Aufmarsch geplant

Der 1. Mai steht vor der Tür und die JN kann es sich auch hier nicht nehmen lassen , ihre Vorreiterrolle auszuspielen. Über das neofaschistische THULE-NETZ verbreitet STEFFEN HUPKA (Ex-NF, Umbruch) einen Demo-Aufruf im Namen der JN. Unter der Überschrift «*Leistet Widerstand jetzt*« werden die Neonazis zum »*Kampftag der Arbeit*« nach Leipzig mobilisiert. Treffpunkt soll um 12 Uhr der Wilhelm-Leuschner-Platz sein.

In Leipziger Arbeitsämtern tauchten bereits erste JN-Flugblätter mit dem Titel »*Das Volk blutet, das System verwaltet, das Kapital kassiert*« auf. Das Leipziger Ordnungsamt kündigte an, den JN-Aufmarsch nicht zu genehmigen, genauso wenig wie »*Aufmärsche von Linksextremisten*«. Bleibt aber abzuwarten, wie sich die Gerichte entscheiden, wenn die JN gegen ein Verbot klagt. Für alle Fälle haben AntifaschistInnen aus Leipzig Gegenaktionen angekündigt. Im Mai '96 konnte die JN relativ ungestört und unter Polizeischutz ihren Bundesparteitag in einem Vorort von Leipzig durchführen.

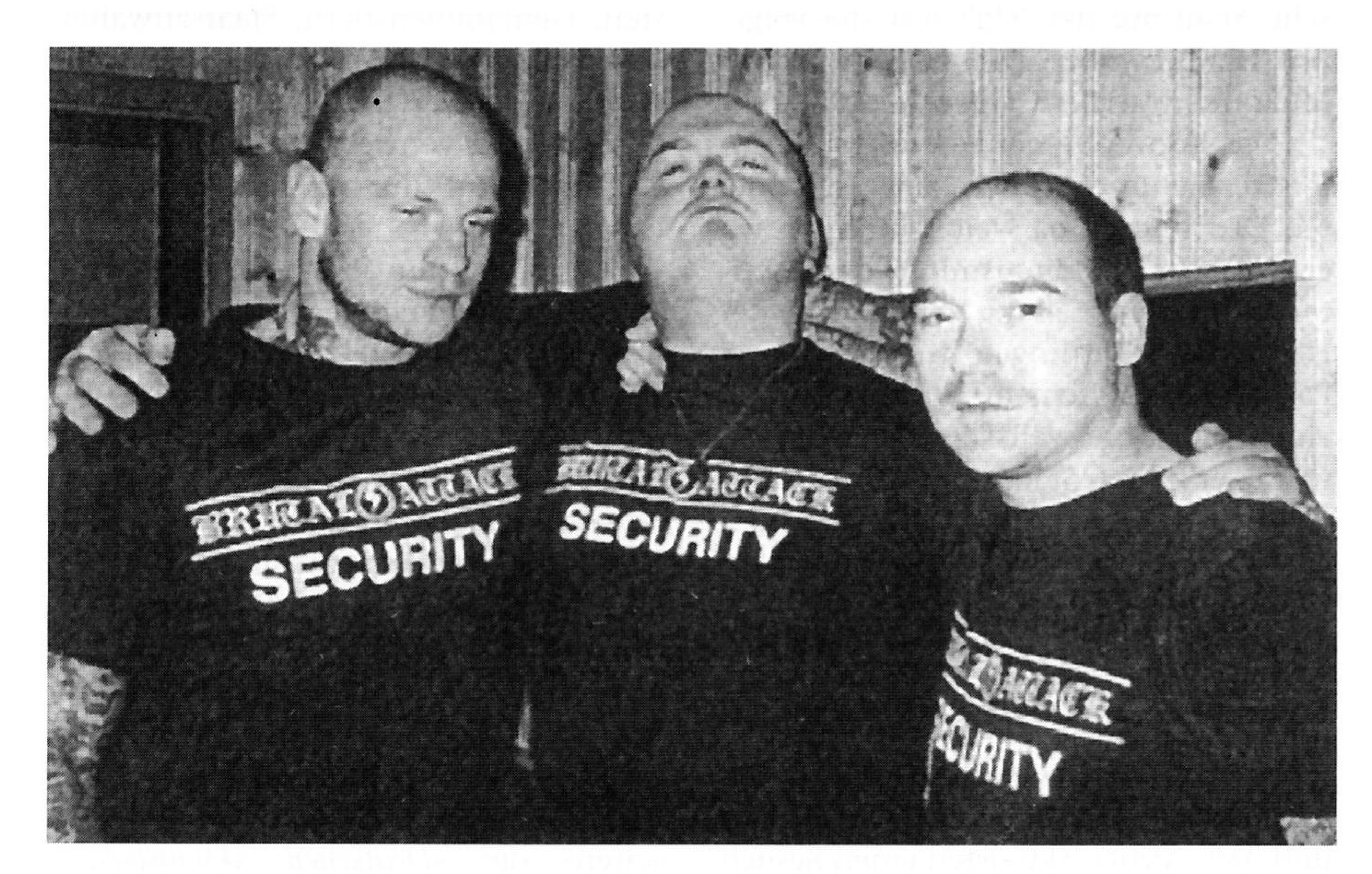
Mit JÜRGEN SCHÖN, dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden und dem sächsichen NPD-Landesvorsitzenden und ex-REP Winfried Petzold, sitzen zwei höhere NPD-Funktionäre in Leipzig, die über gute Kontakte ins Leipziger Umland verfügen. Eine weitere Hochburg der JN/NPD ist der Muldental-Kreis, insbesondere Wurzen, in der direkten Nähe von Leipzig. D.h. die JN verfügt in Leipzig und Umgebung über ein relativ großes Potential an Kadern und Mitläufern die schnell mobilisiert werden können. So fuhren beispielweise zwei Busse aus Leipzig und weitere Busse aus Wurzen zur JN-Demo nach München. Da Hupka auch verantwortlich für den Münchener JN-Demo-Aufruf zeichnete, sollte der 1. Mai-Demo-Aufruf für Leipzig durchaus ernst genommen werden. Ansonsten zeigen die Erfahrungen vom letzten Jahr, daß die tatsächlichen Entscheidungen der Nazis über ihren Aufmarschort am 1. Mai recht kurzfristig fallen. Berlin ist dabei – besonders, da Berlins Innensenator Schönbohm angekündigt hat, keine JN-Demos zu verbieten – ganz oben auf der Hitliste. Berliner Antifas halten es außerdem für gut möglich, daß die Berliner Kameradschaften unabhängig von der JN eine 1. Mai-Demo durchführen. Infos zu Leipzig über:

Bündnis gegen rechts
c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig
Fax: 0341/9608303
E-mail: BGR@LINK-L. cl.sub.de

»*Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.*«
(Ian Stuart Donaldson, Sänger der Gruppe Screwdriver)

Blood & Honour - Offenbach

Bereits in der Nr. 34 (»*Verdeckte Kaderstrukturen und subkultureller Rassenkrieg*«) hatte das AIB beschrieben, wie sich die unter Druck geratene Neonaziszene bemüht, ihre Aktivitäten unter kulturellem Deckmantel fortzusetzen und auszuweiten. Die sich ergänzenden Vernetzungs- und Organisierungsmodelle der Hammerskins und der Blood & Honour-Bewegung, die den harten Kern der Naziskins sammeln, basieren auf dem Prinzip des »führerlosen Widerstandes« und integrieren sich zusehends in das Untergrund-Netzwerk des White Aryan Resistance (WAR). Das Buch Drahtzieher im braunen Netz erwähnte schon Anfang 1996 die engen Verbindungen der Berliner Sektion der Hammerskins mit dem deutschen WAR-Ableger, dem Weißen Arischen Widerstand (WAW).



Die »Brutal-Attack-Security« wirft sich in Pose
links: *Lars Schultz*, rechts: *Michael Hansen*

Vor dem Hintergrund des Polizistenmordes des WAW-Aktivisten Kay Diesner sind diese Zusammenhänge plötzlich Thema und selbst der Verfassungsschutz zeigt sich alarmiert von der wachsenden Bedeutung der neonazistischen Jugendkultur und von der Strategie der Blood & Honour-Bewegung, »*Ideologisierung über Musik*« zu betreiben.

Doch derartige Warnungen verhallen, wenn es den Blood & Honour-Neonazis möglich ist, völlig ungestört ihre Infrastruktur auf- und auszubauen. Ein Paradebeispiel zeigt sich im Offenb-acher Stadtteil Bieber, vor den Toren Frankfurts.

Das sich eine (zumindest für Deutschland) nicht unwesentliche Struktur des Blood & Honour-Netzes in Offenbach-Bieber konzentriert, läßt sich recht einfach erklären. Es hängt sicher nicht damit zusammen, daß ihre »Macher« mit besonderen Fähigkeiten gesegnet wären oder daß es dort eine außergewöhnlich starke rechte Jugendszene gäbe. Der Grund hierfür ist schlicht und einfach, daß sich dort zwei recht umtriebige Neonazis der Blood & Honour-Bewegung eingerichtet haben und bislang alle Narrenfreiheit dieser Welt genießen konnten.

Die Rede ist von Lars Schultz und Michael (»Mike«) Hansen. Beide können recht »szenetypische« Werdegänge vorweisen. Sie gehören seit vielen Jahren der Naziskin-Szene an, schufen sich vielfältige Kontakte, konnten sich

Blood & Honour Musik-Sampler



darüber profilieren und rückten Schritt für Schritt in der Hierarchie nach oben.

Lars Schultz fiel 1990 das erste Mal auf, als er in einschlägigen Publikationen T-Shirts mit ebenso einschlägigen Motiven zum Kauf anbot. Unter tatkräftiger Mithilfe von ULRICH GROẞMANN (»Uhl«) aus dem oberfränkischen Coburg, dem Inhaber des Labels DIM-RECORDS, eröffnete er 1996 in Bieber den Plattenladen CD-Room, der als überregionaler Treffpunkt von Naziskins und als Umschlagplatz von neonazistischer Musik dient.

Dies umso mehr, nachdem Schultz Ende 1996 von ALEXANDER HEINIG aus Stuttgart den SCREWDRIVER-SERVICE DEUTSCHLAND übernahm und seitdem für den Vertrieb der Platten und Merchandise-Produkte der (aufgelösten) Blood & Honour-Kultband, der britischen Gruppe Screwdriver, zuständig ist.

»Mike« Hansen versuchte bereits 1986 – damals in Neu-Isenburg bei Offenbach – eine Ortsgruppe der FAP aufzubauen, was er nach einem Hausbesuch von Antifas jedoch lieber ad acta legte. Seit Anfang der 90er ist er als Mitveranstalter alljährlicher Naziskin-Treffen in Offenbach bekannt, über die schon 1994 das AIB in seiner Ausgabe Nr.28 berichtet hatte. Bereits damals war die an Beihilfe grenzende Ignoranz der Offenbacher Polizei erkennbar. Angesprochen auf das Treffen von über 250 Neonazis, die u.a. aus Frankreich anreisten, log die Polizei dreist von einer »*Technoparty*« mit »*80 bis 90 Teilnehmern*«, die »*nicht dem rechtsextremen Umfeld zuzurechnen*« gewesen seien.

Zu dieser Zeit baute Hansen den Deutschland-Service der britischen Blood & Honour-Gründerband BRUTAL ATTACK auf, dem heute eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn als im September 1993 der Screwdriver-Sänger IAN STUART DONALDSON bei einem Autounfall ums Leben kam, verlor die Bewegung ihre Identifikationsfigur. PAUL BURNLEY, Sänger der Gruppe NO REMORSE, wurde als dessen Nachfolger auserkoren, doch durch seine »Popstar«-Allüren und über politische Differenzen geriet er in Mißkredit. Deshalb wird zur Zeit KEN MCLELLAN, Frontmann von Brutal Attack und häufiger Gast in Bieber, als »lebende Legende« und Thronerbe Ian Stuarts aufgebaut. Die Aufwertung, die der Brutal-Attack-Service des »Mike« Hansen dadurch erhält, dürfte sich natürlich auch bei den Umsatzzahlen bemerkbar machen.

1996 eröffnete Hansen in Bieber das Tätowier-Studio SKIN-ART, das nur wenige Schritte vom CD-Room entfernt ist und die zweite zentrale Anlaufstelle im Stadtteil darstellt. Seine eigene Haut ließ Hansen u.a. mit Symbolen der Hammerskins verzieren.

Daß ihr Einflußbereich und somit ihre Möglichkeiten vor Ort doch ziemlich begrenzt sind, mag ein Grund sein, warum sich die Bieberer Neonazis eher in taktischer Zurückhaltung üben. Daß sie ihren Freiraum und ihre sehr einträglichen Geschäfte nicht gefährden wollen, darf als zweiter Grund angenommen werden. Auffällig ist ihr Bemühen, das Kulturelle in den Vordergrund zu stellen und sich dem eher unpolitischen Umfeld betont offen zu zeigen.



Neonazistische Publikationen aus Offenbach-Bieber

Darüber konnten sie beispielsweise in Teilen der Offenbacher Heavy-Metal-Szene und unter Böhse-Onkelz-Fans eine gewisse Akzeptanz erreichen.

Mittlerweile scheinen sich Schultz und Hansen zu höherem berufen zu fühlen. Im September letzten Jahres versuchten sie ein Konzert mit den schwedischen Neonazibands ULTIMA THULE und MIDGARDS SÖNER in Offenbach zu organisieren – in Zusammenarbeit mit Schultz-Spezi »UHL« GROẞMANN und dem Blood & Honour nahestehenden Label DIAL-RECORDS aus Nürnberg. Das Konzert wurde schließlich abgesagt, nachdem der geplante Veranstaltungsort von AntifaschistInnen beschädigt wurde und der Pächter seine Zusage daraufhin zurückzog.

Ein weiteres Konzert ist für Anfang April 1997 geplant. In Dreieich, Landkreis Offenbach, soll ein Großkonzert u.a. mit Brutal Attack und SQUADRON (ebenfalls eine Gründerband von Blood & Honour) stattfinden.

AntifaschistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet haben bereits ihren entschiedenen Widerstand angekündigt. Im Moment läuft eine Informationskampagne, die die Bieberer Neonazis aus ihrer Anonymität herausholen und antifaschistischen Widerstand initiieren soll. Mit der Ruhe in Bieber scheint es vorbei zu sein. ■

Blood & Honour-Konzert am 13.7.96 in Rossow (Mecklenburg-Vorpommern) mit »FAUSTRECHT«, »NOIE WERTE«, »ARCHIVUM« aus Ungarn, »THORSHAMMER«, »08/15«, »A.D.L.122« aus Italien und »ARYAN« aus Schweden; ganz links ist MAIK BAYER zu sehen, er ist Herausgeber des Zines »AMOK« und Redaktionsmitglied bei »ROCK NORD«



Computerzeitschrift enttarnt Schlüsselfigur des Thule-Netzes

**Die in München erscheinende Computer-Zeitschrift CHIP enthüllt in ihrer Ausgabe 3/97 interessante Internas aus dem neofaschistischen Mailboxverbund Thule-Netz.
Nach Recherchen von CHIP spielt der Münchner Computer-Journalist Ralf Kottcke dort eine führende Rolle.**



Mit dieser Übersicht präsentiert sich das Thule-Netz im Internet

Kottcke ist Betreiber der Münchner Thule-Filiale Janus-BBS, wo er unter dem Pseudonym Thorin Eichenschild firmiert. Er wird von Insidern als »*eine der dominanten Schlüsselfiguren*« in Computer-Fragen bzw. als »*technischer Oberguru*« des braunen Mailboxverbundes gesehen. Er soll u.a. die Person sein, die die Verschlüsselung zum Austausch geheimer Nachrichten in der inneren Führungsebene organisiert.

In den jüngsten Internet-Aktivitäten des Thule-Netzes (vgl. AIB Nr.37) hat er eine zentrale Aufgabe. CHIP belegt dies: »*Im Juni 1996 übernahm Eichenschild den Auftrag, das rechtsradikale Thulenetz ins Internet zu bringen. Heimlich, still und leise, so ergaben CHIP-Recherchen, wurde am 27. Juni 1996 beim kanadischen Web-Seiten-Discounter ICA Canada Online, Inc. in Toronto die neue Internet-Domain des Thulenetzes (Thulenet.com) eingerichtet. Als Inhaber firmiert in Kanada die Münchner Mailbox Janus Kommunikation. Verantwortlicher Administrator, so fand CHIP heraus, ist Ralf Kottcke.*«

Mit den Thule-Netz-Aktivitäten im Internet – so meint CHIP – »*kommt die internationale Vernetzung der rechtsextremen Szene einen Riesenschritt voran*«, waren doch bislang die »*Vertreter des braunen Gruselkabinetts mit ihren Mailboxen weitgehend von der Öffentlichkeit isoliert.*«

Der professionelle Auf- und Ausbau der Internet-Aktivitäten des Thule-Netzes wurde ganz offensichtlich dadurch ermöglicht, daß Kottcke die Infrastruktur des Münchner Computerzeitschriften-Verlags MagnaMedia nutzen konnte. Dort war er als Redakteur beschäftigt. Im Internic, der Dachorganisation des Internet, war Janus Kommunikation in persona Kottcke mit dessen beruflicher E-Mail-Adresse ralf@magnamedia.de registriert und »*Interessierte, die mit dem Betreiber der Thulenet-Domain via Internet Kontakt aufnahmen, landeten also nicht in einem E-Mail-Postfach des braunen Sumpfes, sondern auf dem Netzserver des MagnaMedia-Verlags.*«

Für CHIP drängt sich gar die Frage auf, »*ob nicht seit einem halben Jahr das neonazistische Thule-Internet-Angebot heimlich über den Account des MagnaMedia-Verlags gewartet wurde.*« Nach Bekanntwerden der Aktivitäten des Ralf Kottcke gab der Verlag an, »*nichts vom Treiben des Redakteurs gewußt*« zu haben und warf diesen – nach eigenen Angaben – noch am selben Tag hinaus.

CHIP hält es jedoch für zweifelhaft, daß dort »*niemandem das doppelte Spiel des Redakteurs aufgefallen sein soll*«, denn »*ehemalige Verlagsmitarbeiter äußerten gegenüber CHIP, daß sie schon vor zwei Jahren auf den Neonazi (...) aufmerksam geworden seien.*« Kottcke soll damals ausländerfeindliche Plakate in seinem Büro aufgehängt haben.

Auch der Betreiber der Wiener Thule-Mailbox Dissident-BBS, Wilhelm Christian Anderle, hat zur Zeit – so weiß Chip zu berichten – Probleme. Die Mailbox ist derzeit nicht zu erreichen, was daran liegt, daß Anderle mit internationalem Haftbefehl gesucht wird und untergetaucht ist.

Ihm drohen, nach Angaben der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt, 20 Jahre Haft. Anderle soll eine nationalsozialistische Zeitung verbreitet und 1992 zusammen mit einem weiteren Neonazi den jüdischen Friedhof in Eisenstadt geschändet haben.

Neben SS-Runen, Hakenkreuzen sowie »Heil-Haider!«-Parolen hinterließen die Täter ein Bekennerschreiben, in dem sie als Motiv angaben, sie wollten »*auf diese Weise*« ihrem »*Vorbild Jörg Haider einen arischen Gruß zukommen lassen.*« ■

Europäisches Jahr gegen Rassismus

Der Bock als Gärtner

In einem Schnellverfahren wurde das Jahr 1997 vom Rat der Europäischen Kommission zum »Europäischen Jahr gegen Rassismus« ausgerufen. In diesem Jahr sollen *»konkrete Schritte im Kampf gegen den Rassismus unternommen werden«*. Hört sich doch gut an, oder? In Papieren der europäischen Kommission klingt aber manches ganz sinnig, was sich spätestens auf nationaler Ebene als Farce entpuppt.

Die Koordination dieses europäischen Zirkus' liegt in der BRD beim Bundesinnenministerium. Schon das allein war Grund für die Antirassistische Initiative, gegen die Heuchler zu mobilisieren. Schließlich ist das Bundesinnenministerium verantwortlich für die größten Schweinereien gegenüber hier lebenden EinwandererInnen (zuletzt für die Einführung einer Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder unter 16 Jahren aus den sogenannten Anwerbeländern Türkei, Tunesien, Marokko und Jugoslawien). Auch die Abschottung der Grenzen nach Osteuropa obliegt dem Innenministerium. In unserer Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« müssen wir feststellen, daß die Politik der BRD mehr Flüchtlingen das Leben gekostet hat als rassistische Übergriffe. Alleine in der Zeit von Januar 1993 bis Januar 1997 starben mindestens 45 Personen an den deutschen Grenzen. 45 Menschen begingen wegen der ihnen drohenden Abschiebung Selbstmord.

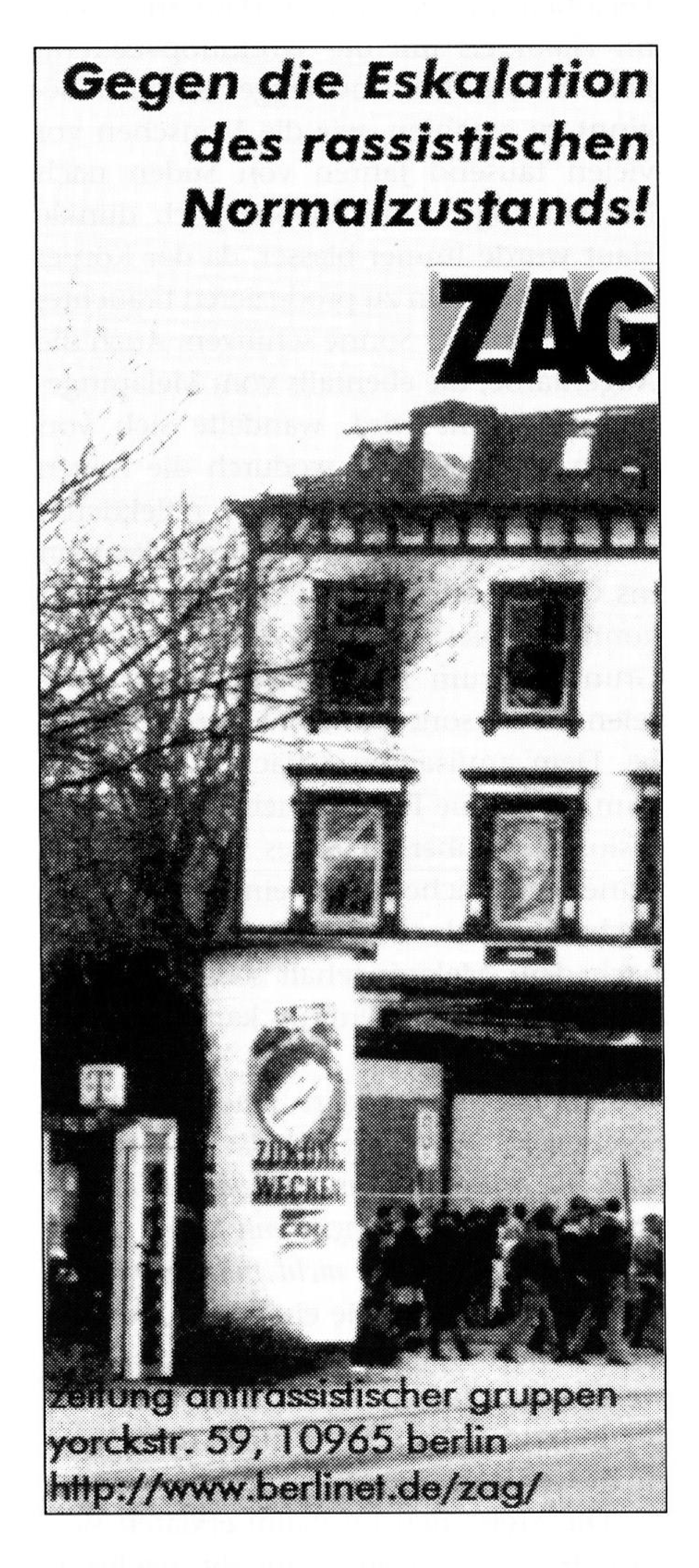
Nun schwingen sich ausgerechnet diese Schreibtischtäter auf, den Kampf gegen Rassismus führen zu wollen. Viele Projekte hatten sich davon wenigstens Geld für ihre Arbeit versprochen. Aber auch daraus wird vermutlich nichts werden. Abgesehen davon, daß für Gelder von der EU die Eigenbeteilung immer bei 50 % liegt, was für kleine Projekte nicht zu bewerkstelligen ist, steht für die BRD nur eine Million DM zur Verfügung. Anträge können u.a. auch von *»lokalen, regionalen und nationalen Behörden und Verwaltungen«* gestellt werden. Ob das Bundesamt für Verfassungsschutz für seine im Rahmen des »Europäischen Jahres gegen Rassismus« geplante Ausstellung »Demokratie ist verletzlich« schon einen Antrag auf Finanzierung gestellt hat, wissen wir leider nicht.

Zur »nationalen Eröffnungsveranstaltung« in Berlin im Haus der Kulturen der Welt hatte ein breites Bündnis von antirassistischen Gruppen, Menschenrechtsorganisationen und Parteien zu einer Gegendemonstration aufgerufen, die sich hinter dem Transparent *»Statt grenzenloser Heuchelei fordern wir gleiche Rechte für Alle, offene Grenzen und Bleiberecht für Alle«* zur gleichen Zeit vor dem Haus der Kulturen Gehör verschaffte. Schon im Vorfeld der Demonstration waren Gruppen von der Ausländerbeauftragten von Berlin, Barbara John unter Druck gesetzt worden mit dem Hinweis, daß sie Geld für ihre Arbeit vom Senat erhielten und sich deshalb nicht an der Gegenkundgebung beteiligen sollten. Bei dieser Kundgebung, so hetzte Barbara John weiter, werde sich das *»Gewaltpotential der gesamten Stadt versammeln«*. Das große Aufgebot an Polizei gab ihr Recht. Ein Transparent mit der Aufschrift *»Schönbohm/Landowsky – Wegbereiter des Nazi-Terrors«* reizte die Gewaltmonopolträger zu einem Angriff auf zwei Demonstranten. Einer davon wurde verletzt. Ergebnis dieser Attacke ist eine Anzeige gegen beide Personen wegen *»Verunglimpfung von Verfassungsorganen«*.

Im Saal wurden derweil Diepgens Grußworte durch Transparente mit der Aufschrift *»Heuchler«* kommentiert. Eine große Zahl der eingeladenen Gäste begrüßte dies durch minutenlangen Beifall. Roman Herzog predigte Toleranz, der natürlich da Grenzen gesetzt werden müßten, wo *»Ausländer«* ihr *»Gastrecht mißbrauchten«*. Tja, klare Worte. ImmigrantInnen und Flüchtlinge sind eben doch nur Gäste, die rausfliegen, wenn sie sich nicht im Sinne der »GastgeberInnen« verhalten.

Das »Jahr gegen Rassismus« wird von den VeranstalterInnen genutzt, um das Problem des Rassismus einmal mehr auf die Ebene individueller Unzulänglichkeiten herunterzudiskutieren, auf ein Mißverständnis, das ausgeräumt werden kann, wenn die Menschen sich nur kennenlernen und verstehen. Dann, und wenn die Grenze der Zumutbarkeit des Fremden für die GastgeberInnen nicht überschritten wird, werden wir alle *»Miteinander leben in Europa«*. Entsprechend wird im »Strategiepapier« der Berliner Ausländerbeauftragten mit absurden Formulierungen gleich der Begriff Rassismus wegdefiniert: *»Problematisch ist in Deutschland die negative Besetzung und teilweise Tabuisierung des Begriffs 'Rassismus' als Folge des Nationalsozialismus. Die heute bei uns bevorzugten Begriffe 'Diskriminierung' und 'Fremdenfeindlichkeit' sind zudem präziser. Rassismus ist eine Spielart der Fremdenfeindlichkeit, jedoch nicht umgekehrt.«* Größerer Unsinn wurde selbst hierzulande innerhalb der Rassismusdiskussion noch nicht zu Papier gebracht, oder wie sollen wir uns eine positive *»Besetzung des Begriffs Rassismus«* vorstellen?

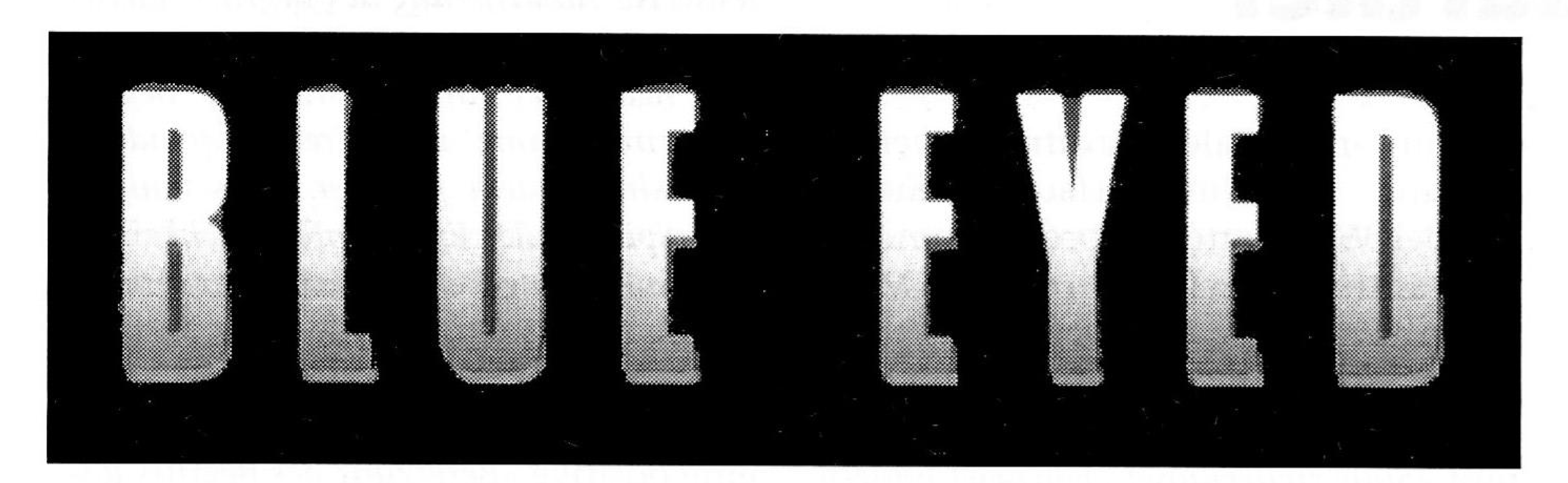
Bestenfalls gibt es in diesem Jahr die Chance, daß selbst den letzten LichterkettengängerInnen klar werden



könnte, daß auch dieses Jahr ein Jahr der SchreibtischtäterInnen sein wird. Multikultureller Zauber und Predigten über mehr Toleranz und gegen »Vorurteile« werden schon jetzt von immer größeren Gruppen von ImmigrantInnen und Flüchtlingen nicht mehr als Politik akzeptiert. Das läßt auf neue BündnispartnerInnen hoffen. ■

Antirassistische Initiative Berlin

Zur Auseinandersetzung mit einem undogmatischen Antirassismus-Training



Kansas, USA, 1996: Ungefähr 40 Menschen haben sich zu einem antirassistischen Workshop angemeldet, die Hälfte von ihnen, in der Mehrzahl Frauen und Personen mit schwarzer Hautfarbe, sitzt im Halbkreis um die Workshop-Leiterin Jane Elliott. Die ehemalige Lehrerin beginnt zu erzählen, wie die Menschen vor vielen tausend Jahren von Süden nach Norden zogen. Ihre ursprünglich dunkle Haut wurde immer blasser, da der Körper weniger Melanin zu produzieren brauchte, um sich vor der Sonne schützen. Auch die Augenfarbe, die ebenfalls vom Melaningehalt bestimmt wird, wandelte sich von braun ins Bläuliche, wodurch die Augen die UV-Strahlung schlechter reflektieren konnten. Die Folge war, daß die Strahlen ins Gehirn dringen und dieses schädigen konnten. Dies – so Jane Elliott – sei der Grund, warum Blauäugige weniger klug seien als Personen mit brauner Augenfarbe. Dem amüsanten Gelächter im Publikum steht Jane Elliott scheinbar verständnislos gegenüber, denn: es sei doch wohl keineswegs lächerlicher, einen Menschen nach dem Melaningehalt seiner Augen als nach dem Melaningehalt seiner Haut zu beurteilen. Dem allerdings kann niemand widersprechen.

Als nächstes erklärt Jane Elliott die Spielregeln. »*Schauen Sie die Blauäugigen nicht an, außer stirnrunzelnd oder höhnisch*« und »*es ist in Ordnung, wenn Sie sie auslachen, aber lachen Sie nicht mit ihnen*«. Im Klartext: behandelt sie einfach so, wie die Gesellschaft Frauen, Menschen mit nichtweißer Hautfarbe, Schwule, Lesben und Behinderte behandelt – nicht mehr und nicht weniger.

Die Menschen im Raum erklären sich dazu bereit, sie werden für die nächsten zwei Stunden die überlegene »Rasse« der Braunäugigen sein.

17 Blauäugige werden nun in den Raum geführt, ausschließlich Weiße und in der Mehrzahl Männer, und sie müssen mangels Stühlen zum Teil auf dem Boden Platz nehmen. Der Ton von Jane Elliott wird scharf und arrogant. Schon das Diktat ist eine mittlere Katastrophe. »*Wie viele Kommas haben Sie in ihrem Satz?*« – »*Keine.*« – »*Warum?*« – »*Weil Sie keine diktiert haben.*« – »*Sie haben doch einen Punkt gemacht, sehe ich das richtig?*« – »*Ja.*« – »*Habe ich den Punkt diktiert?*« Einzelne Blauäugige versuchen, sich zu wehren, doch Jane Elliott erweist sich als Meisterin darin, ihnen das Wort im Mund herumzudrehen. Jeder Einwand wird ins Lächerliche gezogen, zynisch, bisweilen mitleidig kommentiert und fliegt wie ein Bumerang zurück. Jane Elliott läßt nicht den geringsten Zweifel an ihrer Autorität und nutzt diese leidlich aus. Schon nach wenigen Minuten ist ein Mikrokosmos der Gesellschaft entstanden – auf der einen Seite die Selbstbewußten, die Privilegierten, auf der anderen die, denen vehement bedeutet wird, jetzt bloß keine Fehler mehr zu machen. Doch was diese auch tun, es wird negativ ausgelegt und die Blauäugigen begreifen nach und nach, daß sie bei diesem »Spiel« nicht gewinnen können. Psychische Einbrüche sind die Folge. Die einen resignieren, andere verfallen in Trotzreaktionen, vereinzelt fließen Tränen. Für Jane Elliott ein gewohntes Bild, daß »gebildete Weiße« »*nicht einmal 2 1/2 Stunden das aushalten, was von einem schwarzen Kind vom Tag seiner Geburt an erwartet wird.*« Und sie gibt zu bedenken, daß der Workshop lediglich unscharfe Vergleichsansätze mit der Realität bieten kann, denn schließlich hätten die TeilnehmerInnen keine wirkliche Bedrohung zu fürchten, »*keine Handschellen, keine Gewehre, keine Wasserwerfer, keine Gaskammern.*«

Szenen aus dem Film Blue-Eyed von Bertram Verhaag (DENKmal-Film, München, 1996), der den Brown-Eyed/Blue-Eyed Workshop dokumentiert. Jane Elliott entwickelte dieses Antirassismus-Training nach dem Tod von Martin Luther King und was sie vor 29 Jahren mit ihren Schülerinnen und Schülern begann, praktiziert sie heute mit ganzen Bankbelegschaften und Feuerwehren. Auch in Europa ist mensch darauf aufmerksam geworden. Der Film von Verhaag ist mehrfach preisgekrönt und lief bereits im deutschen Fernsehen, die niederländische Organisation MAGENTA organisierte 1996 eine mehrwöchige Bootstour, bei der 3500 Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit hatten, an dem Workshop teilzunehmen.

Vor allem in Seminaren mit Jugendlichen wird die Konsequenz dieser Ungleichbehandlung schnell deutlich. Konzentrationsschwächen und Verweigerungshaltung nehmen zu und sind direkter Ausdruck von Verunsicherung, von Streß, von Assimilierungs- und Leistungsdruck. »*Schon nach wenigen Minuten waren die Blauäugigen unfähig vier englische Sätze zu Papier zu bringen*« erzählt Jürgen Schlicher vom Informationszentrum für Rassismusforschung in Marburg, ein von Jane Elliott ausgebildeter Trainer, der an der Übertragung des Projektes ins Deutsche arbeitet und Probeworkshops mit Schulklassen in Hessen durchführt. Das Stirnrunzeln und höhnische Lachen der Braunäugigen ist auf einmal nicht mehr gespielt, die anfangs aufgebauten Klischees und Vorurteile werden scheinbar immer mehr zu Urteilen.

In der Auflösung und in der Nachbereitung des Workshops wird dieser Kreislauf thematisiert und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden mit ihrem Verhalten konfrontiert. Doch sowohl Elliott wie auch Schlicher legen Wert darauf, daß sie keine antirassistischen Orden verleihen, vielmehr soll verdeutlicht werden, welch schwieriger Prozeß es ist, sich von der eigenen Täterrolle vollends zu lösen.

Daß Diskriminierung ausschließlich anhand der westlichen Sozialisation thematisiert wird und »andere« interkulturelle Ressentiments (z.B. antisemitische Tendenzen in der Schwarzenbewegung oder die verbreitete Kurdenfeindlichkeit in der türkischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland) unerwähnt bleiben, wirkt

auf den ersten Blick einseitig und störend. Doch sind diese Hinweise in der Auseinandersetzung mit der weißen »Privilegiertenkaste« tatsächlich so relevant, zumal sie von dieser nur allzu gerne zur Relativierung herangezogen werden? Ist es nicht schon ein Ausdruck von Anmaßung, stigmatisierte Menschen beständig auf eigenes Fehlverhalten hinzuweisen und wird dadurch nicht vermittelt, diese seien unfähig, die Problematik selbst zu erkennen und anzugehen? Und weitergehend: wo wandelt sich das unbestreitbare Recht, vielmehr die Pflicht, auf Einmischung (gerade bei alltäglichen Konfliktsituationen) in rassistisch gefärbte Überheblichkeit? Auf diese Fragen kann der Workshop natürlich keine Antwort geben, er ist jedoch ein Schritt zur Sensibilisierung, die es erleichtert, die doch so wesentliche Schnittstelle zu erkennen.

Diese Sensibilisierung wollen Elliott und Schlicher über das Prinzip Selbsterfahrung erreichen. Diskriminierung soll für die greifbar gemacht werden, die sie nicht erleben und hierzu sollen die Ohnmacht und die Wut der Betroffenen für wenige Stunden in die Köpfe der Täterinnen und Täter transportiert werden. Schlicher vergleicht dies mit erlebnispädagogischen Konzepten, die z.B. in manchen sozialen Berufen gängige Praxis sind – Betreuerinnen und Betreuer von Querschnittsgelähmten verbringen einen Tag im Rollstuhl, GefängnispsychologInnen lassen sich eine Woche einsperren etc.

Anders als beispielsweise durch ellenlange Vorträge glaubt Schlicher über Selbsterfahrung den Mechanismus der Diskriminierung, Macht und den Mißbrauch von Macht im Ansatz veranschaulichen zu können und Aufsätze, die von Schülerinnen und Schülern nach dem Workshop auf freiwilliger Basis geschrieben wurden, geben ihm recht.

Doch der Workshop muß sich der Kritik stellen, ob es moralisch verantwortbar ist, eine menschenverachtende Struktur und ein menschenverachtendes Verhalten dadurch zu bekämpfen, daß man es nachstellt und simuliert. Daran anknüpfend dreht sich viel um die Frage, ob es Kindern – und sei es für einen »edlen Zweck« – psychisch zuzumuten sei, erniedrigt, gedemütigt und gegeneinander ausgespielt zu werden. Darf dies nur auf einer freiwilligen Basis geschehen, die in Schulklassen u.U. nicht gegeben ist? Welche Vorbereitung und Nachbetreuung sind hierzu notwendig?

So gerät der Workshop zwangsläufig in Konflikt mit einem progressiven Erziehungs- und Gesellschaftsideal, welches auf Aufklärung und auf ein freies, ungezwungenes Lernen setzt. Überspitzt gesagt: Mensch ist versucht anzunehmen, der Workshop könnte dieses in Frage stellen und manipulative, suggestive und in ihrer Tendenz autoritäre Lernmethoden legitimieren.

Schlicher ist sich dieses Widerspruchs durchaus bewußt, er möchte den Workshop jedoch nicht als erzieherische Maßnahme verstanden wissen, sondern vielmehr als eine Art Rollenspiel, in dem *»einem Menschen einfach mal die Gelegenheit gegeben wird, für ein paar Stunden in den Schuhen eines anderen herumzulaufen.«* Das dies für Einzelne eine schmerzhafte Erfahrung ist, ist daher unvermeidbar, weil die gesellschaftliche Realität eben so – und noch viel schmerzhafter – ist.

Sich selbst sieht er nicht als Lehrer, sondern als denjenigen, der in diesem Rollenspiel den autoritären Part übernimmt *»und ich bin froh, wenn ich nach zwei Stunden wieder normal mit den Leuten reden kann.«*

Für die KritikerInnen scheint der Begriff »Rollenspiel« indes verharmlosend; sie sehen den Workshop vielmehr als ein psychologisches Experiment, in welchem der Ansatz vertreten wird, *»selbst konstruierte Betroffenheit über eine Analyse zu stellen.«* Und darin – so ein Kritikpapier – spiegele sich die Tendenz zur *»antiaufklärerischen Derationalisierung«* einer orientierungslos gewordenen linken und emanzipatorischen Bewegung wider.

Vor einem ähnlichen Hintergrund formuliert sich der Einwand, der Workshop sei *»letzlich unpolitisch«*, da er Rassismus auf ein *»individuelles und auch individuell korrigierbares Fehlverhalten«* reduziere und *»ökonomische Interessen an Rassismus und dahintersteckende Klassenstrukturen«* ausblenden würde. Zumindest im Film entsteht der Eindruck, als würde der doch so entscheidende Zusammenhang von Rassismus, Sexismus, Imperialismus und Kapitalismus allenfalls am Rande erwähnt. Wobei mensch auch argwöhnen darf, daß Banken ihren MitarbeiterInnen dieses Training wohl kaum empfehlen würden, würde es eine grundlegende Kapitalismuskritik vertreten.

Schlicher sieht dies nicht so. Für ihn beinhaltet der Workshop eine *»Fülle von Beispielen, wann, wo und wie in der Kolonialgeschichte und der Eroberung Amerikas durch (weiße) EuropäerInnen, ebenso wie in den heutigen westlichen Gesellschaften Rassismus einerseits dazu benutzt wird, politische Herrschaft zu manifestieren, als auch individuell Macht über andere auszuüben.«*

An mehreren Stellen weist Jane Elliott darauf hin, daß dies aus rein ökonomischen Interessen geschieht, wenn sie z.B. auf die Ausbeutung von Bodenschätzen in ausgewiesenen »Indianerreservaten« hinweist.

Ob diese Hinweise ausreichend sind, bzw. von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angemessen gewertet werden, steht in Frage. Ob und wieweit über den Workshop Denkprozesse gefördert werden, die weitergehende Fragen nach politischen Zusammenhängen geradezu provozieren und logische Antworten einfor-



dern, darüber scheint jedoch kein abschließendes Urteil möglich.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Workshop sicher nicht die letzte Antwort antirassistischer Praxis ist, nur: diesen hehren Anspruch erhebt er auch gar nicht. Er ist Ansatz, der wertvolle Erkenntnisse bringt und der Beachtung verdient.

Dem Workshop ist in jedem Fall zugute zu halten, eine sehr spannende Diskussion über antirassistische Methodik und Moral ausgelöst zu haben, die unüberhörbare Parallelen beispielsweise zur Auseinandersetzung mit den Thesen der »Antinationalen« und zu Sexismusdebatten aufweist. Darüber entwickeln sich Elemente dieser Diskussion zur Frage nach dem Selbstverständnis einer linken Bewegung. ■

Bestelladresse: Der 93-minütige Video ist erhältlich über das Informationszentrum für Rassismusforschung (D.I.R), Postfach 1221, 35002 Marburg und kostet 65 DM (für Privat) bzw. 330 DM (inkl: Aufführrechte).
Weitere Informationen zum Workshop gibt es im Internet unter:
http://www.uni-marburg.de/dir

Berührungspunkte zwischen Feminismus und Faschismus

Wir dokumentieren im Folgenden eine Radio-Sendung der Fantifa, einer Gruppe von Frauen und Lesben, vom 5.August 96, leider stark gekürzt. Bei Recherchen sind sie auf Faschistinnen gestoßen, die in ihren braunen Publikationen durchaus antisexistisch und patriarchatskritisch argumentieren. Von daher stellten sich Fragen nach den Schnittpunkten von faschistischer Ideologie und Feminismus. Also was und wo sind die Einfallstore für Rassismen und Ausgrenzung? Wie muß feministische Theorie und Praxis bestimmt werden, daß es eben nicht zu Überschneidungen mit faschistischer und konservativer Ideologie kommt?

In der feministischen Theorie und Praxis lassen sich grob zwei Richtungen unterscheiden: Differenz und Gleichheit.

Die Differenztherorie besagt, Frauen und Männer seien verschieden, entweder von Geburt an oder durch Ihre Sozialisation. Frauen seien z.B. passiver und emotionaler, Männer dagegen aktiver und logischer. Egal wodurch diese geschlechtsspezifischen Unterschiede entstanden seien, sie seien auf jeden Fall nicht zu ändern. Deshalb ist es auch kein Ziel von Differenztheoretikerinnen diese Ungleichheiten aufzuheben. Im Gegenteil, die als positiv angesehenen Eigenschaften von Frauen, z.B. Fürsorglichkeit und Friedfertigkeit sollen gestärkt und in der Gesellschaft aufgewertet werden. Damit werden typische Lebensentwürfe von Frauen befürwortet wie Mutterschaft und Hausarbeit. Im Endeffekt soll eine weibliche Welt parallel zur männlichen Welt entstehen. Synonym für den Begriff Differenztheorie werden auch das Polaritätsprinzip und der dualistische Ansatz verwendet.

Die Gleichheitstheoretikerinnen sagen, daß Männer und Frauen zwar hier und heute unterschiedlich sind, es aber durch Sozialisation geworden sind. Deswegen seien die Persönlichkeitsmerkmale auch veränderbar und nicht genetisch festgelegt. Ziel ist die Aufhebung der Polarität weil die bestehenden Unterschiede von Eigenheiten und Zuständigkeiten wesentliche Gründe seien für die Ungleichberechtigung. Die angestrebte Gleichheit bedeutet nicht, daß alle Frauen und Männer gleichzumachen wären oder umgekehrt. Sie bedeutet die Gleichheit in Bezug auf Möglichkeiten und Rechte. Hier muß unterschieden werden zwischen einerseits solchen Feministinnen, die die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau innerhalb des kapitalistischen Systems anstreben. D.h. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt Hausarbeit und Erwerbsarbeit machen. Andererseits gibt es Feministinnen, die die weltweite Aufhebung aller Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse anstreben. Also die Gleichheit zwischen Männern und Frauen, ob schwarz oder weiß, im Endeffekt die Gleichberechtigung aller Menschen. Synonym mit dem Begriff Gleichheitsprinzip werden hier der egalitäre Ansatz oder Egalitätstheorie verwendet.

Diana: Wir haben uns der Fragestellung zugewandt, wie eine feministische Bewegung aussehen muß, wenn sie denn resistent gegenüber neofaschistischer Bestrebungen sein möchte. Da ist es sinnvoll, etwas in die Geschichte zurüchzuschauen, bspw. gab es im deutschen Faschismus auch eine feministische Bewegung, die sich sowohl als Feministinnen als auch als Faschistinnen verstanden haben. Sie hatten eine egalitäre Geschlechterkonzeption. Heute gibt es in er Neuen Rechten Bestrebungen, daß wieder feministische Strömugnen aufgegriffen werden, es sind vorwiegend Feministinnen, die einen Differenzansatz vertreten. Man erkennt daran, daß beide Ansätze von faschistischen Bewegungen vereinahmt werden können.

Silke: Wo sind die Schnittpunkte, wo kann es gefährlich werden mit diesen beiden Ansätzen in Bezug auf den Faschismus?

Diana: Grob gesagt kann man formulieren, daß die bürgerliche Frauenbewegung fest auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stand, wärend die proletarische Frauenbewegung im Prinzip eher den Egalitätsansatz vertritt, der die Frauenbefreiung erst im Sozialismus für möglich hielt. Im Gegensatz dazu die bürgerlichen Frauen die den Differenzansatz vertraten, mit Kriegsbegeisterung in den II. Weltkreig hineinstürzten und den Nationalen Fraudiest aufbauten. Diese Linie kann man weiterziehen bis hin zum Faschismus, es gab sehr viele Affinitäten zwischen dem Nationalsozialismus und den bürgerlichen Frauen z.B. die Glorifizierung der Mütterlichkeit. Der Differenzansatz hat die bürgerliche Frauenbewegung nicht davor geschützt, sich gegen den deutschen Faschismus zu wehren. Im Gegenteil, die Affinitäten haben dazu geführt, daß die bürgerliche Frauenbewegung sich weitgehend in den NS-Staat hat eingliedern lassen.

Silke: Wo würdest Du in der heutigen Zeit Parallelen sehen oder Einfallschneisen für faschistische Ideologien in die feministische Bewegung.

Diana: Im Moment, also seit den 80ern wird wieder verstärkt der Differenzansatz diskutiert, ich selbst bin auf jeden Fall eine Anhängerin des Egalitätsprinzips und kann sehr wenig mit diesem Differenzansatz anfangen. Dieser Ansatz wird auch verstärkt von der Neuen Rechten benutzt, um eben Feministinnen, die das nicht durchschauen, zu benutzen.

Silke: Vorhin wurde gesagt, daß Ihr euch damit beschäftigt habt, welche Kriterien an eine feministische Bewegung anzusetzen sind, die resistent gegen faschistische Unterwanderung oder Parallelen zu faschistischen Stömungen sein sollen.

Diana: Auf jeden Fall reicht die Geschlechterkonzeption nicht aus. Dadurch, daß es im Faschismus eine feministische Bewegung gegeben hat, die den Egalitätsansatz vertreten hat, sieht man, daß es nicht ausreicht, ein egalitäres Geschlechterverständnis zu haben, sondern es muß noch ein bißchen mehr dazukommen.

Anne: Ich habe versucht, herauszufinden ob das Denken so neu ist, da man ja von Neo-Faschismus spricht oder ob es Kontinuitäten gibt seit der Zeit des Faschismus. Innerhalb der Neuen Rechten tritt ein Frau, nämlich Sigrid Hunke deswegen so hervor weil sie eine egalitäre Geschlechterkonzeption mit faschistischen Vorstellungen verknüpft. In der Zeit des Faschismus gab es ein Pendant, nämlich Sophie Rogge Börner, die genauso verfahren ist. Sophie Rogge Börner hat eine Zeitschrift herausgegeben die heiß die Deutsche Kämpferin. Diese Gruppierung ist im II. Weltkrieg im Zuge der nationalen Kriegsbegeisterung entstanden. Diese Frauen nannten sich völkische Feministinnen bzw. Nationalfeministinnen. Sie zeichneten sich dadurch aus, daß sie eine radikal egalitäre Geschlechterkonzeption verbanden mit einer elitären Staatskonzeption. Forderungen waren z.B. auf dem Arbeitsmarkt gleiche Chancen für Frauen, daß Männer verstärkt zu Hausarbeit, im Zweifelsfalle gezwungen werden können. Da zeigte sich das egalitäre Moment. Die völkische Konzeption wurde dadurch artikuliert, daß in der Verarbeitung des I. Weltkrieges in der *„Schande von Versailles,"* Deutschland ein Anrecht hat auf die wegegnommen Gebiete. Sie haben sich sehr deutlich rassistisch gezeigt, indem sie zum einen die Schwarzen Soldaten, die im Rheinland stationiert waren als Untermenschen bezeichnet haben, vor einer Durchrassung der deutschen Art gewarnt haben. Sie haben sozial-darwinistische Vorstellungen, d.h. wer nicht arbeitet soll auch nicht essen, es soll überhaupt keine rechtliche Absicherung für schwache und kranke Menschen geben. Sie vertraten die

in der Weimarer Republick sehr populären eugenischen Vorstellungen, wie Zwangssterilisation von Behinderten. Es wurde sehr begrüßt, daß diese Vorstellungen im Nationalsozialismus tatsächlich realisiert wurden.

Silke: Kannst Du noch was zur aktuellen Situation sagen, du hast dich ja mit Hunke beschäftigt, die auch heute noch aktiv ist.

Anne: Dazu muß man sagen, daß diese Entwicklung von alter Rechter zu Neuer Rechter sehr fließend ist und daß es auch zu personellen Überschneidungen kommt. Das macht sich fest an verschiedenen rassistischen Altertumforschern, die wärend der NS-Zeit zusammen mit Sophie Rogge Börner gearbeitet haben. Später gab es dann Kontakt zu Sigrid Hunke. Ob die beiden Frauen sich gekannt haben weiß ich nicht, will ich aber nicht ausschließen. Sigrid Hunke hat dann nach 1945 eine steile Karriere gemacht. Sie war sehr angesehen und fährt halt eine Doppelstrategie. Zum einen eine anerkannte Wissenschaftlerein, zum anderen publiziert sie in deutlich rechtsextemen Zeitschriften wie ELEMENTE. Sie hat dort ähnlich völkische Vorstellungen geäußert, sie ist eindeutig rassistisch und antisemitsich in ihrer Argumentation. Hat dort die gleiche egalitäre Geschlechterkonzeption wie Rogge Börner und die Deutschen Kämpferinnen sie auch vertreten haben. Das zeigt für mich zum einen, daß die Geschlechterkonzeption nicht ausreicht für eine feministische Arbeit und es wird deutlich, daß das Frauenbild und die Geschlechterkonzeption in der rechten Bewegung nicht eindeutig geklärt sein muß.

Silke: Wie breit würdest Du diese Bewegung einschätzen um Hunke und Rogge Börner, was für eine Bedeutung nehmen sie in der rechten Frauenbewegung ein? Wird an sie der Vorwurf gerichtet, daß sie eine elitäre Auffassung haben?

Anne: Heute ist es so, daß Hunke die einzige mir bekannte Ideologin ist die solche Theorien vertritt, aber es gibt innerhalb der Neofaschistinnen Tendenzen, die Gleichberechtigung wollen, z.B. an Straßenschlachten teilnehmen. Die Zeitschrift die sie herausgeben heißt die KAMPFGEFÄHRTIN, eine sehr deutliche Verbindung. Wie groß diese Bewegung ist, kan ich nicht einschätzen.

Silke: Was verstehen wir eigentlich unter dem Begriff Feminismus? Meine Meinung wäre, daß sich Frauen wie Hunke oder Rogge Börner, oder überhaupt Frauen im rechten Bereich nicht als Feministinnen bezeichen würde. Das schließt sich für mich aus.

Anne: Ich würde sagen, daß ich ganz allgemein als Femistinnen alle Frauen bezeichen würde, die sich für die rechtliche Gleichstellung von Frauen un Männern einsetzen und die Verbesserung von Frauenrechten. Daß dies ein gemeinsames verbindendes Element ist. Die Geschichte der Frauenbewegung hat gezeigt, daß es nicht mehr ist. Dann dürfte man auch Frauen aus der alten Frauenbewegung, die sich wunderbar im Faschismus eingegliedert haben, nicht mehr als Feministinnen bezeichnen, wie auch den ganzen gemäßigten Flügel der alten Frauenbewegung. Frau kann sich halt bestimmte Elemente rauspicken aus den unterschiedlichen feministischen Theoriebüchern, die ja auch in ihrer Richtung nicht einheitlich sind. Sich auf Auschnitte daraus berufen und sich auf eine begrenzte Gruppe beziehen. Im Faschismus Arierinnen, oder nur für deutsche oder weiße Frauen. Ich denke auch, daß der feststellbare Ethnozentrismus in der Frauenbewegung heute, daß halt bestimmte Forderungen nur Gültigkeit hatten und haben für die weiße Mittelstandsfeministin. Daß der Feminismusbegriff nicht so deutlich abgegrenzt ist, daß man sagen kann, daß es sich ausschließt.

Diana: Ich würde dem schon entgegesetzen, daß es in der alten und auch in der neuen Frauenbewegung schon immer verschiedene Strömungen gab. Ein Menge Strömungen finde ich stark auseinandersetzungsbedürftig. Auch die Kritik von schwarzen Frauen zum Ethnozentrismus der weißen Frauen war nötig. Trotzdem gab es immer Feministinnen die den Begriff gefüllt haben, mit einem internationalistischen Anspruch, mit einem der nicht nur für weiße Mittelschichtsfrauen gilt, sondern für alle Frauen gilt, eine Befreiung von allen Unterdrückungsformen. Das möchte ich in feministische Theorie und Praxis einbeziehen. Das wäre mein Anspruch an Feminismus. Weil ich das für mich in Anspuch nehme, möchte ich das anderen absprechen, die das nicht mit einbeziehen. Deshalb würde ich sagen es gibt keine rechten Feministinnen.

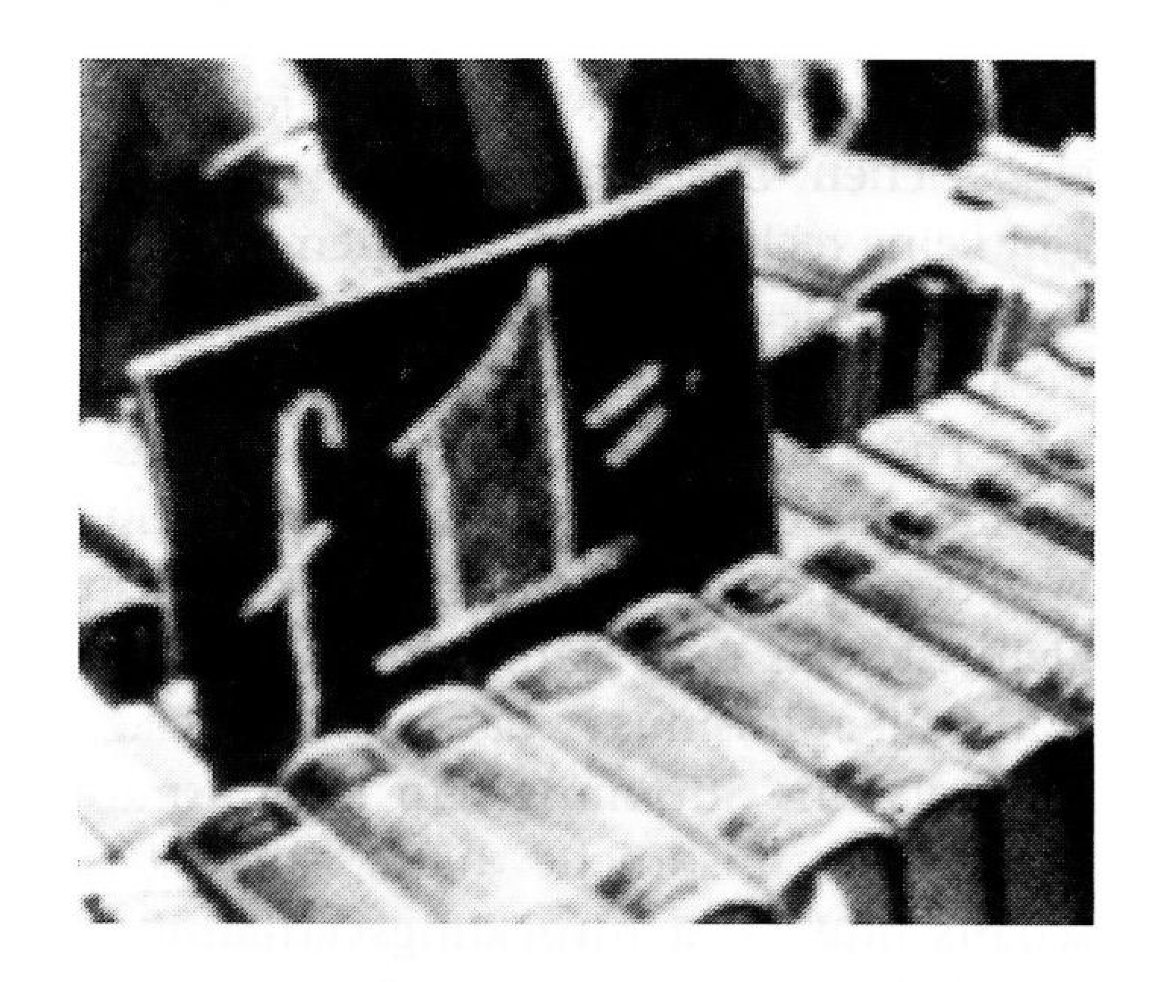
Silke: Dem würde ich nicht zustimmen, Tatsache ist doch, daß die feministische Theorie noch sehr viele Schwachstellen hat, daß es sich eben nicht ausschließt. Weil der kleinste gemeinsamme Nenner so klein ist, daß man dann eben auch den Nationalfeminismus darunter packen kann als eine Strömung. Ein Feminismus der solche Ansprüche hätte, alle Herschafts–und Unterdrückungsverhältnisse aufzuheben, das ist eine feministische Theorie die erst noch entwickelt werden muß.

Wir wollen die Ergebnisse noch mal zusammenfassen und vor allem schauen, was da für eine polititische Praxis herumgekommen ist. Zum einen vertreten Faschistinnen durchaus progressive Frauenbilder, die oft antisexistisch sind und Geschlechterkonzeptionen die sich mit denen von Feministinnen auch überschneiden. Es kommt nicht nur aufs Frauenbild an, sondern auch aufs Menschenbild.



Frauenblock bei dem Aufmarsch in München am 1.3.97

Unsere feministische Theorie und Praxis muß gefüllt und konkretisiert werden. Sie muß sich gegen alle Formen von Unterdrückung wenden und – ganz wichtig – sie muß einen internationalistischen Anspruch haben. Es geht nicht nur um Gleichberechtigung mit Männern innerhalb des patriarchalen Systems, sondern wir wollen die gesellschaftlichen Strukturen grundsätzlicher angreifen. Wenn alle diese Ansprüche im Begriff enthalten sind, wird eigentlich ausgeschlossen, daß sich im Feminismus Einfallstore für rassistisches und elitäres Gedankengut finden können. Vor allem im esoterischen und spiritistischen Bereich ist so was immer etwas gefährlich. ■



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Klemperer, Victor: »Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941«. Hg. v. Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Aufbau Verlag, Berlin 1995, 2. Bde., 928 S., 98,- DM.

Bekannt wurde Klemperer durch seine Studie über die Sprache des Nationalsozialismus, die 1946 erstmals unter dem Titel »LTI. Notizbuch eines Philologen« erschien und seitdem immer wieder aufgelegt wurde. LTI steht dabei für »lingua tertii imperii«, lat.: die Sprache des Dritten Reiches.

Klemperer, Jahrgang 1881, löst sich vom chassidischen Judentum, nimmt am Ersten Weltkrieg teil und wird 1920 Professor für neue Philologie an der TH Dresden. Mit dem Machtantritt des NS verschlechtert sich seine Situation als deutscher Jude zusehends. In seinen Tagebüchern verzeichnet er die Auswirkungen des NS für sein persönliches Leben, die mit dem Ausschluß aus Prüfungskommissionen beginnen und zum Entzug der Professur führen.

Vor allem aber beschreibt er den persönlichen und gesellschaftlichen Alltag im nationalsozialistischen Deutschland. Erstaunlich schnell erkennt er den NS nach dem 30. Januar 1933 als gefestigt. Dennoch schwankt er zwischen Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch des Regimes und totaler Verzweiflung.

Zudem gerät er ins Wechselbad der Identitäten: Durch die »Nürnberger Gesetze« als »fremdrassig« definiert, ausgegrenzt und bedrängt, bekennt er sich im Tagebuch politisch und kulturell immer wieder zum »Deutschtum«. In den Jahren 1933-35 setzt Klemperer seine Hoffnungen auf die Deutschnationalen. Wirkliche politische Einschätzungen sind selten, tauchen als Kommentare zum Geschehen nebenher auf. So auch die Gleichsetzung von NS und Bolschewismus.

Dem Tagebuch vertraut Klemperer den Prozeß der Vereinsamung an. In sprachlicher Perfektion hält er die großen und kleinen Schritte der Ausgrenzung fest und notiert das ambivalent-distanzierte Verhalten der Bevölkerung ihm gegenüber. Gegenargumente zur Goldhagen-These, wie sie die FAZ in ihrem Feuilleton behauptet, finden sich im Gesamtkontext der Eintragungen Klemperers indessen nicht. Zwar wird er auch als »Sternträger« noch gegrüßt, doch mit zunehmender Bitterkeit registriert Klemperer, wie eng Schweigen und Angst mit Fanatismus und naiver Begeisterung im Nazireich einhergehen.

Im Tagebuch beginnen Klemperers Notizen zur Sprache des NS, die er mit dem Kürzel »LTI« umschreibt. 1946 erinnert er: *»Mein Tagebuch war in diesen Jahren immer wieder meine Balancierstange, ohne die ich hundertmal abgestürzt wäre«*. Er kommentiert und analysiert die Alltagssprache, Reden von Hitler im Radio, Zeitungsartikel. Und immer wieder reflektiert er aus Begegnungen über das Massenbewußtsein der NS-Zeit. Aus diesen Notizen entsteht sein vormals bekanntestes Werk, die LTI.

Klemperers Frau, die ihm über die Verfolgung die Treue hält, gilt als »Arierin«. Damit ist Klemperer gegenüber anderen Juden und Jüdinnen zunächst privilegiert, was ihm lange vor der Deportation und »Vernichtung« bewahrt. Später rettet ihn nur der Zufall. Zur Auswanderung hat Klemperer, der sich als Deutscher fühlte und sah, erst den Mut gefunden, als dieser Weg bereits versperrt war. Das Paar überlebt mit Glück und Geschick.

Zusammen mit den Tagebüchern der Weimarer Zeit und den Eintragungen aus der Zeit unmittelbar nach der Befreiung, die der Aufbau-Verlag nun ebenfalls veröffentlicht hat, zusammen mit dem »Curriculum vitae«, den literarisch verarbeiteten Lebenserinnerungen, und mit der politisch-philologischen LTI ergibt sich ein interessanter Einblick in den widersprüchlichen Lebensweg eines deutschen und deutsch-nationalen Juden im 20. Jahrhundert. Die hier besprochenen Bände sind besonders wichtig, weil sie ein Bild von der alltäglichen Ausgrenzungserfahrung eines Juden im nationalsozialistischen Deutschland vermitteln.

Mecklenburg, Jens (Hg.): »Handbuch Deutscher Rechtsextremismus«. Elefanten Press, Berlin 1996, 1060 S., 68 DM.

Das Herzstück der Antifa Edition von Jens Mecklenburg bei Elefanten Press gliedert sich ähnlich wie der AntifaReader, ist jedoch wesentlich ausführlicher und tiefgehender. Im Grundlagenteil beschäftigen sich Autoren wie Reinhard Kühnl, Ralph Giordano und Markus Birzer mit Themen, die notwendig sind, um ein grundsätzliches Verständnis des Neofaschismus in der BRD zu ermöglichen. Dabei geht es u.a. um die Nachkriegsgeschichte der BRD, Faschismustheorien, Definitionen, gesellschaftliche und ideologische Grundlagen. Auch wenn einige der Beiträge bereits anderweitig erschienen sind, tut dies ihrer weitgehend hohen Qualität keinen Abbruch. Lediglich der Teil zu Definitionsmerkmalen und Erklärungsansätzen scheint etwas kurz geraten, und der Autor hat sich offensichtlich bei ähnlichen Beiträgen in anderen Werken bedient. Insgesamt bietet dieser Abschnitt einen hervorragenden Überblick über die behandelten Themen, begibt sich aber nicht in deren Tiefen.

Den zweiten Teil bildet ein von Mitarbeitern des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums Berlin erstelltes Lexikon, in dem auf über 400 Seiten Organisationen, Medien und Personen dargestellt und beleuchtet werden. Das Lexikon bietet einen schnellen, jedoch keineswegs oberflächlichen Überblick über Personen und Institutionen der extremen Rechten in der BRD seit ihrer Gründung. Die Übersichtlichkeit wird unter anderem dadurch gesichert, daß die einzelnen Eintragungen gleich strukturiert sind; neben gewissen Eckdaten ist jede Beschreibung aufgeteilt in Stichworte wie Aktivitäten, Bedeutung, Periodika etc. Schade und ärgerlich ist, daß dieser Hauptteil des Buches, der auch am interessantesten ist und wegem dem man das Buch immer wieder zur Hand nimmt, nicht seiner Qualität entsprechend präsentiert wird. Immerhin handelt es sich um das seit geraumer Zeit umfassendste Nachschlagewerk zum Thema.

Den dritten Teil bilden die 22 sogenannten Vertiefungen, in denen diverse Autoren, unter anderem Gessenharter/Fröchling, Maler, Siegler, Speit, Wetzel, Fantifa Marburg, Wiedemann, Jelpke und Maegerle, verschiedene Aspekte des Themas extreme Rechte eingehender behandeln. Hier sind Beiträge zu finden über die Briefbombenwelle, NS-Nachkriegsnetze, rechte Wirtschaftskonzepte, Antisemitismus, Kameradinnen, Burschenschaften, Vertriebene und anderes mehr. Die Qualität der Beiträge variiert zum Teil, ist jedoch insgesamt gut.

Im Anhang finden sich neben einer Chronologie und den gängigen Registern auch ein Verzeichnis antifaschistischer Medien und Institutionen. Die Autorenschaft des Werkes ist, wie bereits beim AntifaReader, eine Mischung aus aktiven Antifas, Journalisten, Wissenschaftlern und anderen beruflich mit dem Thema befassten Menschen.

Dem Lektorat muß man leider die Prädikate oberflächlich und schlampig verleihen: immer wieder finden sich vor allem fachliche Fehler. So heißt die SrA beispielsweise an einer Stelle Arbeiterpartei, in einem anderen Beitrag Arbeiterfront, wie es richtig ist.

Ebenfalls ärgerlich sowie Anspruch und Preis des Buches nicht entsprechend ist die Aufmachung und Herstellungsqualität des Buches. Der langweilige Umschlag wäre zu verschmerzen, jedoch läßt auch Druck- und Papierqualität zu wünschen übrig. Hinzu kommt die schlechte Bindung. Wenn man das Buch zum wiederholten Male in die Hand nimmt, bekommt bereits Angst, zum Klebeband greifen zu müssen.

Bleibt zu hoffen, daß bald eine Taschenbuchausgabe erscheint, in der die genannten Mängel beseitigt sind. Bis dahin sind Leute, die nicht sehr intensiv am Thema interessiert sind, mit dem kleineren AntifaReader ganz gut beraten. Für Leute mit dem nötigen Kleingeld und Interesse am Thema lohnt sich das Handbuch trotz seiner Mängel und Fehler schon alleine wegen des Lexikons.

Pfeiffer, Thomas: »Rechtsextremisten auf dem Datenhighway«. Hg.: Antifa Dortmund-Nord. Selbstverlag, Dortmund 1996, 52 S., 5 DM.

Mit der wachsenden Popularität des Internets häufen sich die Veröffentlichungen über die weltweite Vernetzung Rechtsextremer. Beschäftigten sich diese zumeist nur oberflächlich mit der Entstehungsgeschichte und Konzeption solcher Kommunikationsstrukturen, erschien vor ein paar Monaten eine sehr umfassende Broschüre. Der Autor legte den Schwerpunkt seiner Analyse auf die zur Zeit wichtigsten Angebote rechtsextremer Sysops (Systemoperator): die Stormfront Homepage des Neonazis Don Black und den Mailbox-Verbund Thule-Netz. Als Einleitung wird mensch ein guter geschichtlicher Überblick des technischen Fortschritts der rechten Szene gegeben, angefangen von einfachen Mailboxnetzen (z.B. das »Aryan Nations Liberty Net«

des Klu Klux Klans im Jahre 1983) und C64-Computerspielen (»Anti-Türken Test« etc.) bis hin zu professionellen Internet Hompages. Gleichzeitig wird ein Überblick über die Enstehung neuer Organisationstaktiken, wie das Konzept der befreiten Zonen oder die Zellenstruktur militanter Nazis vermittelt.

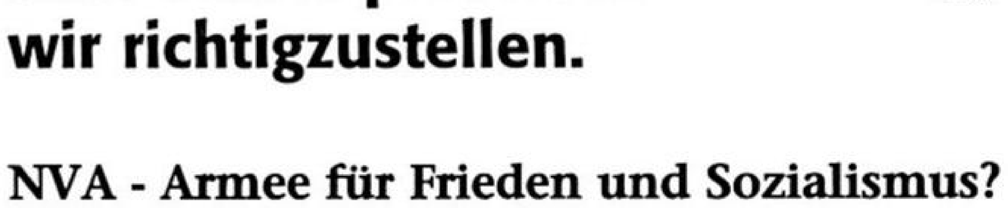
Pfeiffer belegt diese Konzepte an deutschen, wie auch an amerikanischen Quellen. Sein Augenmerk liegt dabei auf den strategischen Überlegungen des Thule-Netzes, durch welches seit mehreren Jahren versucht wird, eine befreite Kommunikationsplattform zu etablieren, und den damit verbunden internen Diskussionen. So spaltet sich die rechte Dfü-Szene (Datenfernübertragung) an der Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Sieht der eine Flügel die Aufgabe von Vernetzung in der größeren Möglichkeit von Rekrutierungs- und Öffentlichkeitsarbeit, streben andere nach einer abgeschlossenen Netzgemeinschaft. So sind auch die unterschiedlichen Aufnahmeverfahren bei den einzelnen Mailboxen zu verstehen.Neben der theoretischen Befassung bietet die Broschüre einen detaillierten Bericht über den Aufbau des Netzwerkverbundes und der einzelnen Boxen. Weiterhin analysiert Pfeiffer die Netzwerkgemeinschaft und deren Mitglieder. So zeigt er detaillierte Verbindungen zwischen militanten Gruppen bis hin zum braunen Rand auf und benennt die wichtigsten Führungspersonen. Durch die Aufteilung der Analyse in feste Themenbereiche (Sprache, Anti-Antifa, Revisionismus, etc.) wird die themenbezogene Arbeit erleichtert und die Broschüre strukturiert. Nach der Betrachtung des Thule-Netzes widmet der Autor sich der Stormfront-Homepage. Er geht dabei nach der gleichen Analysierungsstruktur wie im vorherigen Teil vor, was der Übersichtlichkeit sehr zu gute kommt. Pfeiffer beschränkt sich jedoch nicht auf die Stormfrontseiten allein, sondern gibt einen guten Überblick über die weit zerstreute US-Internet-Szene, deren Geschichte und deren führenden Kader. Der letzte Teil der Broschüre behandelt die Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen. Jeder Abschnitt endet mit einem Fazit des Autors, daß in der Endfrage: »Was nützt der Rechner den Rechten?« nochmals aufgegriffen wird. Die Broschüre bietet im Gesamten einen guten Einstieg in den Themenbereich Internet. Ihr absoluter Vorteil liegt in der einfachen Schreibweise und dem verständniserleichternden Glossar im Anhang. Ein Kritikpunkt ist die im Fazit geäußerte Ansicht, antifaschistische Arbeit gegen rechtsextreme Netze sei alleine dem Staat zu überlassen. Nichts ist perfekt, Netze haben Lücken!

Bestelladresse:
Antifa Dortmund-Nord
c\o Taranta Babu
Humboldstr. 44
44137 Dortmund
e-mail: Antifa-Do.Nord @anarch.free.de
ISBN 3-928970-06-2

LeserInnen-briefe



Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.



NVA - Armee für Frieden und Sozialismus? (AIB Nr.36, S.38 f)

[Der] Artikel [stellt] die Nationale Volksarmee der DDR in eine Traditionslinie mit der Nazi-Wehrmacht. Ich finde es äußerst undurchdacht, in Zeiten, in denen von herrschender Seite auf alles eingeschlagen wird, das in irgendeiner Form links ist; auf alles, das mit der DDR in Verbindung zu bringen ist (...) nun auch von links die Attacke gegen die DDR und ihre Organe zu starten. Man wird mir entgegnen, daß wir die Wahrheit nicht aus taktischen Gründen verschweigen dürften. D'accord. Dennoch muß nach dem Zweck eines solchen Artikels gefragt werden. Und nach seiner Fundierung (...)

Es ist allgemein bekannt, daß in der NVA militaristische Gepflogenheiten zumindest auf der symbolischen Ebene fleißig gepflegt wurden. Das hat in Vorwendezeiten Linke, die mit der DDR solidarisch waren, immer wieder in Argumentationsnöte gebracht, wir haben es oft als sehr unangenehm empfunden. Auch die permanente positive Bezugnahme auf die Nation ist längst bekannt, das soldatische Liedgut, der Name der Armee, die Fahnenkulte belegen es.

Nun kommt jemand daher, der im AIB beweisen will, daß die NVA sich auch mit dem Bösen schlechthin eingelassen hat. Die Konsequenz ist dann schön einfach: Die NVA ist böse, wir brauchen (...) nicht gucken, welche fortschrittliche Aufgabe sie in der Systemkonfrontation bis 1989 gespielt hat, wie sie zur Friedenssicherung beigetragen hat (...)

In einem Kasten mit der Überschrift »Einige Beispiele der Kontinuität zwischen Wehrmacht und NVA« sollte man nun die offensichtlichsten und übelsten Fälle von Kontinuitäten erwarten können (...) Und was finden wir? Einen Hauptmann, einen Oberleutnant, einen Major. Weiterhin ein Ehrenmitglied des Volksgerichtshofes und General, einen Generalmajor und einen Generalleutnant. Sechs Herren, von denen wir nur ihre Wehrmachtsvergangenheit sowie ihre Posten in der NVA erfahren. Die ersten drei sind jedoch Fische, wie man sie sich kleiner nicht vorstellen kann! Bitteschön: In einer Armee mit zeitweise über 6 Mio. Soldaten unter Waffen, was ist da ein Hauptmann? Er befiehlt vielleicht über einen Zug von 60-100 Mann. Ein Nichts. Ein Oberleutnant ist ein Nichts mit etwas anderer Schulterklappe, und ein Major? Er bringt den Generalen den Tee - wenn er nicht gerade mit der praktischen Durchführung des Völkermordes beschäftigt ist. War er das? Wir lesen nur über Dienstränge, nichts über Taten, nichts darüber, wieso sie dazu kamen, im Dienst der NVA stehen zu können; aber doch, einen kleinen Hinweis erhalten wir, in einem Nebensatz: »Möglich wurden solche Karrieren durch Mitgliedschaft im Bund Deutscher Offiziere und im Nationalkommitee Freies Deutschland«. Es klingt geradezu, als seien diese Organisationen nur gegründet worden, um Nazisoldaten diese Karrieren zu ermöglichen.

Die anderen drei Militärs haben qua Dienstgrad alles Vertrauen verspielt, sie waren Organisatoren der Tötungsmaschine mit dem defensiven Namen »Wehr«macht.

Ist das alles, was gegen die NVA aufzubieten ist? Nein, es gibt noch ein paar Zitate, die beweisen, daß es Nationalisten in der NVA an führender Stelle gegeben hat. Leider sagt das alles nicht viel über die militärische, politische und strategische Realität aus - würde sie untersucht, kämen NVA und DDR wesentlich besser weg.

Wer keine Ahnung von militärischen Dienstgraden und militärischer Organisation hat, sollte besser nicht versuchen, damit zu argumentieren, besonders nicht, wenn es sich um ein solch sensibles Thema handelt. Außerdem müssen sich die Schreiber die Frage gefallen lassen, was sie eigentlich mit ihrem Artikel bezwecken, was sie beweisen wollen...

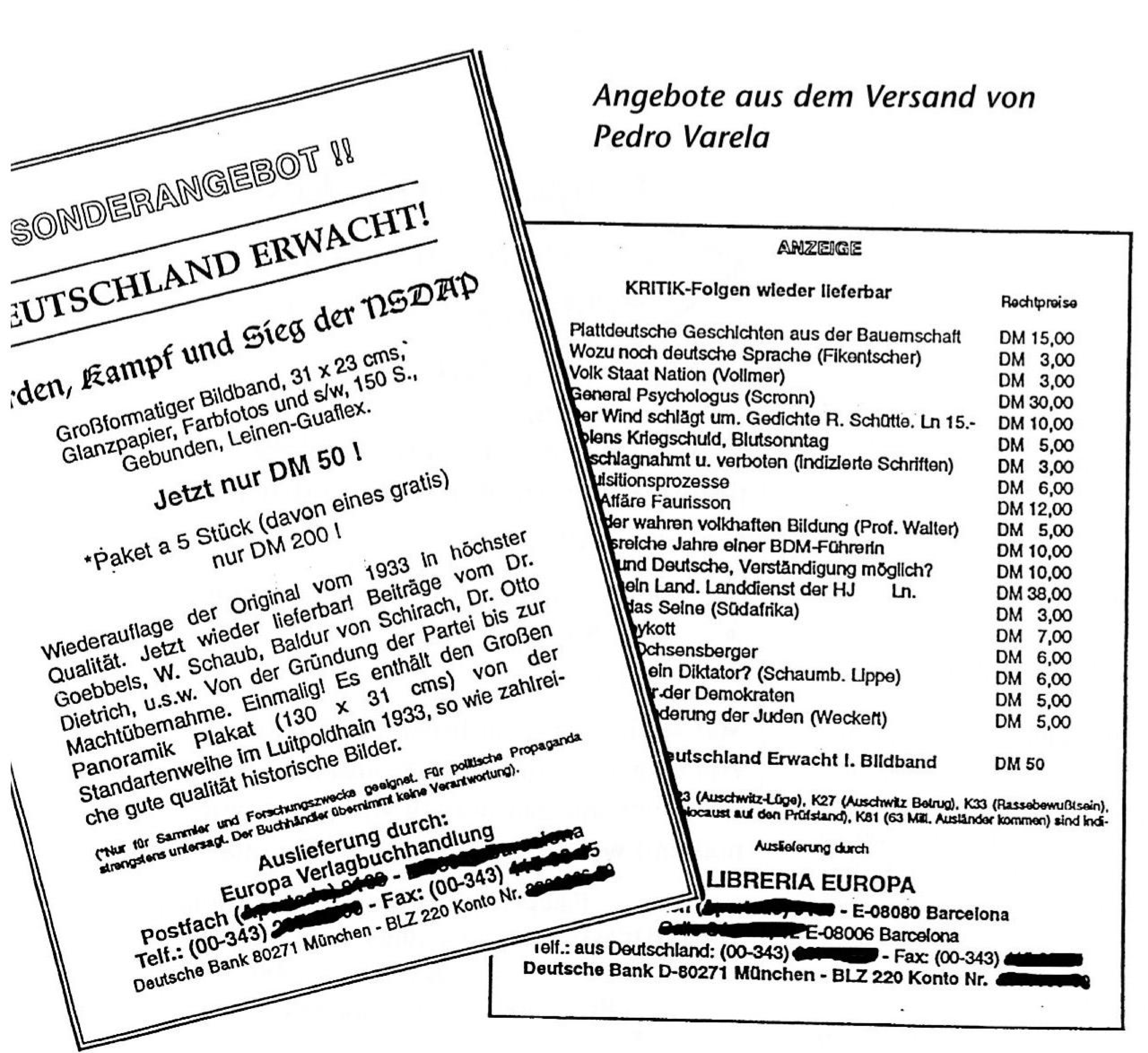
[Anm. d. Red.: BDO und NKFD waren Organisationen deutscher Offiziere und Soldaten im Zweiten Weltkrieg, zumeist in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, die für eine Beendigung der deutschen Aggression eintraten und die Soldaten zur Desertation aufriefen.]

Schlag gegen internationalen Nazi-Versand in Spanien

Spanien galt in rechtsextremen Kreisen bisher als Rückzugsgebiet. Der Vertrieb von faschistischer Propaganda oder Nazi-Utensilien in andere Staaten war dort lange völlig legal, doch seit Mai 1996 hat die Regierung dem einen Gesetzesriegel vorgeschoben. Mitte Dezember letzten Jahres führten spanische Behörden dann erstmals einen Schlag gegen einen rechten Versandhandel durch, der von Barcelona aus Nazis in vielen Ländern mit Propagandamaterial versorgte.

In den Morgenstunden des 12. Dezember 1996 wurde in Barcelona die Buchhandlung »EUROPA« im Stadtteil Gràcia Ziel einer Durchsuchungsaktion der katalanischen Polizei »MOSSOS D`ESQUADRA«. Zivilbeamte hatten den von spanischen Fascho-Aktivisten PEDRO VARELA betriebenen Laden bereits drei Monate zuvor heimgesucht und eine Anzahl von Büchern mitgenommen, um sie auf nazi-verherrlichende oder Holocaust-leugnende Inhalte zu durchforsten. Anhand dieser Stichprobe ordnete die katalanische Justiz den polizeilichen Schlag gegen die »LIBRERÍA EUROPA« an, in dessen Verlauf rund 7.000 Bücher in spanischer, deutscher und englischer Sprache, 400 Plakate, 80 Videokassetten und 36 Tonbänder, Kataloge, Aufnäher und Krawattennadeln sowie Fahnen mit Haken-, Keltenkreuzen oder Symbolen des franquistischen Spaniens mitnahm. Ebenfalls durchsucht wurde die Privatwohnung Varelas, wo die »Mossos d'Esquadra« umfangreiches Adressenmaterial *»sichergestellte«*, darunter viele Versandkunden aus Deutschland und Österreich.

Varela, am 12.Dezember zunächst festgenommen, tags darauf aber gegen eine Kaution von 200.000 Pesetas (umgerechnet knapp 2400 Mark) entlassen, wird sich nun voraussichtlich wegen des neuen Artikels 607 im spanischen Strafgesetzbuch vor Gericht verantworten müssen. Danach ist *»die Verbreitung von Ideen oder Ideologien, die Völkermord rechtfertigen oder leugnen, oder die Verteidigung von Regimen oder Institutionen, die derartiges praktizierten«* verboten und wird mit Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren geahndet. Das Buchgeschäft Varelas ist derzeit jedoch weiterhin geöffnet. Unklar ist, ob dem 39jährigen nur der Handel oder auch die Herstellung des Nazimaterials nachgewiesen werden kann. Kataloniens Justiz vermutet die Verleger und Hersteller in Südamerika und sieht Barcelona nur als Zwischenhandelspunkt - gerade in Richtung Bundesrepublik und Österreich. Demgegenüber bezeichnet Varela in verschicktem Werbematerial sein Unternehmen mit Bankverbindung in München selbst als »Verlagbuchhandlung«. Einem *»lieben Kameraden«* schrieb er 1996 nach Deutschland, er werde diesem zukünftig immer *»ein Ex. meiner Veröffentlichungen und Kataloge«* schicken. Allein dies deutet eher darauf, daß der rechte Spanier nicht nur - wie er selbst zugibt - *»viele Bücher, Tonbänder, Videos«* faschistischer Weltanschauung *»in der ganzen Welt«* vertreibt, sondern sie teilweise auch verlegt. Zumindestens in einem Fall hat er die verschickte Propaganda gar selbst verfaßt. »El Mito de Anne Frank« - der Mythos Anne Frank - heißt ein Buch von ihm, in dem er die Authentizität des bekannten Tagebuchs der jungen Jüdin anzweifelt.


SONDERANGEBOT !!

[D]EUTSCHLAND ERWACHT!

[Wer]den, Kampf und Sieg der NSDAP

Großformatiger Bildband, 31 x 23 cms, Glanzpapier, Farbfotos und s/w, 150 S., Gebunden, Leinen-Guaflex.

Jetzt nur DM 50 !

*Paket a 5 Stück (davon eines gratis) nur DM 200 !

Wiederauflage der Original vom 1933 in höchster Qualität. Jetzt wieder lieferbar! Beiträge vom Dr. Goebbels, W. Schaub, Baldur von Schirach, Dr. Otto Dietrich, u.s.w. Von der Gründung der Partei bis zur Machtübernahme. Einmalig! Es enthält den Großen Panoramik Plakat (130 x 31 cms) von der Standartenweihe im Luitpoldhain 1933, so wie zahlreiche gute qualität historische Bilder.

(*Nur für Sammler und Forschungszwecke geeignet. Für politische Propaganda strengstens untersagt. Der Buchhändler übernimmt keine Verantwortung).

Auslieferung durch:
Europa Verlagbuchhandlung
Postfach (████) ████ - ████
Telf.: (00-343) ████ - Fax: (00-343) ████
Deutsche Bank 80271 München - BLZ 220 Konto Nr. ████

ANZEIGE

KRITIK-Folgen wieder lieferbar

	Rechtpreise
Plattdeutsche Geschichten aus der Bauernschaft	DM 15,00
Wozu noch deutsche Sprache (Fikentscher)	DM 3,00
Volk Staat Nation (Vollmer)	DM 3,00
General Psychologus (Scronn)	DM 30,00
[D]er Wind schlägt um. Gedichte R. Schütte. Ln 15.-	DM 10,00
…lens Kriegschuld, Blutsonntag	DM 5,00
…schlagnahmt u. verboten (indizierte Schriften)	DM 3,00
…isitionsprozesse	DM 6,00
Affäre Faurisson	DM 12,00
…der wahren volkhaften Bildung (Prof. Walter)	DM 5,00
…reiche Jahre einer BDM-Führerin	DM 10,00
…und Deutsche, Verständigung möglich?	DM 10,00
…ein Land. Landdienst der HJ Ln.	DM 38,00
…das Seine (Südafrika)	DM 3,00
…ykott	DM 7,00
…Ochsensberger	DM 6,00
…ein Diktator? (Schaumb. Lippe)	DM 6,00
…r der Demokraten	DM 5,00
…derung der Juden (Weckert)	DM 5,00
…utschland Erwacht I. Bildband	DM 50

…3 (Auschwitz-Lüge), K27 (Auschwitz Betrug), K33 (Rassebewußtsein), …locaust auf den Prüfstand), K81 (63 Mill. Ausländer kommen) sind indi-

Auslieferung durch

LIBRERIA EUROPA
… (████) ████ - E-08080 Barcelona
████ E-08006 Barcelona
Telf.: aus Deutschland: (00-343) ████ - Fax: (00-343) ████
Deutsche Bank D-80271 München - BLZ 220 Konto Nr. ████

Angebote aus dem Versand von Pedro Varela

Auch sonst ist Varela kein Mitläufer im rechtsextremen Milieu, sondern Führungskader. So war er Vorsitzender der spanischen Faschistenorganisation CEDADE. Dieser spanische Freundeskreis Europas (CÍRCULO ESPAÑOL DE AMIGOS DE EUROPA) hat sich insbesondere um die Entstehung einer europäischen Fascho-Bewegung bemüht. Laut dem 'DRAHTZIEHER IM BRAUNEN NETZ' ist sie gar *»Schlüsselorganisation im europäischen Netz«*. Als Vorsitzender der laut Varela mittlerweile aufgelösten Cedade hielt er sich mehrmals in der Bundesrepublik oder Österreich auf. In Österreich mußte er 1992 vier Monate im Gefängnis zubringen, weil er Adolf Hitler als »Helden« bezeichnet hatte.

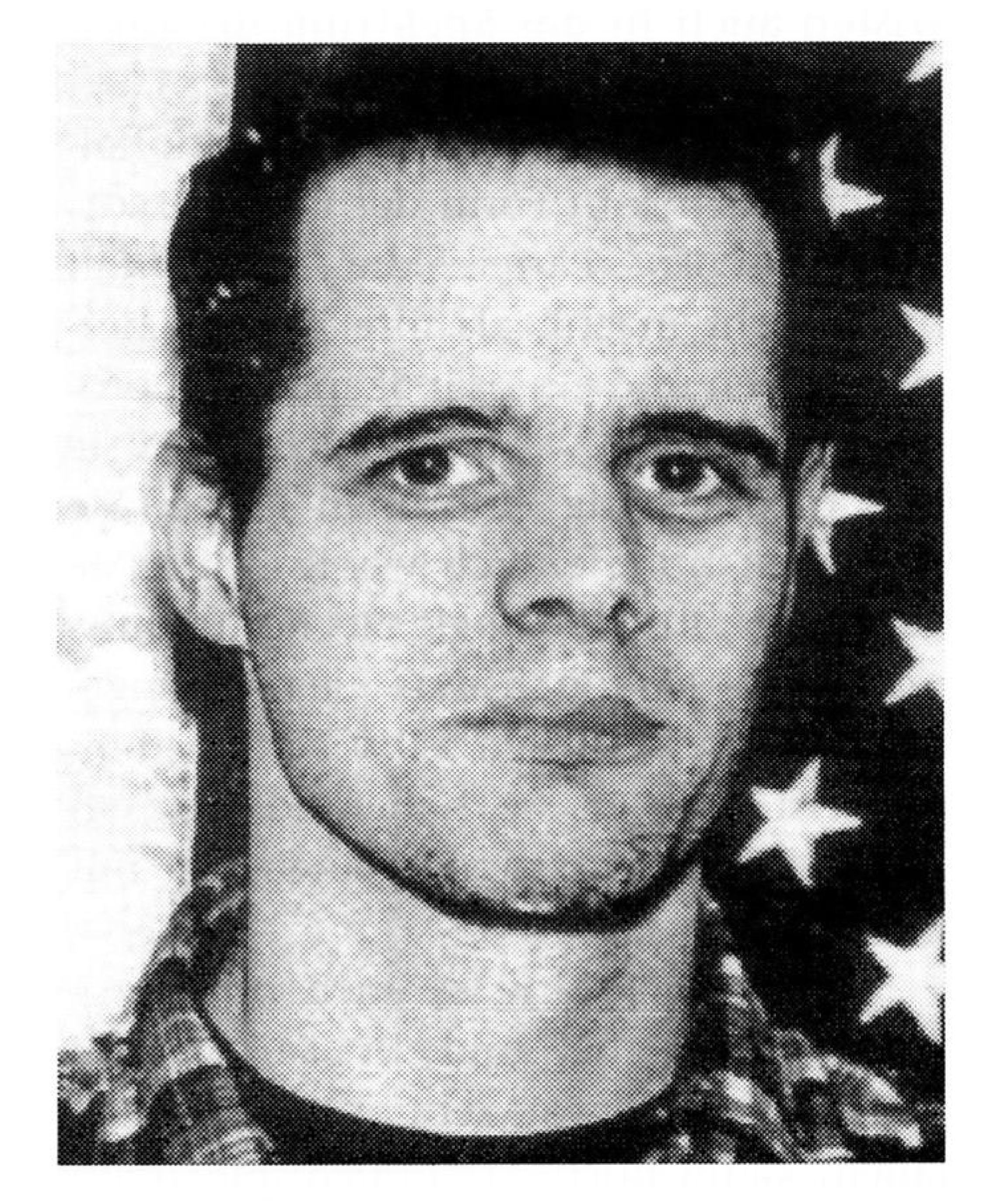
Die bisherige Gesetzeslage erlaubte deutschen Nazis nicht nur, von Spanien aus Propagandamaterial legal zu beziehen - Varela weist seine Kundschaft in mehreren Prospekten pro forma darauf hin, daß einige der vertriebenen Werke indiziert bzw. *»nur für Sammler- und Froschungszwecke geeignet«* seien - sondern ist auch ein begehrtes Zufluchtsland. Hatte sich in den 50er Jahren bereits der 1991 gestorbene WALTER MATTHAEI in das von FRANCISCO FRANCO regierte Land abgesetzt und dort einen WJ-Ableger namens JUVENTUD VIKINGA aufgebaut, befinden sich mittlerweile OTTO-ERNST REMER und der Österreicher GERD HONSIK im sonnigen Süden. Der Wiener Honsik war Mitte 1992 nach Spanien geflüchtet, um einer Haftstrafe wegen »NS-Wiederbetätigung« zu entgehen. Der heute 84jährige Remer folgte Anfang 1994, nachdem der Bundesgerichtshof Remers Revision gegen seine Verurteilung wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß abgelehnt hatte.

Die spanischen Gesetze wurden nach und nach verschärft. Zunächst wurden Verbrechen gegen das Völker- und Menschenrecht unter Strafe gestellt, was insbesondere Hetze oder Angriffe gegen *»nationale, rassische, ethnische und religiöse Gruppen«* umfaßt. Seit 1995 sind auch Angriffe gegen soziale Gruppen - insbesondere Homosexuelle - strafbar. Und seit Mai 1996 gibt es bezüglich Holocaust-Leugnung oder Nazi-Verherrlichung den erwähnten Artikel 607. ■

Oklahoma

Strassmeirs Verwicklungen

Der Berliner Neonazi ANDREAS STRASSMEIR geistert mal wieder durch die Medien. Er wird wiederholt mit dem Bombenattentat in Oklahoma in Verbindung gebracht. Zum einen hat er längere Zeit bei der rechten Sekte CHRISTIAN IDENTITY in Elhoim City gelebt. Dort soll er auch TIMOTHY MCVEIGH getroffen haben, der



Andreas Strassmeir

mittlerweile als Hauptverdächtiger für den Anschlag in den USA im Knast sitzt. Zum anderen erschien in der Oklahoma-Lokalzeitung »MCCURTAIN GAZETTE OF IDABEL« ein Artikel, nach dem Strassmeir zusammen mit dem Funktionär des »WHITE ARYAN RESISTANCE« (WAR), DENIS MAHON, an den Vorbereitungen zu dem Bombenanschlag beteiligt gewesen sein soll. Mahon soll laut JUNGE WELT vom 26.2.97 bestätigt haben, daß Strassmeir »*militärischer Ausbildungsoffizier*« des WAR war und zudem im Verdacht stand, Waffen gekauft und diese zu automatischen Handfeuerwaffen umgebaut zu haben. Auch die »COUNTERTERRORISM DIVISION« des US-Außenministeriums bestätigt in einem Dokument vom 18.3.96 diese Aussagen.

Ein anderes pikantes Detail ist, daß Strassmeir in Elohim City einen gewissen KIRK LYONS kennenlernte. Lyons ist in Fort Smith, Arkansas, bei einem großen Nazi-Prozeß als Anwalt aufgetreten. Er stellte Strassmeir einen Mann namens PETRUSKIE vor, der zugibt, Strassmeir und seinen Vater, den ehem. Staatssekretär im Bundeskanzleramt GÜNTER STRASSMEIR, zu kennen. Petruskie verfügt möglicherweise über Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst CIA.

Während Andreas Strassmeir bei Petruskie wohnte, erledigte er für ihn einige Telefonanrufe nach Deutschland. Bei diesen Telefonaten soll es um dubiose Flugzeuggeschäfte gegangen sein.

Am 31.3. fängt der Prozeß gegen Timothy McVeigh an, vielleicht kommt dann etwas mehr Licht in das Dunkel um Andreas Strassmeir. Mehr dazu im nächsten Infoblatt.

Schweiz

Brandanschlag auf Plattenladen

In der Nacht vom 22. auf den 23.1.97 hat es im INDIEPUNK RECORDS-Laden in Lörrach gebrannt. Aufgrund der Tatsachen, daß nichts geklaut wurde und zudem Brandbeschleuniger eingesetzt wurde, schließen die NutzerInnen des Hauses, in dem es außer dem Plattenladen noch Werkstätten und einen Infoladen gibt, auf einen gezielten Brandanschlag. Die ermittelnde Kriminalpolizei Lörrach zeigt kein sonderliches Interesse, den Fall aufzuklären. Trotz mehrfacher Hinweise der NutzerInnen, daß der/die Täter wohl durch den Nebenraum eingedrungen waren, worauf Einbruchspuren und ein gefundenes Tatwerkzeug hinwiesen, gehen die Bullen immer noch davon aus, daß der/die Täter einen Schlüssel zum Laden gehabt haben müssen. Außerdem glaubt die Kripo an einen simplen Einbruch, dem allerdings die Nutzung von Brandbeschleuniger widerspricht. Da ohnehin von staatlicher Seite nichts Gutes zu erwarten ist, sind die Leute aus Lörrach auf Hilfe angewiesen, um den Sachschaden von 40.000,- zu beheben. Wendet Euch an den Infoladen SowieSo in Basel:

Infoladen SowieSo
Lindenberg 23
4058 Basel CH
Tel/Fax 0041/61/681 15 00

USA

Mumia Abu Jamal

Am 27. Februar 1997 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania eine mündliche Anhörung für den afroamerikanischen Journalisten und Todeskandidaten MUMIA ABU-JAMAL abgelehnt. Mumias Anwälte wollten bei der Anhörung noch einmal ihre Gründe und Beweise für ein neues Verfahren für Mumia vorbringen. Jetzt wird der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania nur aufgrund der Aktenlage über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren entscheiden. Die Entscheidung des Gerichts steht ohnehin schon fest: Sie werden Mumia einen neuen Prozeß verweigern, obwohl sich in der letzten Zeit mehrere neue ZeugInnen gemeldet haben. Sie sagten aus, daß sie von der Polizei massiv unter Druck gesetzt worden waren, um im ersten Prozeß gegen Mumia im Juni 1982 auszusagen. Der Termin für die Entscheidung des Obersten Gerichtshof von Pennsylvania steht noch nicht fest, aber intern wird momentan von Frühsommer geredet. Der Gouverneur von Pennsylvania hat schon angekündigt, daß er sofort nach einer negativen Entscheidung einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterschreiben wird. Alles deutet also auf einen heißen Sommer hin. Damit Mumias Hinrichtung verhindert werden kann, ist - wie im Sommer 1995 - eine breite Mobilisierung notwendig. Infos, auch für Gruppen, die sich wieder an der Soli-Kampagne beteiligen wollen, erhaltet Ihr bei:

Autonome Mumia-Soligruppe
c/o Antirassistische Initiative Berlin,
Yorckstr. 59, 10965 Berlin
Tel.: 030-7857281, Fax: 030-7869984

Belgien

Werwolfkameradschaft lud ein

Am 1. Februar haben sich in Antwerpen mehr als hundert Faschisten versammelt, um der Machtergreifung der Nazis am 30. Januar 1933 zu huldigen. Die von der WERWOLFKAMERADSCHAFT ANTWERPEN organisierte Veranstaltung zog auch deutsche Faschisten an. Redner waren u.a. THOMAS »STEINER« WULFF, ANDREE ZIMMERMANN und BERND ERIKSON.

»... daß Perestroika vor einigen Jahren aufgehört hat zu existieren«

Ein Interview mit russischen Antifas

AIB: Ihr macht antifaschistische Arbeit in Rußland, warum haltet Ihr das für nötig und wie seid Ihr darauf gekommen?

Nathalie: Vorletztes Jahr hat die Menschenrechtsorganisation Memorial ein Seminar zum Thema Faschismus und Antifaschismus gemacht, da sich faschistische Ideen und Organisationen in Rußland immer weiter ausbreiten und kaum jemand etwas dagegen macht. Nach dem Seminar haben sich einige junge Leute zusammengetan und beschlossen, weiter zu dem Thema zu arbeiten. Daraus ist unsere Gruppe entstanden.

AIB: Wie sieht das faschistische Spektrum aus, und wie schätzt Ihr es ein?

Nathalie: Wir teilen das Auftreten von faschistischen Ideen und Praxis grob in drei Bereiche - in den Staatsapparat, in erfolgreiche Wahlparteien und in die extremen, militanten Gruppierungen.

Die extremen, militanten Faschisten teilen sich wiederum in drei Bereiche. Einmal gibt es verschiedene stalinistische und sich selbst kommunistisch nennende Gruppierungen. Sie sind eindeutig faschistisch, ihre Ideen sind geprägt von Antisemitismus und einem starken Nationalismus. So behaupten sie zum Beispiel, Stalin wäre der einzige, der Rußland zu einer wirklichen Weltmacht gemacht hätte und er wäre von den Juden ermordet worden. Eine Partei aus diesem Spektrum ist zum Beispiel die Kommunistische Partei von Anpillow.

Desweiteren gibt es einige Gruppen, die sich bewußt auf faschistische Ideologien und auf die Nazis beziehen, diese Ideen aber modifizieren und mit einem starken russischen Nationalismus verbinden. Die größte Organisation in diesem Bereich ist die National-Republikanische Partei von Bilajew.

Irina: Sie sagen zum Beispiel, wir sind Russen und das ist das Wichtigste, aber ihre Staatsvorstellung orientieren sich am Nationalsozialismus.

Nathalie: Der größte Bereich bei den militanten, extremen Faschisten sind aber die Gruppierungen, die sich vollkommen auf die Nazis beziehen, die Russen zu Arieren erklären, entsprechende Propaganda machen, nazistische Symbole verwenden und auch viele Kontakte in den Westen haben. Ihnen wird eigentlich nichts entgegengehalten. Sie können ihre Propaganda auf den großen Straßen in allen großen Städten verbreiten und verkaufen sogar in der Duma ihre Zeitungen.

Natascha: In diesem Lager ist die bedeutendste Gruppierung sicher die Russisch-Nationale Einheit (RNE) von Barkachov, die alleine in Moskau und St. Petersburg einige hundert Mitglieder hat. Sie haben überall in Rußland Filialen, geben eine Zeitung heraus und außerdem bilden sie Gruppen von Mitgliedern militärisch aus. In bestimmten Situationen können diese Gruppen die russische Politik entscheidend in ihre Richtung beeinflussen, z.B. als Lebed aus allen seinen öffentlichen Ämtern entfernt wurde

Irina: Ja, zum Beispiel beim zweiten Putsch in Rußland 1993, als das Weiße Haus in Moskau beschossen wurde, beschützten Barkachov-Mitglieder in ihren Uniformen mit Nazisymbolen das Haus und unterstützten die Regierung.

AIB: Glaubt Ihr, daß diese militanten faschistischen Gruppen eine grosse Gefahr darstellen bzw. so bedeutend sind, daß es ihnen gelingen könnte, an die Macht zu kommen?

Irina: Im Augenblick nicht. Diese militärischen Gruppen sind noch nicht so bedeutend und eher klein. Sie können sich zwar an lokalen Auseinandersetzungen und Kämpfen beteiligen, aber sich nicht die Macht nehmen, sie sind keine Armee oder so. Aber sie haben eine Menge Waffen und interessant ist auch, wie sie an diese kommen. Im Augenblick gibt es eine Menge privater Schulen für Bodyguards in Rußland, und viele von ihnen wurden von Nationalisten und Faschisten gekauft. So gehören zum Beispiel nahezu alle Bodyguard-Schulen in Petersburg der National-Republikanischen Partei Bilajews, und er selbst ist Chef der größten; in Moskau verhält es sich ähnlich mit Barkachovs RNE.

Die Leute, die in diese Schulen gehen, werden nicht nur als Bodyguards ausgebildet, sondern natürlich nutzen die Faschisten auch die Möglichkeit, ihre Propaganda unter die Leute zu bringen. So werden viele Leute, die die Schule beendet haben und dann Waffen tragen dürfen, Mitglieder bei den Faschisten. Mit den Bodyguard-Schulen haben die Faschisten also alle offiziellen Möglichkeiten, ihre Mitglieder militärisch auszubilden.

AIB: Zählt Ihr die Nationalbolschewisten auch in das Spektrum der militanten, extremen Faschisten?

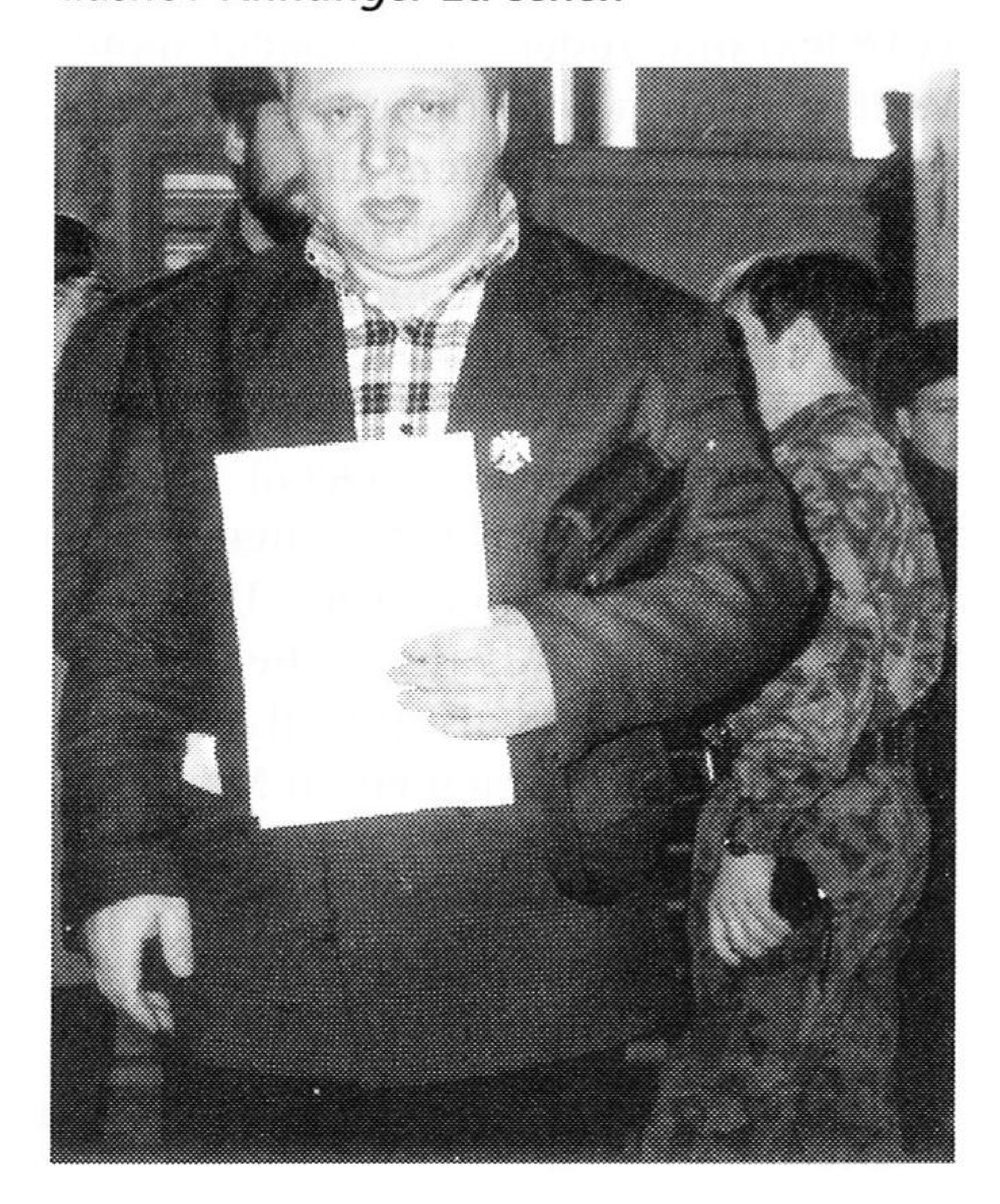
Irina: Den fest organisierten Nationalbolschewismus in Form der Nationalbolschewistischen Partei, die momentan nicht mehr macht, als ihre Zeitung herauszugeben und ein paar Skandale zu produzieren, zählen wir dazu, auch wenn sie sich nicht richtig einordnen lassen. Sie sind auch nur ziemlich wenig Leute. Sie haben sich ihre Ideologie aus Kommunismus und Nationalismus zusammengemixt und nennen sich selbst Nationalbolschewisten, aber sie haben ideologisch zum Beispiel sehr wenig gemeinsam mit Ernst Jünger u.a.

Letztendlich sind es auch nur Limonov, der Parteichef, und ein paar, die ihm helfen. Dugin, der sie sehr unterstützt hat, taucht kaum noch zusammen mit ihnen auf und hat die Partei unseres Wissens verlassen. Er ist jetzt sehr theoretisch: er schreibt Bücher, gibt zwei Zeitschriften heraus.

Nathalie: Aber man sollte sie nicht unterschätzen. Sie haben eine ideologische Grundlage, wie sonst fast keine andere Partei.

Irina: Aber das eigentlich entscheidende ist, daß Nationalbolschewismus

Bilajev, der Führer der National-Republikanischen Partei; im Hintergrund ist ein Barkashov-Anhänger zu sehen



momentan eine starke populistische Bedeutung hat und somit ideologischer Bestandteil aller möglichen Gruppierungen und Organisationen ist.

Der Nationalismus greift im ganzen Land um sich, wie es üblich ist, wenn eine Großmacht mehr und mehr an Bedeutung verliert. Infolgedessen haben die verschiedenen sogenannten kommunistischen Parteien hier starke nationalistische Züge, und die Nationalisten übernehmen teilweise Bestandteile kommunistischer Ideologie. Somit ist der Nationalbolschewismus eher eine allgemeine politische Bewegung.

AIB: Wie sieht das Spektrum der erfolgreichen Wahlparteien aus, das Ihr vorhin angesprochen habt?

Nathalie: Dieses Spektrum ist nicht so einheitlich, ideologisch nicht so gefestigt und tritt moderater auf. Man kann nicht jeden Wähler und auch meistens nicht jedes Mitglied dieser Parteien faschistisch nennen, aber ihre Führer sind es. Die größte Partei in diesem Bereich, die gleichzeitig auch die stärkste in der Duma ist, ist Sjuganovs Kommunistische Partei der Russischen Förderation (KPRF). Wenn man Sjuganovs Bücher liest, die durchsetzt sind von Antisemitismus und chauvinistischem Nationalismus, erkennt man leicht, daß er Faschist ist.

Mit seinem Erfolg ist er heute die größte Gefahr für unsere letzten Freiheiten. Das Problem ist, daß die Leute nicht sehen, was und wen sie da wählen. Dagegen müssen wir arbeiten.

Natascha: Ja, er propagiert eine neue Art von dem, was sie Kommunismus nennen. Sie vermischen verschiedene Ideologien und denken auch über die Fehler des Sowjetkommunismus nach. Aber er sagt, daß er zurück zur Sowjetunion will. Er will die ehemaligen Staaten der Sowjetunion wieder vereinigen und auch die Wirtschaft nach dem alten Muster organisieren. Vielen Leuten ging es damals besser als heute und deshalb wählen sie diese reaktionären Parolen ohne zu sehen, was dahinter steht – was er zwar nicht in der Öffentlichkeit sagt, aber in seinen Büchern schreibt.

Irina: Außerdem hat Sjuganov des öfteren an Treffen und Kongressen von und mit Faschisten teilgenommen und mit ihnen zusammengearbeitet. 1993 zum Beispiel war seine Partei Mitglied des Russisch-Patriotischen Blocks, zu dem außerdem Barkachovs RNE und Bilajevs Partei gehörten.

AIB: Gehören Schrinowskij und seine Liberaldemokratische Partei, die in Westeuropa immer als die russischen Vorzeigefaschisten und Radaumacher präsentiert werden, auch zu diesem Spektrum?

Natascha: Ja, sie gehören auch in dieses Spektrum und haben 12% der Abgeordneten in der Duma. Aber ihr Erfolg basiert weniger auf ihrer Politik als auf Schirinowskijs Showattitüden. Er hat sich wie ein Clown benommen und es damit geschafft, im Gespräch zu bleiben.

Nathalie: Das Schlimme an diesem Spektrum, also Sjuganov, Schirinowskij und einige kleinere Parteien, ist momentan nicht, daß es zusammen die Mehrheit in der Duma hat, denn das Parlament hat in Rußland sowieso fast nichts zu sagen. Das Schlimme ist, daß es von so vielen Leuten gewählt wird.

Natascha: Überhaupt sind die Chancen für diese ganzen nationalistischen und faschistischen Parteien im Augenblick sehr gut. Die Menschen in Rußland haben keine Lust auf Politik, sind unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation, wollen sich keine Gedanken machen und wählen die scheinbar einfachen Lösungen.

AIB: Ihr habt am Anfang als dritten Bereich faschistische Strömungen im Staat genannt. Was versteht Ihr darunter?

Nathalie: Es gibt im staatlichen Apparat Leute, politische Richtungen und Ideen, die wir als faschistisch bezeichnen. Das bekannteste Beispiel ist der Krieg gegen Tschetschenien, der aus imperialistischen und nationalistischen Beweggründen angefangen wurde. Die große russische Nation sollte gesichert werden.

Natascha: Die Behauptungen von Jelzin und seiner Regierung, sie wollten den Menschen gegen das unmenschliche Dudajew-Regime helfen, sind nur Vorwände. Dieses Regime gab es schon lange vor dem Krieg, und Jelzin ging es nur darum, eine tschetschenische Unabhängigkeit zu verhindern.

Irina: Aber in diesem Krieg kamen auch noch andere Interessen zusammen. So ist es eine Frage der Bodenschätze, wie Gold und Öl, und natürlich eine Frage der Macht gewesen. Nachdem der Krieg begonnen hatte, kamen dann noch die Interessen der Armee und der Rüstungsproduzenten dazu.

In Rußland war es sehr schwer, den wirklichen Kriegsverlauf zu verfolgen, da die Regierung nur gelogen hat und natürlich in den Zeitungen stand, was die Regierung gesagt hat. Als Grosny bombardiert wurde, haben sie zum Beispiel gesagt, daß keine einzige Bombe auf die Stadt gefallen wäre.

Nathalie: Eine Folge des Krieges, den als faschistisch bezeichnen, ist der immer stärker werdende staatliche Rassismus gegenüber Menschen aus Kaukasien, also unter anderem aus Tschetschenien, die dunkle Haare, Augen und Teint haben.



»E«in durchaus alltägliches Bild in Rußland: eine Frau verkauft faschistische und »kommunistische« Zeitungen, u.a. »Saftra« (Morgen), die nationalbolschewistische »Limonka« (»Handgranate«) und »Sowjetskaja Russija«

Irina: Diese Menschen sind wegen des Krieges nach Rußland geflohen. Der Staat sagt, als Flüchtlinge werden nur Russen aus Tschetschenien anerkannt und auch nur diese bekommen einen Platz in Flüchtlingslagern. Tschetschenen sind keine Flüchtlinge, sondern Feinde. Die Polizei kontrolliert mit Vorliebe jeden, der wie ein Kaukasier aussieht. Und wenn die Menschen keine Aufenthaltsgenehmigung haben, werden sie festgenommen. In Moskau lassen die Polizisten oftmals die Aufenthaltsgenehmigungen dieser Leute verschwinden oder zerreissen sie einfach, um danach zu sagen, die Leute hätten keine Papiere. Sie werden dann festgenommen.

Nathalie: Für den Staat ist der Rassismus natürlich auch ein gutes Mittel, um von den eigentlichen Problemen und den Verantwortlichen dafür abzulenken.

AIB: Und diesen Rassismus gibt es auch in der Propaganda der faschistischen Parteien?

Irina: Ja, der Staat arbeitet da mit den Faschisten Hand in Hand. Rassismus ist der Schwerpunkt faschistischer Propaganda, aber erst seit dem Krieg in Tschetschenien. Davor war es vor allem der Antisemitismus, der die faschistische

Propaganda beherrscht hat. Da es einfacher ist, den Leuten nur einen großen Feind zu präsentieren, hat der Antisemitismus in der faschistischen Propaganda momentan etwas an Bedeutung verloren. Aber auch heute noch, wenn Du eine ihrer Zeitung auf der Straße kaufst, findest Du darin genau die gleichen Karikaturen wie in Deutschland in den 30er Jahren: Juden mit großen Nasen und riesigen Geldsäcken usw. .

AIB: Wie wirkt sich dieser Rassismus und Antisemitismus auf die Gesellschaft aus? Sind derartige Vorurteile weitverbreitet?

Nathalie: Der Rassismus gegen die Kaukasier ist relativ weit verbreitet. Zu Sowjetzeiten waren die Menschen aus den nichtrussischen Teilrepubliken auch schlechter gestellt, und viele wollen es nicht hinnehmen, daß sich das jetzt ändern könnte..

Irina: Das Problem mit dem Antisemitismus ist, daß wir viele Jahre - fast die ganze Sowjetzeit nach dem Zweiten Weltkrieg - einen staatlichen Antisemitismus hatten. Meine Mutter konnte nicht studieren, weil sie Jüdin war. Mir wurde sogar noch 1991 an der Universität geraten, den



Antifaschistischer Widerstand in St. Petersburg

jüdisch klingenden Namen meiner Mutter zu ändern, weil ich sonst Probleme bekommen würde, studieren zu dürfen. Auch wenn es nicht offiziell war, gab es in der Sowjetunion einen starken staatlichen Antisemitismus. Juden konnten die meisten Universitäten nicht besuchen, nur schwer Arbeit finden, durften kaum Bücher veröffentlichen. Das hat sich natürlich auf die Gesellschaft ausgewirkt.

AIB: Was Ihr über Rußland heute erzählt, hört sich nicht gut an. Was ist besser als zu Zeiten der Sowjetunion?

Nathalie: Die größte und wertvollste Veränderung ist natürlich, daß wir jetzt politische Freiheiten haben, daß wir sagen und schreiben können, was wir wollen. Und selbst wenn die politischen Verbrechen Rußlands heute schlimm sind, die der Sowjetunion waren schlimmer.

Irina: In Moskau und in St. Petersburg hatte man zu Sowjetzeiten eine Menge Privilegien. Meistens gab es genügend Nahrunngsmittel zu kaufen. Auch wenn manches schwer war, so konnte man doch immer Wurst und Käse etc. kaufen. Aber in den anderen Gegenden Rußlands, sogar in den Großstädten, haben die Menschen oft kein Fleisch und auch keine Milch gesehen.

Natascha: Und dabei haben genau diese Leute das alles produziert! Aber alle Waren wurden nach Moskau und St. Petersburg geschickt. Dann sind viele Leute aus Zentralrußland etc. nach Moskau und St. Petersburg gefahren, um dort ihre eigenen Waren zu kaufen.

Irina: Ja, wenn sie die Möglichkeit hatten, dort hinzufahren. Den Menschen aus den Dörfern und Kolchosen blieb aber oft gar nichts anderes übrig, als zu hungern.

Ich erinnere mich an ein Mädchen, die aus Saratov zu uns zu Besuch kam. Sie hat Butter einfach pur mit dem Löffel gegessen, weil sie so etwas nicht kannte. Wurst war für sie das Höchste der Gefühle.

Heute kann man fast überall fast alles kaufen, wenn man genug Geld hat.

Natascha: Dafür gibt es heute in der russischen Gesellschaft gravierende Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Schichten und viele sehr arme Leute. Aber auf der anderen Seite kann jeder leben, wie er leben will. Das einzige Problem ist, wenn du dein Geld auf ehrliche Weise verdienen willst, wirst du nie genug verdienen.

AIB: Wie seht Ihr die politische Entwicklung in Rußland in den letzten Jahren, nutzen die Leute ihre politischen Freiheiten?

Irina: Als Perestroika angefangen hat, waren alle Leute in Aufbruchsstimmung und haben sich für Politik interessiert und wollten etwas bewegen. Als GORBATSCHOW zum Beispiel Anfang 1991 die Truppen in Wilna einmarschieren ließ, weil Litauen unabhängig werden wollte, und 13 Menschen von russischen Panzern getötet wurden, haben in jeder russischen Stadt Tausende dagegen demonstriert.

Heute ist das ganz anders. Als die russische Truppen in Tschetschenien einmarschiert sind, haben wir eine Demo gemacht, und da sind gerade mal 400 Leute gekommen.

Man kann wirklich sagen, daß Perestroika vor einigen Jahren aufgehört hat zu existieren. Die Rechten haben immer mehr Macht bekommen und fast alle Schritte und Versuche der Demokraten rückgängig gemacht. Ich bin bezüglich der Zukunft pessimistisch.

AIB: Wie sieht es mit antifaschistischen Gruppen aus, gibt es noch mehr Gruppen ?

Irina: Das entwickelt sich alles gerade erst und ist noch sehr am Anfang. Es gibt zwei verschiedene Spektren. Einerseits ehemalige Menschenrechtsaktivisten, die Artikel schreiben, Faschismustheorien diskutieren und versuchen, Prozesse gegen Faschisten zu führen, wie zum Beispiel das MOSKAUER ANTIFASCHISTISCHE ZENTRUM, die bekannteste Gruppe, die aus Parlamentsabgeordneten besteht.

Andererseits gibt es Gruppen, wie die ANTIFASCHISTISCHE JUGEND AKTION (AMD). Die sind ziemlich erfolgreich und machen auch viel Kulturarbeit, wie Konzerte etc.: sie erreichen immer mehr Jugendliche und haben bereits mehr als 20 Gruppen überall in Rußland. Diese Gruppen sind eine neue politische Erscheinung in Rußland. Sie sind jung und wollen auch Aktionen machen, selber was bewegen!

AIB: Zu welchem Spektrum zählt Ihr Euch, und wie sieht Eure Arbeit aus?

Nathalie: Wir fühlen uns mit beidem verbunden. Einerseits kommen wir aus dem Menschenrechtsspektrum, andererseits sind wir jung und wollen nicht nur reden, sondern auch auf die Straße gehen und Aktionen machen.

Irina: Im Laufe des letzten Jahres haben wir einige Demos gegen Faschismus und den Krieg in Tschetschenien gemacht.

Als erstes größeres Projekt haben wir uns dann entschieden, eine antifaschistische Bibliothek aufzumachen. Wir haben Gelder organisiert, eine Menge Bücher gekauft und angefangen, die Bibliothek zu machen. Sie soll auch als Treffpunkt dienen, wo Leute zusammenkommen und zum Beispiel Informationen über rassistische Diskriminierung sammeln und austauschen können.

Nathalie: Aber das wichtigste ist jetzt erstmal, daß wir uns selbst weiterbilden, unsere Positionen weiterentwickeln, Antworten finden auf viele neue Sachen und das alles anderen Leuten anbieten. Deshalb haben wir auch angefangen, eine Zeitung zu machen, die gerade unser wichtigstes Projekt ist.

Natascha: Wir müssen die Leute mit unseren Ideen und der Möglichkeit von Widerstand vertraut machen!

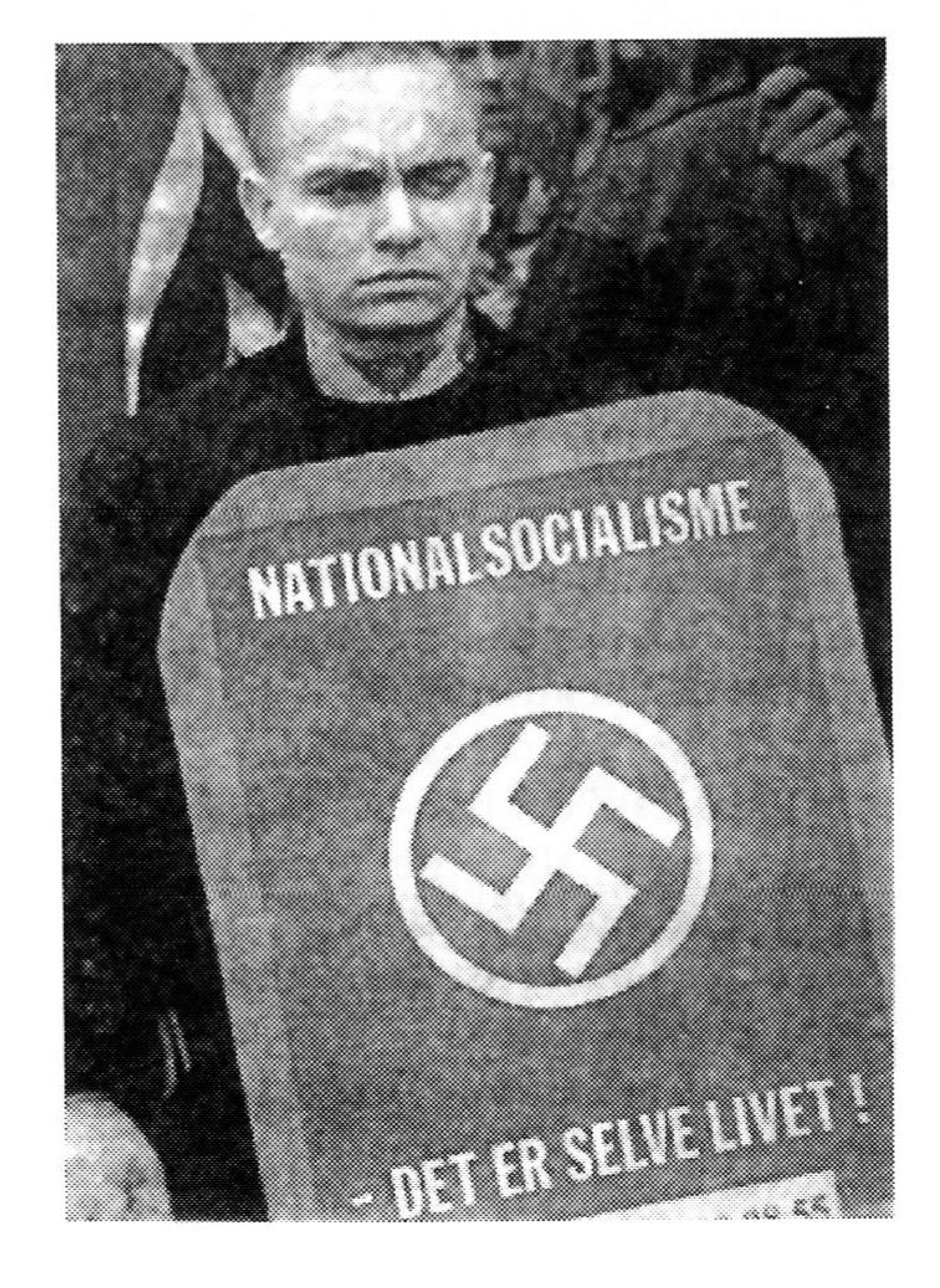
AIB: Danke für das Interview. ■

Britische Terrortruppe Combat 18 vor dem Aus?

Der Konflikt innerhalb der internationalen millitanten Neonazi-Bewegung ist im Januar zum Paketbombenkrieg eskaliert. Auch innerhalb der britischen Terrorgruppe Combat 18 knallt es seit Jahresbeginn heftig: Gegenseitige Vorwürfe der Geldhinterziehung und der Spitzelei für die Polizei, Überfälle, ein Toter, der ehemalige C18-Chef Paul David »Charlie« Sargent unter Mordanklage.



Bild oben: *»Charlie« Sargent*
Bilde mitte: *William Browning*
Bild unten: *Thomas Derry Nakaba*



Kurz vor Weihnachten spitzte sich der Konflikt zu. C18-Boss »Charlie« Sargent wurde von seinem Rivalen und früheren Gefolgsmann William Browning für ausgeschlossen erklärt. Beide beschuldigten sich der Geldveruntreuung und der Spitzelei. Browning versuchte sich dem antifaschistischen Magazin Searchlight anzudienen, um Sargent zu schaden. Doch das winkte ab, kein Interesse, Searchlight habe eigene Informanten in den C18-Reihen. Beide C18-Chefs haben in großen Mengen Gelder aus den braunen Kassen in die eigenen Portemonnaies umgeleitet. Browning gab bei einem Treffen von führenden britischen Nazis zu, über die vergangenen Jahre 40.000 Pfund aus den Nazi-Kassen entwendet zu haben. Doch Paul David Sargent habe es mindestens auf das Doppelte gebracht.

Der Vertrieb von Nazi-Musik hat sich in England genau wie in Skandinavien als lukratives Geschäft erwiesen. C18 schaffte es, Ian Stuart Donaldsons Blood&Honour-Vertrieb nach dessen Tod zu beerben. Der C18-Musikvertrieb unter dem Namen ISD Records (ISD für Ian Stuart Donaldson) soll nach Aussage eines C18-Führers jährlich 100.000 Pfund Profit gebracht haben, so Searchlight im Februar. Kräftig abgezockt wurden dabei die beteiligten Bands und die Fans. Bei dem Streit zwischen dem Nazi-Musikmagazin Nordland und C18 ist es nicht etwa nur um die politische Vorherrschaft gegangen, sondern auch um den Musikmarkt (zudem sind immer wieder Gerüchte aufgetaucht, daß es auch um den Drogenmarkt gehe). Die Gewinnspannen bei Produktion und Vertrieb von Nazi-Musik sind enorm, die beteiligten Bands sehen kaum etwas von dem Geld. Neue Maßstäbe hat das C18-Führungspersonal nicht so sehr mit der Höhe des Profits sondern mit dem übertiefen Griff in die Kassen der »Bewegung« gesetzt.

Erstaunliches brachte C18 auch auf der internationalen politischen Bühne zustande. Im Januar 1997 fing die schwedische Polizei in Malmö drei Paketbomben ab; Zielort England. Gestützt auf Informationen aus England führte daraufhin die dänische Polizei Hausdurchsuchungen bei dem dänischen Neonazi Thomas Derry Nakaba, einem engen C18-Kontakt, und bei dessen Umfeld durch. Die Polizei stieß auf Opferlisten und Bombenzünder. Nakaba widersetzte sich mit der Schußwaffe, verletzte einen Polizisten und sieht sich mit einer Mordanklage konfrontiert.

C18-Leute waren im Jahr zuvor nach Dänemark gereist, um Pläne zu Paketbomben festzuklopfen. Anlaufpunkt war Nakaba, Sohn einer Dänin und eines Amerikaners japanischer Abstammung. Searchlights Informanten nannten die Gesamtzahl von sechs Bomben, drei jeweils aus Dänemark und Schweden. Das Pikante dieser Sendungen: Empfänger waren neben einer britischen Spitzensportlerin, die mit einem Schwarzen verheiratet ist, Nazis – und zwar durchgehend Projekte, die mit C18 verkracht sind. Das mit C18 im Clinch befindliche Magazin Nordland aus Schweden fungierte als angeblicher Absender der Pakete und war zugleich beabsichtigter Empfänger einer explosiven Sendung. In Schottland ging eine Bombe an das faschistische Blatt Highlander.

Die Dänemark-Verbindung von C18 geht auf Anfang 1995 zurück. Im März jenes Jahres trafen sich Neonazis aus Skandinavien, Österreich und der BRD - unter den Engländern waren Sargent und Browning. Themen waren laut Searchlight der Europa-Besuch von NSDAP/AO-Auslandschef Gary Lauck, ein Vorschlag für Randale bei dem Fußballspiel England-Norwegen in Oslo desselben Jahres und die Rudolf-Hess-Demonstration in Roskilde im August 1995.

Es ist wahrscheinlich, daß auch zukünftige Terrorpläne erörtert wurden, da nach dem Treffen die internationalen Anti-Antifa-Bemühungen intensiviert wurden. Charlie Sargent setzte Behörden und Antifas über die März-Zusammenkunft in Kenntnis, indem er in der C18-internen Zeitung darüber berichtete. Die im März besprochenen Projekte gingen allesamt

schief: Der Roskilde-Marsch war AntifaschistInnen früh genug bekannt, um breit dagegen mobilisieren zu können. Laucks Reise endete im dänischen und dann im bundesdeutschen Knast. Das Fußballspiel in Oslo verlief ohne Randale, da die Polizei interne Infos über geplante Reisen von Neonazis hatte. Selbst die dänischen Nazis, die die C18-Transparente transportierten, blieben in den Polizeikontrollen hängen.

Seit der C18-Randale bei dem Fußballspiel England-Irland in Dublin im Februar 1995 hatte sich der Wind gedreht. Der Schutzmantel, den die Behörden über die britische Terrortruppe gelegt hatten, bekam zusehends Löcher.

Die für C18 zerstörerische Politik von Charlie Sargent macht deutlich, wie eng die C18-Führung an den Fäden des britischen Geheimdienstes hängt. Die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen erzeugten im Februar bereits einen Toten, Sargent sitzt deswegen unter Mordverdacht in Haft.

Auch wenn die britische Polizei noch zwei Monate nach dem Auffliegen der Paketbomben immer noch keinen C18-Angehörigen deswegen festgenommen hat, wird es noch ein böses Erwachen für das Fußvolk dieser Terrorgang geben. ■

Streitende US-Revisionisten

Das revisionistische INSTITUTE FOR HISTORICAL REVIEW steckt in der Krise

Ein kalifornisches Gericht hat den US-Revisionisten WILLIS CARTO in Schwierigkeiten gebracht. Jetzt muß sich Carto vom IHR und viel Geld trennen.

Der heute 70jährige Willis Carto hat in den vergangenen 40 Jahren das größte rassistische und antisemitische Unternehmen in den USA aufgebaut. Im Mittelpunkt befindet sich die sogenannte LIBERTY LOBBY mit Sitz in Washington, DC. Die LL gibt die Wochenzeitung THE SPOTLIGHT heraus (mit rund 100.000 AbonenntInnen). 1979 gründete Carto zusätzlich das revisionistische INSTITUTE FOR HISTORICAL REVIEW (IHR) in Kalifornien. In den vergangenen drei Jahren entriß eine Palastrevolte Carto die Kontrolle über das IHR. Das Institute befindet sich jetzt in den Händen von MARK WEBER und seinen Kameraden. Außerdem wurden Carto und die LL im November 1996 von einem Gericht in San Diego dazu verurteilt, 6,43 Millionen Dollar (rund 10 Millionen Mark) an Weber und das IHR zu überweisen. Carto hat selbstverständlich Berufung eingelegt und versucht, durch ein texanisches Gericht die Kontrolle über das IHR zurückzugewinnen.

Die beiden Prozesse können sich noch jahrelang hinziehen. Der Millionenbetrag, um den es geht, stammt aus dem Erbe von JEAN FARREL, einer amerikanischen rechten Millionärin, die in der Schweiz lebte. Bevor sie 1985 starb, gründete sie eine Briefkastenfirma, um ihr Millionenvermögen in verschiedenen Tresoren in North Carolina, Singapur, Deutschland und Großbritannien zu verstecken. Nach Farrels Tod ließ Carto 7,5 Millionen Dollar (12 Millionen Mark) aus dem Erbe auf sich und die sogenannte LEGION FOR THE SURVIVAL OF FREEDOM (Legion für das Überleben der Freiheit, die offizielle Trägerin des IHR) zu übertragen.

Carto behauptet jetzt, daß Farrel das Geld an ihn persönlich vererben wollte. Weber und die jetzige IHR-Führung vertreten dagegen, daß das Geld für die Legion/IHR als Institution gedacht war.

Vor vier Jahren hätte das auch keinen Unterschied gemacht. Damals übte Carto die totale Kontrolle über das IHR aus, obwohl er keine offiziellen Positionen innehatte. In Wirklichkeit bestand der IHR-Vorstand nur aus Cartos Marionetten.

1993 versuchte Carto, die redaktionelle Ausrichtung der IHR-Zeitschrift (THE JOURNAL OF HISTORICAL REVIEW, zweimonatlich) zu verändern. Er wollte weg von dem Ein-Punkt-Thema Holocaust-Revisionismus und hin zu einer breiteren Palette, einschließlich des Themas »Rasse« in den USA.

Damit waren die wichtigsten IHR-Leute (Weber, TED O'KEEFE UND TOM MARCELLUS) nicht einverstanden. Marcellus, der damalige Geschäftsführer, war ein Scientologe und ist inzwischen von der Bildfläche verschwunden. Aber Weber und O'Keefe sind schon seit 1978 dabei. Damals arbeiteten sie noch für die Nazi-Organisation NATIONAL ALLIANCE von WILLIAM PIERCE (Verfasser der »TURNER DIARIES« - siehe AIB Nr. 33).

Die drei IHR-Leute drängten zunächst einige ältere Vorstandsmitglieder zum Rücktritt und ließen sich selbst in den Vorstand ernennen. Im September 1993 ergriffen sie dann die Kontrolle über die Legion und feuerten Carto. Seither gehen die Beteiligten in den Gerichtssälen ein und aus.

Das jüngste Urteil bedeutet einen schweren Rückschlag für Carto. Aber er wird das Geld wohl kaum an Weber überweisen. Carto wird vermutlich weiterhin seine eigene revisionistische Zeitschrift veröffentlichen (THE BARNES REVIEW, monatlich).

Weber mag zwar das Gefecht gewonnen haben, aber das IHR hat unter dem mehrjährigen Rechtsstreit schwer gelitten. Das früher ansehnliche IHR-Journal erscheint nur noch mit mehrmonatiger Verspätung. Die Auflage sinkt, die Zahl der IHR-Beschäftigten ist auf weniger als eine Handvoll geschrumpft, und die Produktion revisionistischer Bücher ist zum Erliegen gekommen. ■

(aus: Searchlight Februar 1997; Übersetzung: Infoblatt)

Abo & Nachbestellung

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld istBesonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das Antifa Infoblatt ab Ausgabe Nr. ☐ (incl.).

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die bereits erschienen Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ☐

Adresse:

Den Betrag von DM ☐ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir ☐ Hefte ab der Nr. ☐ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Alte, noch lieferbare AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
Nationalismus +++ »Neue Rechte« +++ »Lebensschützer« +++ Ausländer/innengesetz +++ Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
Rassismus: die Saat geht auf +++ Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein +++ Interview: FAP von innen +++ die »Deutsche Alternative« +++ Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 15 (Som/91): 3,00 DM
Gegen den Antisemitismus +++ DDR wird abgewickelt +++ Antifa-Aktionen zum 20.4. +++ Polen

AIB 16 (Win/91): 3,00 DM
Mete Ekci ermordet +++ Flüchtlinge i. d. Innenpolitik +++ Pogrom von Hoyerswerda +++ Schweden & England

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschistische Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 21 (3/93): 4,00 DM
Rechte Jugendarbeit? +++ Demos und Lichterketten +++ Verbote von Nazigruppen +++ Morde an Antifas

AIB 22 (5/93): 4,00 DM
Asylgesetze +++ Freiwillige Polizeireserve +++ GdNF intern +++ »Deutsche Liga« +++ Die Nationalen +++ Frauen i. d. Naziskinszene

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Regionalismus +++ Schwerpunkt: Lübeck - Grevesmühlen +++ Aufmärsche zum 17.8. +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB-Pakete!

Paket 1: AIBs 11, 13, 14, 17, 18, 23 für 15,- DM incl. Porto.
Paket 2: AIBs 25, 26, 27, 28, 29, 30 für 20,- DM incl. Porto.
Paket 3: AIBs 31, 32, 33, 34, 35 für 20,- DM incl. Porto.

Zwei AIB-Pakete zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto!
AIB-Pakete 1+2+3 zusammen gibt´s für 45,- DM incl. Porto!